Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. April 1978
Jg. 6 Nr. 16

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Schluß mit den Aggressionsvorbereitungen gegen das Volk von Zimbabwe!

Bundesregierung will friedensstiftend wirken / Hektische Manöver der Imperialisten sind Antwort auf die Erfolge des bewaffneten Befreiungskampfes

„Deutsche Soldaten zur UNO", kündigt die Bild-Zeitung am 11. April an und zitiert den FDP-Militärexperten Möllemann:

„Die Bundeswehr stellt den UN-Truppen schon heute Fahrzeuge zur Verfügung. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Bundesregierung dem UN-Generalsekretär Waldheim auch die Beteiligung von Angehörigen der Bundeswehr für eine UN-Friedensmission anbietet. Wir sind Mitglied des Weltsicherheitsrats, und unsere Bundeswehr ist eine reine Friedensarmee, da können wir uns nicht länger dieser Aufgabe entziehen."

Friedensstiftende Aufgabe sieht die Bundesregierung gegenwärtig vor allem im südlichen Afrika. Dem Landgericht Schleswig-Holstein hatte das Außenministerium neulich erklärt, die Bundesregierung wolle bei der Lösung der Probleme im südlichen Afrika friedensstiftend wirken. Das werde durch die Sammlung zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA, der Befreiungsarmee des Volkes von Zimbabwe, gestört.

Was da gestört wird, liegt ziemlich auf der Hand. Hans Dichgans, Vorsitzender des Kapitalistenverbandes der Eisen- und Stahlindustrie, hatte 1974 Rhodesien als Paradies für die Profitjagden der westdeutschen Kapitalisten gepriesen: „Die Chancen sind gut wegen die riesigen Rohstoffvorräte und der gutwilligen Arbeiterschaft, deren Löhne unter den europäischen liegen." Das der westdeutschen Arbeiterklasse ausgepreßte und in Afrika investierte Kapital haben die Bourgeois im letzten Jahr auf 2,93 Milliarden DM gesteigert. Mit der „Gutwilligkeit" der afrikanischen Arbeitermassen spielt Dichgans auf das Smith-Regime an, dessen Terrorherrschaft der imperialistischen Bourgeoisie immer ein Garant war.

Aufgrund der Fortschritte, die das Volk von Zimbabwe in seinem bewaff-
Aufgrund der Fortschritte, die das Volk von Zimbabwe in seinem bewaff-
neten Befreiungskampf unter Führung der ZANU gemacht hat, ist dieses Smith-Regime praktisch am Ende. Nur in der bewaffneten Intervention sehen die Imperialisten die Chance, ihre Ausbeuterherrschaft noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten.

Vor ein paar Wochen hat sich Smith mit drei schwarzen Marionetten umgeben und diesen Vorgang als „innere Lösung" des Konflikts bezeichnet. Eine dieser drei Marionetten, der Bischof Muzorewa, dem amerikanische Konzerne einen kugelsicheren Anzug spendiert haben, weil er sich ohne diesen in Zimbabwe nicht auf die Straße traut, hat in einem Interview dem „Spiegel" gegenüber erklärt:

Spiegel: „Würden in einem ‚verantwortbaren Bürgerkrieg' Schwarz und Weiß (gemeint ist die Armee des Smith-Regimes) gegen die Guerilleros (der Patriotischen Front) zusammenstehen?"

Muzorewa: „Die 7 Millionen Menschen, die sich politisch geeinigt haben, würden sich gegen die kleine Minderheit verteidigen, die nur um der Macht und persönlicher Vorteile willen kämpft ..."

Die ZANU, die den bewaffneten Befreiungskampf führt, kontrolliert inzwischen zwei Drittel des Landes und hat die Kolonialarmee bereits dazu gezwungen, sich in den Städten zu verschanzen. Es ist klar, daß die Marionetten, die inzwischen offen ihre Bereitschaft zur bewaffneten Unterdrückung des Befreiungskampfes erklären, nur das Aushängeschild einer imperialistischen Intervention bilden können. Letzte Woche hat der englische Außenminister Owen erklärt, „er könne die innere Lösung nicht akzeptieren. Sie biete keine Möglichkeit, die verschiedenen schwarzrhodesischen Parteien zu einen." (Süddeutsche Zeitung vom 11.4.78)

In Wirklichkeit hat der englische Imperialismus längst dieser „inneren Lösung" seine offene Unterstützung ausgesprochen. Er geht bloß davon aus, daß die Spaltung der Patriotischen Front Voraussetzung einer bewaffneten Intervention ist, die nicht mit einer schmählichen Niederlage enden soll. Dieser Spaltungsabsicht dient die Einladung von Smith, Nkomo könne unbehelligt in Rhodesien einreisen. Diese Spaltungsabsichten verfolgten die Imperialisten auch auf dem Treffen von Owen und Vance mit dem Genossen Mugabe, Präsident der ZANU, und Nkomo, Vorsitzender der ZAPU, am 15. April in Daressalam. Es soll eine gemeinsame Konferenz mit Smith, seinen drei Marionetten sowie Vertretern der Frontstaaten vorbereitet werden.

(Fortsetzung Seite 2)

Streik in den VW-Werken
Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen!



... Lohnraubabschluß von 5% nicht hin. Es fanden schon während der Tarifverhand-

Die über hunderttausend VW-Arbeiter nehmen einen Lohnraubabschluß von 5% nicht hin. Es fanden schon während der Tarifverhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden Demonstrationen und Streiks statt. Als daraufhin Schmücker von der VW-AG umgerechnet 5,73% anbietet, gibt es nur eine Antwort der Arbeiter. Erneut Streiks und Demonstrationen. Wie hier auf dem Bild in Salzgitter. Allein 60 Millionen Verluste muß VW vermelden. Bis zu 10000 Autos sind in diesen Streiks nicht produziert worden.

Die VW-Arbeiter sind seit Jahren ausgebeutet und unterdrückt worden. Jetzt sind diese Streiks die Antwort auf die Ausbeutung durch die VW-AG. Die Tarifkommission VW hat einstimmig das Angebot Schmückers abgelehnt. In der kommenden Woche wird der Kampf gegen die VW-AG und die dauernden Lohnsenkungen bei VW fortgesetzt.

Anhörung zum 21. Rentenanpassungsgesetz

Das 21. Rentenanpassungsgesetz war am 12. April Gegenstand einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales. 35 Verbände sollten das neuste Gesetzeswerk zur Rentenkürzung und Plünderung der Massen auf Tauglichkeit überprüfen, neue Spaltungslinien ausforschen und das Feld für weitere Angriffe abstekken.

Einig waren sich die „Sachverständigen" darüber, daß sie bis 1985 40 Mrd. DM beschaffen wollen, und einig waren sie sich auch, daß die Volksmassen dieses Geld aufzubringen hätten, strittig war nur der Weg zu dieser gewaltigen Plünderungsaktion.

Die Kapitalisten vom „Bund Deutscher Arbeitgeber" (BDA) vertraten die Ansicht, daß dies im wesentlichen über Rentenkürzungen zu geschehen habe. Zusätzliche Beitragserhöhungen, die sie zur Hälfte zu tragen hätten, lehnten sie aus „wettbewerbsbedingten Gründen" ab. Der Delegationsleiter des BDA, ein Dr. Dötsch, verlangte stattdessen, daß durch eine entsprechende „Ausgestaltung der Rentenversicherung" die Rentenkürzungen zu erfolgen habe. Aus diesem Grunde unterstützen die Kapitalisten ausdrücklich die Regelung im 21. Rentenanpassungsgesetz, die festlegt, daß die Kassen nur noch dann Bundesmittel erhalten, wenn die Regierung vorher „Maßnahmen zur Einkommens- und Ausgabenseite" vorgeschlagen hat. Das heißt, daß die Regierung in Zukunft nur noch dann Bundesmittel zur Verfügung stellt, wenn diese durch Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen alsbald wieder wettgemacht werden.

Nachdem die Kapitalisten und die Regierung so die Richtung angegeben hatten, konnten Vorschläge zur „Ausgestaltung der Rentenversicherung" vorgetragen werden. Professor Meinhold, Vorsitzender des Sozialbeirats des Ehrenberg-Ministeriums, vertrat die Auffassung, daß endlich Schluß gemacht werden müsse mit dem „Wildwuchs" bei der Rentenauszahlung. Überprüft werden müßten die Rentner, die aus mehreren Versicherungen Renten bezögen. Rente aus mehreren Versicherungen kann bezogen werden z.B. über Invaliden- und Witwenrenten. Meinhold: „Die Kumulativrenten können ohne Rechtsbrüche nicht gestrichen werden, aber sie können besteuert werden, und zwar progressiv."

Die CDU vertrat den Vorschlag, die fehlenden Gelder über einen Beitrag der Rentner zu den Krankenversicherungen hereinzuholen.

Norbert Gansel, ehemals stellvertretender Vorsitzender der Jusos und dem linken Flügel der SPD zugerechnet, trat mit einem eigenen Vorschlag auf. Könne man nicht, so wollte er von den Sachverständigen wissen, die Renten an den Preisindex koppeln, und gäbe es nicht die Möglichkeit, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die Finanzierung der Rentenversicherung einzubeziehen. Bei der offiziellen Preissteigerungsrate von 3,2% bedeutete dies eine weitere drastische Kürzung der Renten. Denn obwohl die offizielle Preissteigerungrate von Monat zu Monat fällt, steigen die Preise der Lebensmittel beständig, z.B. bei den Rentnerhaushalten.

Der Vorschlag des jungen aufstrebenden Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei fand daher allgemeine Beachtung und „Zustimmung von der Sache her". Aber, so belehrte ihn der Vertreter der Bundesbank, dies sei leider „politisch nicht machbar".

Statt daß der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Gerd Muhr, gegen die Maßnahmen und Vorschläge zur Rentenkürzung und Beitragserhöhung aufgetreten wäre, akzeptierte er das Gerede von dem „Loch in der Rentenkasse".

Als wäre es nicht durch die Kapitalisten verschuldet, daß die Rentenkassen der Zahlungsunfähigkeit entgegensehen. Die Kapitalisten haben die Rentenkassen geplündert, den Staatshaushalt damit finanziert, von 1972 bis 1973 2,245 Mrd. DM in den „Sozialen Wohnungsbau" gesteckt. Durch die Massenarbeitslosigkeit und die Runtergruppierungen in niedere Lohngruppen sind die Einnahmen der Kassen gesunken, während gleichzeitig durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten die Rentenkassen mehr und früher in Anspruch genommen wurden. Dies sind die Gründe für das Defizit, und verantwortlich dafür ist die Kapitalistenklasse.

Statt für die notwendige Erhöhung der Renten und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten einzutreten, redete Muhr gegen eine „einseitige Abdeckung des Konsolidierungsbedarfs zu Lasten der Rentner". Er will die Lasten lieber „gleichmäßiger" verteilt sehen. Und so schlägt er namens des DGB vor, die Beiträge für die Rentenversicherungen bereits 1979 auf 18,5% zu erhöhen und gleichzeitig die Rentner mit einem Beitrag zur Krankenversicherung zu belasten, der zwischen 3,3 und 5% liegen soll. Die ganze Absicht der „Lastenverteilung" führt bloß dahin, daß Arbeiter, Angestellte und Rentner von der Regierung geschröpft werden.

Was Muhr nicht verriet, ließ Prof. Meinhold in einem Nebensatz heraus: Bei einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 6 bis 7% sei die Finanzierung der Renten gesichert. – (Mi-Red.)

China erhöht Rohölausstoß um 10 Prozent

Die Arbeiter der chinesischen Ölfelder Datjing, Schenli, der nordchinesischen Ölfelder und der Erdöluntersuchungen in der Provinz Szechuan haben im ersten Quartal 1978 den gesamten Rohölausstoß Chinas um 10 % und die Erdgasförderung um 12 % gegenüber demselben Zeitraum 1977 gesteigert. Sie verbanden die Erdöl- und Erdgaserforschung mit den Bohrarbeiten und der Produktion und konnten so die aufgestellten Produktionsziele weit übertreffen. Eine große Anzahl hochergiebiger Öl- und Gasquellen im Nordosten, Norden, Nordwesten, Zentralsüden und Südwesten Chinas konnten neu erschlossen und vergrößert werden. Neue technische Verfahren und Arbeitsweisen wurden entwickelt, so konnte z.B. die Leistungsfähigkeit des Drillbohrers enorm verbessert werden.

Die großen Erfolge der Arbeiter des Ölfeldes Datjing sind ein Ansporn für die Volksmassen Chinas, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren mit aller Kraft voranzutreiben und China noch in diesem Jahrhundert zu einem großen und starken sozialistischen Land aufzubauen.

Neue Siege des saharauischen Volkes

Die F.Polisario, die Befreiungsorganisation des Volkes der West-Sahara, erringt neue Siege im Volkskrieg. In der Nacht auf den 1. April wurde die Stadt Bir Lahlou befreit, die marokkanische Garnison mußte sich nach schweren Kämpfen absetzen. 46 Tote und eine Masse von militärischem Material blieben zurück. – Die Züge der vom französischen Imperialismus beherrschten mauretanischen Erzgesellschaft werden gegenwärtig nahezu im Wochenrhythmus mit Hilfe mauretanischer Revolutionäre lahmgelegt. „‚Wir werden überfallen', dieser kurze Satz, unzählige Mal wiederholt, dröhnt immerzu im Kopf des ‚Spezialagenten für die Eisenbahnstrecke', der in Nouadhibou, dem Sitz der Cominor (Minengesellschaft des Nordens) die Signale der Züge auffängt ..." (Korrespondent des „Figaro" in Zouérate, 31.3.78). Ein Korrespondent des „Libre Belgique", der sich in die Phosphatminen von Bou-Craa im Norden der Sahara begab, stellte dort, entgegen den Behauptungen der marokkanischen Regierung, fest: „Die Mine funktioniert also nicht!" (15.3.78) – Die OAU hat jetzt auf Vorschlag ihres jetzigen Vorsitzenden Bongo (Gabun) die Einberufung einer Sonderkonferenz beschlossen, auf der sowohl die F.Polisario als auch Marokko und Mauretanien vertreten sein sollen, um die Angelegenheiten zwischen den afrikanischen Völkern beizulegen, die
sollen, um die Angelegenheiten zwischen den afrikanischen Völkern beizulegen, die
imperialistische Einmischung auszuschalten (in Mauretanien nehmen französische Truppen an den Kämpfen teil) und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes der West-Sahara zu sichern.

Demonstrationen in Panama gegen US-Besatzer

Die Manöver der US-Regierung, sich vertraglich über das Jahr 1999 hinaus ein Interventionsrecht in Panama sichern zu lassen, hat das panamaische Volk mit großen Demonstrationen unter der Forderung nach vollständigem Abzug der US-Imperialisten aus der Kanalzone beantwortet. Der panamaische Staatspräsident General Torrijos hat vor der UNO diese Versuche verurteilt und erklärt, daß er erst nach der zweiten Abstimmung im US-Senat am 18. April ein endgültiges Urteil über die Panamakanalverträge abgeben werde. In dieser zweiten Abstimmung geht es um die Liquidierung der Eigentumsrechte der US-Imperialisten an der Kanalzone und die Wiederherstellung der vollen Souveränität Panamas bis zum Jahre 1999. Im Falle des Festhaltens der US-Imperialisten an einem Recht auf Intervention hat Präsident Torrijos bereits angekündigt, daß er dann eine Guerillaarmee ausrüsten werde.

Bergarbeiterstreik in Mexiko

Seit sechs Wochen streiken 5700 Bergarbeiter in der Kupfermine in Caridad. Sie führen den Kampf gegen die wachsende Ausbeutung und fordern bessere Bedingungen am Arbeitsplatz und mehr Lohn. Am 28. Dezember wurden nach langen Arbeitskämpfen die Minimallöhne um 12 bis 15 Prozent erhöht. Seit dieser Erhöhung wurden ständig die Preise erhöht. So schon drei Stunden nach der Bekanntgabe der Lohnerhöhung die Preise für Eier um 20% und für Zigaretten um 14,2%. Ab 1. Februar wurden für 147 Grundnahrungsmittel die Preise um 15 bis 20 Prozent angehoben. Der Plan für billige Medizin ist auf Eis gelegt worden. Für 500 bis 550 pharmazeutische Produkte wurden die Preise ebenfalls erhöht. Laut bürgerlicher Presse ist der Bergarbeiterstreik die erste Welle des wachsenden Unmuts der Volksmassen gegen die Preiserhöhungen.

Schluß mit den Aggressionsvorbereitungen gegen das Volk von Zimbabwe!

(Fortsetzung von Seite 1)

Dort soll der Patriotischen Front die Zustimmung zu den anglo-amerikanischen Vorschlägen abgepreßt werden, deren Kernpunkte darin bestehen, daß „freie Wahlen" unter Aufsicht von UN-Truppen und unter Kontrolle der englischen Kolonialmacht durchgeführt werden. Ihre ständige Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Zimbabwe begründen sie mit den Umtrieben des Sozialimperialismus in Afrika, obwohl völlig klar ist, daß das Volk von Zimbabwe seinen Kampf gestützt auf die eigenen Kräfte führt.

Die amerikanische Zeitung „International Herald Tribune" schreibt zu der Reise von Vance nach Daressalam: „Zu dieser Zeit, anders als nach Malta, dürfen ihm die Ereignisse nicht wieder aus den Händen gleiten ... Die Entscheidungen müssen in den nächsten sechs bis neun Monaten fallen." Diese kaum verhüllte Drohung spekuliert auf die Abspaltung der ZAPU. Deren Präsident Nkomo hat jedoch bereits erklärt, daß er den Hauptpunkten des anglo-amerikanischen Vorschlags niemals zustimmen würde.

Grundlage der Einheit der Patriotischen Front ist die Entschlossenheit, mit der die ZANU den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe führt, gemäß dem Prinzip: Wir sind unsere eigenen Befreier.

Deswegen ist die Unterstützung dieses Kampfes durch die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland von großer Bedeutung. Um so entschiedener sind die Anstrengungen des bürgerlichen Staatsapparates, an der Heimatfront für Ruhe zu sorgen. Der Landesanwalt von Baden-Württemberg hat jetzt neuerlich zur Beschlagnahmung des der ZANU gehörenden Geldes und dem Verbot der Sammlung Stellung genommen:

„Der Antragsteller verkennt, daß es nicht darauf ankommt, ob die von ihm unterstützte Partei in völkerrechtlich zu billigender Weise tätig wird. Artikel 26 Grundgesetz enthält vielmehr ein generelles Verbot friedensstörender Handlungen. Unrichtig ist die Auffassung des Antragstellers, friedensstörende Handlungen seien nur dann unzulässig, wenn sie aggressiven und völkerrechtswidrigen Charakter haben. Mit Ausnahme des eindeutig als solchen erkennbaren Verteidigungskrieges ist jede Beteiligung an friedensstörenden Aktionen verfassungswidrig. Daher sind die Ausführungen der Gegenseite zur Frage des gerechten Krieges unbeachtlich." Dieser Advokat arbeitet an einer völkerrechtlichen Rechtfertigung des Interventionskrieges. Es ist klar, daß dafür die Unterscheidung von gerechtem und ungerechtem Krieg „unbeachtlich" ist. Entscheidend dafür ist, ob ein Krieg „grundgesetzkonform" ist oder nicht. Nationale Befreiungskämpfe, die Enteignung des imperialistischen Kapitals beabsichtigen, stehen offensichtlich in tiefem Widerspruch zum Grundgesetz, das alle Staatsorgane zum Schutz des kapitalistischen Privateigentums verpflichtet. Im Einklang mit dem Grundgesetz und der darin festgelegten *Sozialbindung* des Eigentums stehe – so erklärt der Landesanwalt – die Beschlagnahmung der ZANU-Gelder. Grundgesetzkonform sind solche Kriege, bei denen sich ein Vorwand finden läßt, der sie zu einem „eindeutig erkennbaren Verteidigungskrieg" macht. Also solche Kriege, die sie selber führen. Historisches Vorbild ist der Überfall auf Polen. An aktuellen Rechtfertigungen wird emsig gearbeitet.

„Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Gefangene, unter denen sich auch Deutsche befinden sollen, die Pressemitteilungen zufolge in Gefängnissen der Volksrepublik Mozambique festgehalten werden, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls gerade im Hinblick auf die Menschenrechte unternehmen, um das Schicksal dieser Gefangenen aufzuklären *und ihnen gegebenenfalls zur Freiheit zu verhelfen?*", hat der CDU-Abgeordnete Niegel die Bundesregierung gefragt. Der Kerl befürchtet offenbar, daß einige der Söldner, die der BRD-Imperialismus Monat für Monat nach Zimbabwe schickt, sich inzwischen in Gewahrsam der ZANU befinden.

Ob es den Revolutionären jetzt gelingt, die Interventionsvorbereitungen der Bundesregierung entschieden zu behindern und den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe zu festigen, davon hängt ziemlich viel für die weitere Entwicklung des Befreiungskampfes ab.

Am Mittwoch, den 19. April, ruft der Kommunistische Bund Westdeutschland in allen Bezirken zu Umzügen und Kundgebungen auf. In den Tagen vom 27. April bis zum 1. Mai rufen wir zu regionalen Demonstrationen und Kundgebungen in Westberlin, Hannover, Köln, München und Frankfurt auf. Auf diesen Kundgebungen werden die Genossen Herbert Ushewokunze, Mitglied des ZK der ZANU und Sekretär für Gesundheit, und Didmus Mutasa, Mitglied des ZK der ZANU und stellvertretender Sekretär für Finanzen, sprechen. Sie werden über den Fortgang des bewaffneten Kampfes berichten. Gegen die Interventionsvorbereitungen der Imperialisten gilt es die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung durchzusetzen. – (Z-Red.)

Finanzkapital bereichert sich am Elend der Volksmassen / Verbraucherkreditgeschäfte

„Die Zinsen der Verbraucherkredite sind heute so niedrig, wie sie zuletzt in den sechziger Jahren registriert wurden", erklärte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 29. März. Demnach liegen gegenwärtig die Zinsen für Dispositionskredite (Kontoüberziehungskredite) zwischen 7,25 und 12%, für Ratenkredite zwischen 8,37 und 15,74% (effektive Zinsen einschließlich Bearbeitungsgebühr). Die Masse an Kapital, die die Bourgeoisie durch immer schärfere Ausbeutung den Arbeitern ausgepreßt hat, soll nicht brachliegen, sondern Zinsen bringen. Aufgrund der Tatsache, daß der Arbeitslohn immer weiter unter die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gedrückt wurde, hat sich das Finanzkapital in den letzten zehn Jahren einen wachsenden Anteil des Arbeiterlohns als Zins angeeignet:

Jahr	Nettolohnsumme	Zinsen auf Konsumentenkredite (in Prozent)	Privatkredite (in Mrd. DM)
1968	186,8	2,056	28,435
1969	206,2	2,62	34,9
1970	236,6	3,67	40,6
1971	261,6	4,3	48,1
1972	285,3	4,8	60,4
1973	310,7	6,7	67,5
1974	334,8	7,6	69,9
1975	346,8	7,3	79,0
1976	359,8	7,6	98,9
1977	380,8	8,1	122,1

Quelle: Monatsberichte der Bundesbank, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Statistisches Bundesamt

Mit der Plünderung eines wachsenden Teils des Arbeiterlohns haben sich die Banken einen Haufen Daumenschrauben gegenüber dem Schuldner gesichert, die sie bei Bedarf anziehen:

„Zur Sicherung dieses Darlehens einschließlich aller Nebenansprüche treten der Darlehensnehmer und jeder Mithaftende unwiderruflich den jeweils pfändbaren Teil seines Lohnes, Gehalts, Ruhegelds, Übergangsgelds, seiner Provisions- oder Pensionsansprüche ... bis zur Höhe der Gesamtforderung und bis zu deren vollständiger Tilgung an die Bank ab", heißt es in dem Mustervordruck der Vereinsbank Heidelberg. Und nicht nur der Lohn, sondern auch die zur Reproduktion benötigten Gegenstände gehen vereinbarungsgemäß in das Eigentum der Bank über.

„Zur Sicherung der Darlehensforderung überträgt der Darlehensnehmer, soweit die Sicherungsübereignung einer Sache vorgesehen ist, das Eigentum hieran an die Bank ... Die sicherungsübereignete Sache ist ausreichend zu versichern, der Sicherungsschein und – bei Kraftfahrzeugen der Kfz-Brief – an die Bank zu übergeben."

Das Auto gehört somit der Bank, die es ausdrücklich bloß *leihweise* zur Verfügung stellt. Schließlich ist

„die gesamte Darlehensforderung sofort fällig, wenn
– der Darlehensnehmer mit einer Rate länger als 20 Tage im Rückstand ist ...
– der Darlehensnehmer eine andere Vertragsbestimmung nicht einhält, insbesondere die Sache anderweitig übereignet, verkauft, vermietet, verleiht, verschenkt oder den bezüglich der Sache bestehenden Sorgfalts- und Obhutpflichten gröblich zuwiderhandelt".

Diese Daumenschrauben zieht das Finanzkapital um so häufiger und um so schärfer an, je mehr die Kapitalisten den Lohn unter die Reproduktionskosten des Arbeiters drücken können.

Mädchen in Männerberufen

Unter dem Schlachtruf der Emanzipation der Frau propagiert die bürgerliche Presse in der letzten Zeit allenthalben die Ausbildung von Mädchen in den „traditionellen Männerberufen" Schlosser, Elektriker, Dreher, Fräser usw. Von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft wird das mit einer Erstattung von 75% der „versuchsbedingten Mehrkosten" belohnt. In NRW bekommen die Kapitalisten dafür über drei Jahre monatlich 400 DM pro Lehrling zugesteckt. Wissenschaftlichsozialpädagogische Betreuung ist inbegriffen, um „Probleme an Ort und Stelle zu lösen".

„Ziel dieser Modellversuche ist es in jedem Fall, die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt abzubauen. Denn Gleichberechtigung steht bisher nur in den Gesetzen; in der von Männern beherrschten Arbeitswelt dient immer noch die 'Hausfrau- und Mutter'-Ideologie als Vorwand für mehr oder weniger versteckte Diskriminierung des 'schwachen' Geschlechts."(Weser-Kurier

Mal abgesehen davon, daß die „Arbeitswelt" nicht von „Männern" beherrscht wird, sondern von Kapitalisten, deren Geschlecht jedem Arbeiter wurscht sein kann, weil es an der Tatsache der Ausbeutung nicht das Geringste ändert, so stimmt es auf jeden Fall mißtrauisch, wenn die „Emanzipation" der Arbeiterinnen solch massive finanzielle Unterstützung von Seiten des bürgerlichen Staates erhält. Wovon sollen sich diese Mädchen emanzipieren? Von den Löhnen ihrer männlichen Kollegen, und zwar nach unten. Das liegt nahe, weiß doch jedermann, daß Arbeiterinnen in der Regel niedriger bezahlt werden als Arbeiter.

Für diese Absicht gibt es Beispiele. In Bremen wurden bereits vor fünf Jahren die ersten Mädchen in Männerberufen auf der AG Weser und bei der Bremer Werkzeug- und Maschinenbau-GmbH ausgebildet. Heute, angelernt, verdient einer dieser damaligen Lehrlinge (Elektromechanikerin) in einem Bremer Kleinbetrieb ca. 200 DM brutto weniger als ihre gleich ausgebildeten männlichen Kollegen. Der Abstand zu den ungelernten Arbeiterinnen im Betrieb beträgt noch einmal 100 DM. In Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung über diese Frage wird immer wieder betont, daß sie ja froh
schäftsleitung über diese Frage wird immer wieder betont, daß sie ja froh
sein könne, überhaupt 100 DM mehr als die anderen Arbeiterinnen zu verdienen. Auf dieses Niveau (1 400 DM brutto) hätten sie gerne die Facharbeiter auch gedrückt.

Schlau bemerkt der Weser-Kurier in seinem oben zitierten Artikel zum Schluß, es gebe die „...von Soziologen vertretene Behauptung, daß Mädchen bei Schwierigkeiten leichter zur Resignation tendieren". Ein Wink an die Kapitalisten, daß es sich schon durchsetzen lassen wird. Allerdings werden sie es in dem Fall nicht bloß mit den Arbeiterinnen zu tun kriegen, sondern mit den Arbeitern ebenso, handelt es sich doch um einen Angriff auf den Facharbeiterlohn insgesamt und damit auf das Lohnniveau der ganzen Klasse. Man kann sich denken, daß die „sozialpädagogische Betreuung" der Verhinderung dieses Zusammenschlusses und der Herausfindung der günstigsten Spaltungslinien in dieser Hinsicht dienen soll.

Bundeskanzler Schmidt hat es sich nicht nehmen lassen, auf der Betriebsversammlung bei Peine/Salzgitter zur Gleichberechtigung zu sprechen: „Das Mädchen, an dem die Berufsausbildung versäumt wird, an dem wird gleichzeitig bis zu ihrem 65.Lebensjahr ja die wirkliche Gleichberechtigung in der Gesellschaft auch versäumt." Ein peinlicher Fehler oder Absicht? Bisher liegt das Rentenalter für Frauen bei 60 Jahren, unter dem Zeichen der Gleichberechtigung hat Schmidt es auf 65 Jahre erhöht. *Diesem* Ruf nach Gleichheit können und wollen die Arbeiterinnen nicht folgen.

Westdeutsche Imperialisten erpressen die Türkei

Ecevit im Mai in Bonn

Vom 10. bis 13. Mai wird der türkische Ministerpräsident Ecevit in Bonn erwartet, um Kreditverhandlungen zu führen. Nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) unter Führung der US-Imperialisten der türkischen Regierung seine Kreditbedingungen diktiert hat, wollen die BRD-Imperialisten jetzt auch selbständig ihr seit Kaisers Zeiten „traditionelles Türkeigeschäft" ausdehnen. Bereits bei Vergabe des IWF-Kredits von 470 Millionen Dollar im März hieß es, zu den gleichen Bedingungen seien von einem „internationalen Bankenkonsortium" insgesamt 1 Milliarde US-Dollar auf Kredit zu kriegen. Gegenüber dem IWF hatte die türkische Regierung zuvor in einer „Absichtserklärung" ein „Stabilisierungsprogramm" unterschreiben müssen. Hauptpunkte sind Lohnbeschränkungen, Abwertung des türkischen Pfundes, Beschränkungen des Reiseverkehrs und Zinserhöhungen, die vor allem die schmale nationale Bourgeoisie in der Türkei treffen werden.

Im letzten Jahr hatte die Ausplünderung der Türkei durch die Imperialisten zum weitgehenden Zusammenbruch des türkischen Außenhandels geführt. In der Erwartung, durch eine Abwertung des türkischen Pfundes der Türkei noch ungünstigere Tauschverhältnisse aufzwingen zu können, hatten die Imperialisten Käufe in der Türkei hinausgezögert. Der Baumwollexport fiel 1977 auf die Hälfte, der Tabakexport um ein Drittel. Um die Jahreswende ging auch der Export von Fertigwaren, vor allem Textilprodukten stark zurück. Im Januar 1978 betrug er nur noch 38 Millionen Dollar gegenüber 68 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Türkei konnte schließlich die für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen Importe nicht mehr bezahlen und mußte im November die Zahlungen an das Ausland ganz einstellen. Noch immer sind 2,6 Milliarden Dollar Importschulden offen. Die Imperialisten antworteten mit Liefersperre für notwendige Ersatzteile und Vorprodukte der türkischen Industrie. Infolgedessen ging die Kapazitätsauslastung der türkischen Industrie auf 50% zurück, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf über 4 Millionen, ganz abgesehen von den Millionen, die schon seit Jahren zur Emigration vor allem nach Westdeutschland gezwungen waren.

Am 5.4. ließ der Bundesverband der Deutschen Industrie die türkischen Minister für wirtschaftliche Koordination und für Staatsunternehmen in Köln zu einem „Informationsgespräch" antreten. Schon jetzt ist die BRD Haupthandelspartner der Türkei und hält mit 15% hinter den US-Imperialisten den zweitgrößten Anteil an den ausländischen Investitionen im Lande.

Die Minister erklärten, daß sich die Türkei in Zukunft bei ihren Importen aus Westdeutschland auf Produktionsmittel für die Entwicklung der türkischen Industrie und Landwirtschaft konzentrieren will: Düngemittel und Traktoren, Eisen und Stahl, Chemieprodukte und Kfz-Ersatzteile. Die BRD-Imperialisten aber sind vor allem an Kapitalexport interessiert. Die Devisenschwierigkeiten der Türkei wollen sie nutzen, um dafür die Bedingungen zu diktieren.

„... nach Ansicht der bei dem Informationsgespräch anwesenden zahlreichen deutschen Firmenvertreter (müßten) die sich bei der praktischen Durchführung von Wirtschaftskontakten z.Zt. noch ergebenden Schwierigkeiten ausgeräumt werden." (Nachrichten für Außenhandel, 7.4.) „An oberster Stelle steht dabei die Regulierung der Außenstände und ihrer Verzinsung durch die türkische Seite." Indem auf Zahlung der Schulden mit Zins und Zinseszins gepocht wird, soll die Tür für verstärkten Kapitalexport aufgestoßen werden. Wie wild müssen die „Firmenvertreter" darauf gedrungen haben, die Schulden türkischer Unternehmen und des Staates (die Hälfte der türkischen Industrieunternehmen ist in Staatsbesitz) gleich in direkte Kapitalbeteiligung des westdeutschen Finanzkapitals umzumünzen. Die türkischen Minister hatten Anlaß zu betonen, daß sich die „Umwandlung von Außenständen in Kapitalanlagen" nach den türkischen Gesetzen zu richten habe. Einmal im Land, wollen die westdeutschen Imperialisten dann wirtschaften, wie sie wollen. Die Staatskontrollen über Investitionen sind ihnen zu „bürokratisch". Mit deutlichem Mißfallen vermerken die „Nachrichten für Außenhandel", daß eine „Liberalisierung" vorerst nur bei Ersatzinvestitionen, nicht aber bei Erweiterungsinvestitionen vorgesehen ist. Bei Ecevits Besuch wird man auf Abhilfe drängen. Schon jetzt konzentrieren ausländische Monopolisten in der Türkei 11,7% des Industrieumsatzes in ihren Händen, während nur 6,3% der Industriearbeiter in ihren Betrieben beschäftigt sind. Mit ihren Forderungen wollen sie die Ruinierung der noch schwachen einheimischen Industrie beschleunigen und sich auch in den Staatsbetrieben festsetzen.

Wenn sich die türkische Regierung auch weitgehend der Erpressung durch den IWF gebeugt hat, so ergreift sie doch Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Türkei. Die Entwicklung der einheimischen Energiequellen z.B. haben die Imperialisten jahrzehntelang unterdrückt. Die Energieerzeugung mit Erdöl aus den früher uneingeschränkt von ihnen geplünderten Ölquellen des Nahen Ostens kam sie billiger, zumal sich auch zwei Drittel der türkischen Ölproduktion in ihrem Besitz befinden. So werden heute 47,4% der elektrischen Energie in Erdölkraftwerken produziert, und nur 13,5% bzw. 13,6% mit der reichlich im Lande vorhandenen Kohle und Braunkohle. Im Kohlerevier von Zonguldak am Schwarzen Meer hat jetzt eine „Kohletagung" stattgefunden, auf der beschlossen wurde, den Ausbau der eigenen Kohle- und Braunkohleförderung bevorzugt voranzutreiben, um die türkischen Stahlwerke damit zu versorgen und die Energieerzeugung stärker auf einheimische Rohstoffe zu stützen. (Blick durch die Wirtschaft, 3.4.78)

Die westdeutschen Imperialisten versuchen, die heftige Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie über die Türkei auszunutzen, um selbst Einfluß zu gewinnen. Kürzlich hatte Ecevit die USA angegriffen, weil sie sich seit zwei Jahren weigern, ein „Verteidigungsabkommen" zu ratifizieren, das Waffenlieferungen an die Türkei vorsieht. Sofort witterten die Sozialimperialisten Morgenluft. Aufmerksam vermerkt die DDR-Zeitung „Horizont" in einem „Kommentar aus Ankara" „Neue Akzente in der türkischen Außenpolitik": Ecevit hätte nicht mehr die Bindung der Türkei an die NATO erwähnt. Carter konterte mit der Ankündigung, er werde sich für die Aufhebung des vom US-Senat verhängten Waffenembargos einsetzen. Die Supermächte schüren die Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland, um beide Länder in Abhängigkeit zu bringen. Die jüngst aufgenommenen Verhandlungen zur friedlichen Lösung der bestehenden Differenzen sind ein wichtiger Schlag dagegen.

Mit einer Welle faschistischer Terroraktionen versuchen die Imperialisten, die Arbeiter- und Volksbewegung in der Türkei niederzuwerfen und die sozialdemokratische Regierung Ecevit an der kurzen Leine zu halten. In großen Streiks und Demonstrationen wehren sich die Volksmassen gegen die Ausplünderung des Landes durch den Imperialismus und gegen den faschistischen Terror. Nachdem am 16. März Faschisten sechs fortschrittliche Studenten der Universität Istanbul ermordet hatten, traten über anderthalb Millionen Arbeiter und Angestellte am 20.3. in einen zweistündigen Streik. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord –Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/V.– Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 16/78: 32 000

Die EG kehrt ihren Charakter als imperialistisches Bündnis und konterrevolutionäre Allianz heraus

Die Regierungschefs der neun EG-Staaten machten auf ihrer ersten Gipfelkonferenz dieses Jahres am 7./8. April in Kopenhagen ganz auf Harmonie, auf wiedererwachte europäische Einigungsentschlossenheit. Nicht, daß sich etwa die scharfe Konkurrenz um die Vorherrschaft in der EG vermindert hätte. Aber wie eine Räuberbande durch ihr gemeinsames räuberisches Interesse aneinandergekettet ist und gut daran tut, allen Streit um die Aufteilung erwarteter Beute zurückzustellen, bis sie die Beute wirklich hat, so zwang kein anderes Interesse die EG-Imperialisten, die offenen Streitpunkte auf ihrer Konferenz erst einmal auszusparen und eine gemeinsame Marschroute für den Kampf an drei Hauptfronten festzulegen.

Gegenseitige Versicherung gegen die soziale Revolution

Was die neun Regierungschefs hinter dem Vorhang ihrer „Betroffenheit über die Entführung Aldo Moros", ihrer „Besorgnis über die ständig wachsende Zahl von Taten dieser Art" und insbesondere „über die Ausweitung des Terrorismus im allgemeinen" ausbrüteten, ist ein gutgeschnürtes Paket von Maßnahmen gegenseitiger Hilfe zur Unterdrückung des Klassenkampfes.

Wahrscheinlich unmittelbar im Anschluß an die Gipfelkonferenz – Ort und Zeit wurden aus gutem Grund geheimgehalten – trommelte der westdeutsche Maihofer, in dessen Haus das Projekt geboren wurde, mit Unterstützung des italienischen Innenministers seine österreichischen und Schweizer Kollegen zusammen, um ihnen das *„Rote Telefon"* zu präsentieren, eine Einrichtung, die es der „Oberbefehlszentrale" möglich macht, sich jederzeit direkt in die Bekämpfung des „Terrorismus im allgemeinen" in anderen Ländern einzuschalten und z.B. direkt von Bonn oder Wiesbaden aus Verhöre angeblicher Terroristen in Rom, Wien oder Zürich durchzuführen. Doppelter Nutzeffekt: Die Peitsche der Unterdrückung der Arbeiterbewegung soll zugleich auch der EG nicht einverleibten Ländern klarmachen, auf wessen Kommando sie zu hören haben. Im weiteren soll das „Rote Telefon" in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und nicht näher bezeichneten „anderen westeuropäischen Staaten", sprich: Spanien, Portugal, Griechenland, eingerichtet werden.

Ein weiteres EG-Projekt, das inzwischen bereits von drei Staaten ratifiziert worden ist, trägt die deutliche Handschrift der britischen Imperialisten: Jede „terroristische Tat", insbesondere das „Bombenlegen", soll als „Verbrechen" behandelt werden, für das kein EG-Mitgliedsland politisches Asyl mehr gewähren darf. Damit hoffen die britischen Imperialisten, Irland zur Auslieferung von IRA-Mitgliedern zwingen zu können, was bisher verweigert wurde.

Auf Antrag der französischen Imperialisten schließlich sollen sich in Bälde die EG-Innen- und -Justizminister treffen, um die Voraussetzungen für eine einheitliche EG-„Rechtszone" in der Bekämpfung des „Terrorismus" zu beraten und den Aufbau einer europäischen „mobilen Anti-Terrortruppe", die ohne weiteres die Grenzen soll überschreiten können, sei es auf Hilfeersuchen der französischen Imperialisten nach Frankreich gegen die französische Arbeiterklasse oder als französisch-westdeutsch-britisches Unternehmen zur Niederschlagung der Revolution in Italien oder als Polizeitruppe zur Wahrung der Interessen der EG-Imperialisten nach Griechenland, der Türkei und anderswo.

Hochfliegender Ehrgeiz anläßlich der französischen Beteiligung an der Intervention im Libanon

Mit Selbstverständlichkeit betrachten die EG-Imperialisten die „Lage im Nahen Osten" nicht zuletzt als europäische Angelegenheit. Die französischen Imperialisten sind führend an der Intervention unter der Flagge der UNO beteiligt, auf eine Art und Weise, die ihnen erst vor wenigen Tagen das Lob der zionistischen Aggressoren einbrachte, u.a. für den Einsatz gepanzerter Fahrzeuge und schwerer Artillerie – beides traf letzte Woche ein, muß also im Vorausblick schon drei Wochen vorher eingeschifft worden sein – gegen die palästinensischen und libanesischen Massen. Was Wunder, daß Regierungshäuptlinge ihre Unterstützung für das Interventionsunternehmen aussprachen. Um ihre nackte Gier, die Rivalität der Supermächte auszunutzen und sich über das bisherige Ausmaß der französischen Beteiligung hinaus im Nahen Osten festzusetzen, nicht allzu deutlich an den Tag zu legen, beschloß die versammelte Räuberbande, Irland, ausgerechnet Irland vorzuschicken: Am Montag nach der Gipfelkonferenz bot Lynch dem UN-Generalsekretär Waldheim die Entsendung irischer Truppen in den Libanon an. (Irish Times, 11.4.78) Die westdeutschen Imperialisten würden selbst natürlich auch allzugerne, schon allein, um ihren französischen Konkurrenten das Feld nicht zu überlassen, halten dann aber doch im Blick auf die anderen Brennpunkte des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker eine europäische Arbeitsteilung für opportuner. So erklärt Möllemann (FDP), ebenfalls am Wochenende nach der Konferenz, daß die BRD nach den Transportflügen der Bundeswehr in den Nahen Osten nun für einen Einsatz ihrer Truppen im Rahmen der UNO kandidiere, z.B. „in Zypern" – oder wie wäre es denn mit *Namibia,* das ebenfalls einen breiteren Raum in der Erörterung des Gipfeltreffens einnahm und wo die westdeutschen Imperialisten schon aus alter Tradition größere Ambitionen haben?

Aktive Aufnahme des Währungskrieges

Angesichts der anhaltenden Dollarabwertung, mit der die US-Imperialisten eine große Exportoffensive auf dem Weltmarkt einleiten, geben sich die neun EG-Regierungshäupter vor dem Gipfeltreffen der sieben größten westlichen Imperialisten entschlossen, zum Gegenangriff überzugehen. In Konkurrenz zum Dollar, mit dem die USA ein enges Finanznetz über einen großen Teil der Welt geworfen haben, wollen sie eine „europäische Währung" schaffen, die europäische Rechnungseinheit ERE, die auf einem Währungs„korb" der EG-Mitgliedsstaaten beruht, 1975 ins Leben gerufen, seither vor allem im Rahmen des Abkommens von Lomé, für die Bilanz der Europäischen Investitionsbank und seit dem 1.1.78 auch für den Gesamthaushaltsplan der EG verwendet wurde. Obwohl die Regierungschefs wer weiß was für ein Geheimnis aus ihrem Plan machen, wohl, weil sie nicht sicher sind, ob der Traum vom europäischen Währungsverbund nicht schnell an den Klippen der Widersprüche untereinander zerschellt, kann man grob von folgendem ausgehen: Kurz- und mittelfristige Kredite, die der Europäische Fonds für Währungszusammenarbeit innerhalb der EG vergibt, sollen zukünftig nicht mehr wie bisher im Rahmen der „Währungsschlange" in Dollar zurückbezahlt werden, was, wie die EG-Imperialisten jammern, letztlich die Zahlungsbilanzdefizite der USA finanziert, sondern in ERE. Außer einer Verminderung der Rolle des Dollars und damit ihrer Abhängigkeit vom US-Imperialismus bei gleichzeitiger Stabilisierung der eigenen Währungen hoffen vor allem die westdeutschen und französischen Imperialisten einen zweiten Streich zu führen: die Forcierung des von der EG kreditierten Kapitalexportes v.a. nach Südeuropa und die Unterwerfung der südeuropäischen Ländern, die fast 90% der Gemeinschaftsdarlehen aus dem Europäischen Fonds für Währungszusammenarbeit erhalten, unter ihre Schuldknechtschaft.

In welchen Höhen sich die Träume der EG-Imperialisten weiter bewegen, wagen sie selbst zur Zeit nur anzudeuten; der Schweizer Notenbankpräsident, der sich für den Plan der „europäischen Währung" richtig erwärmen kann – im Gegensatz übrigens zu den EG-Notenbankpräsidenten, die ihre Skepsis nicht verhehlen – wird da schon deutlicher: in der Tendenz solle die Europäische Rechnungseinheit zum internationalen Zahlungsmittel entwickelt werden, das den Dollar mehr und mehr ersetzen und auch für die OPEC-Staaten als Basis des Ölpreises interessant werden soll.

Verhalten noch, aber unübersehbar melden die EG-Imperialisten ihren Appetit auf die Extraprofite an, die sich in der Vergangenheit die US-Imperialisten mit dem Dollar als Weltgeld aneignen konnten. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Der Internationale Währungsfonds: Ein Interventions- und Ausplünderungsinstrument der Imperialisten

Ein kurzer Blick in die Presse nur der letzten Wochen erweckt einen lebendigen, wenn auch höchst unvollständigen Eindruck von der Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF): Der IWF verlangt von der Türkei, noch stärker abzuwerten, wodurch sich die türkischen Exporte für die Imperialisten verbilligen, die Importe der Türkei sich dagegen verteuern. Der IWF fordert von Peru, Zaire und Sambia, die Produktionskosten in den Kupferminen, gemeint: die Löhne der Bergarbeiter, zu senken, um die Profite des imperialistischen Kapitals zu erhöhen. Er kontrolliert die Staatsausgaben dieser Länder, will z.B. Sambia zur Kürzung seiner Militärausgaben zwingen und damit den Aggressionen des rhodesischen Siedlerregimes preisgeben. Diese Reihe ließe sich fast endlos fortsetzen.

Es ist die geballte Macht des Finanzkapitals, die sich hier unter dem Flair der „Internationalität" massiv in die innersten Angelegenheiten von Ländern der Dritten Welt einmischt, ihnen Bedingungen diktiert, sie in eine immer schwerer lastende Schuldknechtschaft treibt, der sich nicht anders als durch die Revolution entkommen können.

Gegründet wurde der IWF 1944 unter Führung der US-Imperialisten, die mit seiner Hilfe die internationalen Kreditbeziehungen in ihren Händen konzentrierten. Die mit der Gründung verbundene Absicht der US-Imperialisten, die Länder der Erde ihrem Waren- und Kapitalexport zu erschließen, zeigt sich unverhüllt in den Statuten des IWF. Die Mitgliedsländer – 1977 waren sie auf 130 angewachsen – müssen je nach ihrer Quote, die entsprechend ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Stärke festgelegt wird, Einzahlungen in den Fonds machen, davon bisher 25% in Gold und 75% in ihrer nationalen Währung. Die Quoten regeln gleichzeitig die Verteilung der Stimmrechte; so garantiert sich eine kleine Handvoll imperialistischer Länder die Stimmehrheit, die USA allein haben sich mit einem 1977 auf rund 20% gesunkenen Stimmanteil dennoch das Vetorecht für alle wichtigen Entscheidungen gesichert, da diese inzwischen mit einer Mehrheit von 85%, früher 80%, gefaßt werden müssen.

Braucht ein Land Devisen, um sein Handels- bzw. Zahlungsdefizit zu bezahlen, so kann es unter Auflagen fremde Währung leihen, indem es eigene Währung an den Fonds gibt. Die gesamten Ziehungen haben sich in den letzten Jahren drastisch erhöht, von 1058 Mio. Sonderziehungsrechten (auch „Papiergold" genannt) 1974 auf 6591 Mio. SZR 1976 und 4920 Mio. SZR 1977. Die Rückzahlungen sind dagegen stark gesunken. In dieser Entwicklung drückt sich in erster Linie die wachsende Verschuldung der Länder der Dritten Welt aus, die Tatsache, daß sich ihre Handelsbilanzen immer weiter verschlechtern, weil die Weltmarktpreise für die von ihnen importierten Maschinen und industriellen Fertigwaren steigen, während die Preise der von ihnen exportierten landwirtschaftlichen Produkte sowie der meisten Rohstoffe allgemein und anhaltend fallen. Sie sind also unter den gegebenen Verhältnissen *gezwungen,* immer wieder neue Kredite beim IWF aufzunehmen, schon allein um die alten zurückzahlen zu können, und holen sich damit Gläubiger ins Haus, die ihnen den Hals erbarmungslos zuschnüren. Die Gebühren, die neben allem anderen für die Kredite gezahlt werden müssen, sind 1974 erhöht worden von vorher maximal 5 auf jetzt 6 Prozent pro Jahr zuzüglich einer einmaligen „Bearbeitungsgebühr" von 0,5%.

Die Länder, deren Währungen durch Vermittlung des IWF geliehen werden, – es sind dies vor allem die stärksten imperialistischen Staaten, gerade die, die die Länder der Dritten Welt mit ihren Waren und ihrem Kapital überfluten und ihre Entwicklung abschnüren – ziehen aus dieser Tatsache doppelten Nutzen: Erstens kassieren sie dafür Zinsen, zwischen 3,75 und 4%. Zweitens können sie aufgrund der Festlegungen jederzeit Kredite ohne jede Auflage erhalten.

Hauptprofiteur waren und sind die USA, die sich aufgrund ihres gewaltigen Reichtums an Arbeitskräften und Bodenschätzen, aufgrund ihres Vorsprungs in der Ausbeutung der Arbeiterklasse seit Anfang des Jahrhunderts zur führenden imperialistischen Macht entwickelt hatten und seit 1944 zielstrebig darangingen, der Welt ein Währungssystem aufzupressen, das die Einrichtung des Dollars als Weltgeld bedeutete. Wir haben in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 15/1978 nachgewiesen, daß der Verfall des Dollars nur ein erneutes Gangsterstück dieser Räuber ist, um die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und die Ausbeutung fremder Arbeiterarmeen weiter zu steigern. Durch jetzt vorgeschlagene Satzungsänderungen wollen sie diesen Coup mit Hilfe des IWF abrunden. Unter anderem geht es darum, daß der IWF ein Großteil der Dollarmassen, mit denen die USA die internationalen Zahlungskanäle verstopften und die gezwungenermaßen von den imperialistischen Konkurrenten und einigen Ländern der Dritten Welt aufgekauft und als Währungsreserven in den Tresoren gelagert wurden, aufkaufen und „einfrieren" soll, um den Weg für neue Dollarbetrügereien freizumachen. – (Z-Red.)

Die IWF-Schuldeneintreiber wollen den portugiesischen Arbeitern und Bauern das Brot vom Mund absparen

An der Spitze einer eisgrauen Delegation des Internationalen Währungsfonds traf Ende März ein Dr. Hans Schmidt in Lissabon ein. Dr. Hans Schmidt und Konsorten kamen, um die Unterschrift der portugiesischen Regierung unter ein Schuldendiktat einzufordern, das der IWF seit fast einem Jahr Portugal aufzwingen will. Der IWF hat Zeit. Allein im letzten Jahr ist in der portugiesischen Handelsbilanz ein klaffendes Loch von 2,4 Mrd. Dollar aufgerissen, nur durch Einnahmen aus dem Tourismus und durch Zahlungen portugiesischer Arbeiter im Ausland auf 1,2 Mrd. Dollar verringert. Ein Großteil der sprunghaft gewachsenen Importe sind *Lebensmittel.* Portugal, noch immer überwiegend ein Agrarland, kann nicht einmal auf dem Elendsniveau, auf dem die Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen, die Bauern und Landarbeiter leben müssen, seine Menschen ernähren! Die Getreideproduktion sank allein 1977 um 70%.

Das ist bereits selbst ein Ergebnis der Pressionen der Imperialisten, die sich die Tatsache zunutze machen, daß unter der Führung der Reformisten und Revisionisten die portugiesische Revolution, die mit dem Sturz des Faschismus 1974 begann, steckenblieb und ihre Errungenschaften Schlag um Schlag liquidiert werden konnten. Eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution war die Agrarreform im Süden, die den Großgrundbesitz weitgehend liquidierte, und – wie halbherzig und bürokratisch auch – das Land denen gab, die es bebauten, den Pächtern und Landarbeitern. Ihre Kooperativen sind seither systematisch administrativ und ökonomisch eingeschnürt und ausgetrocknet worden. Teilweise wurde ihnen das Land wieder entrissen und an die zurückgekehrten Grundbesitzer gegeben. Der Aufschwung der Produktion der Kooperativen, der 1975 und 1976 zu verzeichnen war, wurde so zum Abbruch gebracht. Zugleich wurde die Ausplünderung der Kleinbauern des Nordens systematisch gesteigert, sie wurden in die Arme der Reaktion zurückgetrieben, ihren natürlichen Verbündeten, den Arbeitern und Landarbeitern, entfremdet und Zug um Zug ruiniert. So hat also Portugal eine massenhafte bäuerliche Bevölkerung, die zu verarmt ist, um produzieren zu können.

Verhandelt wird zwischen IWF und portugiesischer Regierung um einen Kredit von 50 Mio. Dollar, der seinerseits den Weg freimachen soll für Kredite vor allem aus den USA und der BRD in Höhe von 750 Mio. bis über 1 Mrd. Dollar. Alle diese Kredite dienen selbst nur der Zahlung gelieferter Importwaren und der Rückzahlung von Schulden samt Zinsen, die insgesamt auf 4,3 Mrd. Dollar aufgelaufen sind. Die Produkte der Arbeit der portugiesischen Arbeiter und Bauern verschwinden in einem Faß ohne Boden.

Die Reihe der Forderungen der Schuldeneintreiber des IWF ist lang und maßlos. Hauptsächlich wird verlangt:

– Die weitere *Senkung der Löhne.* Die Löhne sind im letzten Jahr schon um 18% (nach offizieller Berechnung) gesenkt worden und liegen damit wieder auf dem Niveau der düsteren Zeiten des Faschismus. Die nach der Aprilrevolution 1974 erkämpften Lohnerhöhungen sind mehr als zunichte gemacht. In den letzten Wochen haben die Arbeiter mehrerer Industriezweige und im öffentlichen Dienst sich diesen dauernden Lohnsenkungen mit großen Streiks entgegengestemmt. Die Regierung Soares hat sich jetzt gezwungen gesehen, die staatlichen Leitlinien für die Löhne, Renten und das Arbeitslosengeld auf 23 bis 29% (statt, wie vom IWF gefordert, nur 20%) anzuheben. Freilich, diese Erhöhungen werden in kurzer Zeit von der Teuerung und Steuer wieder aufgefressen sein.



Portugiesische Arbeiter und Bauern wehren sich gegen zunehmende Verelendung

– Die *Lebensmittelsubventionen* des Staates sollen gestrichen werden. Dadurch werden Brot, Mehl, Reis, Öl, Zucker, Fleisch, Eier, Milch und Käse auf einen Schlag um wenigstens 20% teurer werden und sich der allgemeinen Teuerung anpassen, die jetzt mit einer Rate von 30% pro Jahr rast. Viele Lebensmittel sind jetzt für die große Masse des Volkes schon seit längerem ganz und gar unerschwinglich geworden, vor allem der Fisch, der auch in den Hungerjahren des faschistischen Regimes meistens noch für ein wenig eiweißhaltige Nahrung sorgte. Zur selben Zeit, als die IWF-Delegation nach Lissabon einflog, hat der christlich-reaktionäre Wirtschaftsminister der Regierung Soares die wahrscheinliche *Rationierung der Grundnahrungsmittel* für das kommende Jahr angekündigt.

– *Verteuerung der Bankkredite,* vor allem für die kleinen und mittleren Produzenten, die auf diese Weise systematisch ruiniert werden, so daß der Markt in noch größeren Maß für das imperialistische Kapital freigemacht wird.

– *Erneute Abwertung des Escudo,* jetzt um 12%, so daß die portugiesischen Exportwaren für die Imperialisten zu einem Spottpreis zu haben sind, die Importe aus den imperialistischen Staaten nach Portugal noch weiter verteuert werden.

Vor allem an diesen letzten beiden Punkten sind die Verhandlungen jetzt seit dem Eintreffen der IWF-Exekutoren nicht vom Fleck gekommen. Ein Abbruch der Verhandlungen gilt sogar als möglich. Denn durch diese Forderungen des IWF würden bereits die Weichen für die weitere Verschlimmerung der Lage Portugals gegenüber den imperialistischen Mächten gestellt. Und der Massenruin der Bauern, Handwerker, kleinen Händler und Fabrikanten muß der bürgerlichen Regierung ihre wesentliche soziale Stütze entziehen und die Bedingungen einer revolutionären Einheitsfront treibhausmäßig heranreifen lassen. – (Z-Red.)

„Einigung" in der Chemie

Aus der Betriebsversammlung heraus wurde Manfred Esser, Vorstandsvorsitzender des Merck-Konzerns und Präsident der Arbeitgeberverbände, ans Telefon gerufen. Bei den Spitzengesprächen zwischen der IG Chemie und dem Verband der Chemiekapitalisten war eine Einigung herausgekommen.

Noch am gleichen Tag brachte der BASF-Konzern ein „BASF-Aktuell" heraus, in dem er das Ergebnis der Spitzengespräche mitteilte. Die Chemiekapitalisten haben es eilig, ihren Abschluß unter Dach und Fach zu bringen.

Die Punkte der Einigung sind: 4,3% Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1. April, 12 Monate Laufzeit, 4,3% Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf das 2. Ausbildungsjahr für alle drei Ausbildungsjahre. Verlängerung des tariflichen Jahresurlaubs um 2 Tage, Zuschuß zum Arbeitslosengeld aus dem Unterstützungsverein der Chemieindustrie nach 6 Jahren Zugehörigkeit in einem Betrieb der Chemieindustrie, Verlängerung des Manteltarifs bis zum 31.12.1978. Erklärungsfrist bis Montag, 17.4.78, 16.00 Uhr.

Gelingt es dem Hauptvorstand der IG Chemie, dieses Gesprächsergebnis in den regionalen Tarifkommissionen durchzusetzen, dann wäre das Konzept der Chemiekapitalisten für den jetzigen Tarifkampf aufgegangen. Schon Ende Januar hatte Seefelder, Vorstandsvorsitzender der BASF und Präsident der Chemiekapitalisten, an die Sozialdemokratie appelliert: „Wir können uns weder hohe Lohnzuwachsraten noch einen Arbeitskampf leisten." Der Hauptvorstand der IG Chemie war von vornherein auf Versöhnung aus. Zum 31. Dezember hatte er zwar den Manteltarifvertrag gekündigt. Die Forderungen waren aber den Bedürfnissen der Chemiekapitalisten angepaßt: Mindestens 6 Wochen Urlaub, Verkürzung der Arbeitszeit in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben von 42 auf 40 Stunden, nichts gegen Nachtarbeit und Contischicht. Die Chemiekapitalisten forderten dennoch, die IG Chemie solle die Kündigung des Manteltarifvertrages wieder zurücknehmen. Das tat die IG Chemie nicht. Der Hauptvorstand zielte auf eine Verrechnung der Manteltarifforderungen mit der Lohnforderung ab und forderte die Mitglieder der regionalen Tarifkommissionen auf, schon in der Forderung auf keinen Fall 7% zu überschreiten. Das Ganze lief unter dem Stichwort „Erhaltung von Arbeitsplätzen". Die Vertrauensleute und Tarifkommissionsmitglieder sollten „energisch allen von außerhalb unserer Organisation" kommenden Forderungsempfehlungen entgegentreten, „vor allem solchen, die ausschließlich aus agitatorischen Gründen gestellt und keinerlei Aussicht auf Realisierung haben". Damit waren Festgeld- und Mindestforderungen gemeint. Dennoch wurden von den Vertrauensleuten vielfach gerade solche Forderungen aufgestellt. In den Tarifkommissionen aber wurde die Linie des Hauptvorstands durchgesetzt. Darauf gestützt hat der Hauptvorstand jetzt seine Forderungen „realisiert": Im Manteltarif sollen statt der geforderten 30 Urlaubstage gerade 22 Tage Grundurlaub gewährt werden. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche ist glatt fallen gelassen worden. „Mit richtigem Augenmaß" ist der Hauptvorstand von 7% auf 4,3% heruntergegangen. Das sind für viele Chemiearbeiter noch keine 70 Mark brutto mehr im Monat.

Im Kampf um den Weltmarkt stünde die westdeutsche Chemieindustrie mit dem Rücken zur Wand, hatte Seefelder behauptet. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat den Chemiekapitalisten den Spielraum verschafft, den sie brauchen, um ihre Vorherrschaft auf dem Weltmarkt zu sichern.

Der Manteltarif ist jetzt bis zum 31.12. wieder in Kraft. Damit ist Zeit gewonnen, um sich auf Forderungen gegen die Nacht- und Contischicht zusammenzuschließen. Im Lohnkampf kommt es darauf an, daß die Arbeiter und Angestellten der Chemieindustrie zum bewußten Teil der allgemeinen Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen werden. Spätestens im nächsten Tarifkampf müssen die Arbeiter und Angestellten der Chemieindustrie von hinten schieben, statt stillzuhalten. Das wurde mit den Großadressen an die streikenden Metaller diesmal schon begonnen. – (Z-Red.)

Ausweitung der Schichtarbeit in der EG / Die Chemiekapitalisten stehen an der Spitze

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Unterorganisation der UNO, hat in der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift „International Labour Review" vom März-April berichtet, daß in der Bundesrepublik der Anteil der Schichtarbeiter an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung von 12% 1960 auf 27% 1976 gestiegen sei; unter den Arbeitern der französischen verarbeitenden Industrie von 17,8% 1959 auf 31,3% 1974; in Großbritannien unter den männlichen Arbeitern der gesamten Industrie und des öffentlichen Dienstes, die eine Schichtzulage erhielten, von 19,3% 1968 auf 23,2% 1976; lediglich in den Niederlanden war innerhalb der EG der Anteil der Schichtarbeiter in der Industrie mit ca. 10% relativ konstant geblieben. Bezeichnenderweise gibt es keine regelmäßigen und vergleichenden Untersuchungen über das Ausmaß der Schichtarbeit. Wahrscheinlich liegen die obengenannten Zahlen noch zu niedrig, aber sie spiegeln den Heißhunger der Kapitalisten nach Einsaugung lebendiger Arbeitskraft wider, der zunehmend nur noch rund um die Uhr, tagaus, tagein, 168 Stunden die Woche gestillt werden kann.

Je größer das Kapital, das von jedem Arbeiter erhalten und vermehrt werden muß, desto unersättlicher diese Gier der Kapitalisten. In dem Schaubild haben wir aufgetragen die Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen pro Lohnabhängigen (das sind alle während eines Jahres getätigten Investitionen) für jedes Land der EG von 1960 bis 1975. Unschwer kann man erkennen, daß große Unterscheide bestehen, daß z.B. Frankreich, BRD, Niederlande, Belgien deutlich über dem Durchschnitt der EG liegen, während die Kapitalisten Dänemarks, Italiens, Irlands und Großbritanniens zum Teil erheblich weniger Investitionen vorgenommen haben. Luxemburg stellt sich etwas verzerrt dar, weil dort nicht die ganze Palette der Industrien vorhanden ist, sondern ein großes Übergewicht der Eisen- und Stahlindustrie mit sehr hohem Anteil des fixen Kapitals (60%) besteht. Das Schaubild zeigt auch die stets wachsende Stufenleiter, auf der die Kapitalisten ihre Investitionen getätigt haben, für die sie das Kapital vorher aus der Arbeiterklasse herausgeholt haben.

Die Kurve zeigt die Entwicklung der Investitionen je Beschäftigten in der chemischen Industrie der BRD im Vergleich zur gesamten Industrie. Die Chemiekapitalisten haben das allergrößte Interesse an der Schichtarbeit, um die ungeheuren Kapitalmassen, die sie aus der Ausbeutung der Chemiearbeiter gezogen haben, profitabel verwerten zu können. BASF hat schon 1913 die Wechselschicht eingeführt.

Nach einer Untersuchung von 53 Betrieben der chemischen, der chemiefaserzeugenden, mineralölverarbeitenden und Glasindustrie in der EG (W. Beck, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht V/52/74-D) arbeiteten schon damals mehr als doppelt soviele Chemiearbeiter in Wechselschicht wie der Durchschnitt aller Lohnabhängigen:

	Prozent der Lohnabhängigen in kontinuierl. Wechselschicht	davon regelmäßig Sonntag
BRD	39,2	63,3
Belgien	28,7	87,1
Frankreich	35,2	86,5
Italien	44,9	62,9
Luxemburg	63,0	75,0
Niederlande ...	27,3	67,9

1000 Europäische Rechnungseinheiten

Bruttoanlageinvestitionen pro Lohnabhängigem von 1960 – 75

33 32 31 30 29 28 27 26 25 24 23 22 21 20 19 18 17 16 15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1

1975 – 1970 – 1965 – 1960

EG (bis 1972 sechs, ab 1973 neun Staaten) – Lux. – Frankr. – BRD – Niederl. – Belgien – Dänemark – Italien – Irland – Großbrit.

Der Stachel zu immer weiterer Ausdehnung der Schichtarbeit ist der Kampf um Höchstprofit, der dem Kapitalisten durch die Konkurrenz aufgezwungen wird. Am heftigsten tobt dieser Kampf zwischen den großen Chemiemonopolen: Royal Dutch / Shell (Niederlande / Großbritannien), Unilever (Niederlande/Großbritannien), BP (Großbritannien), Hoechst, Bayer, BASF (BRD), ICI (Großbritannien), Montedison Spa (Italien), AKZO NV (Niederlande), Compagnie Française des Pétroles (Frankreich), Petrofina Groupe (Belgien), in der Reihenfolge ihrer Größe im Jahre 1975 aufgezählt. Alle diese Konzerne haben sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs weiter eine große Anzahl kleinerer Betriebe einverleibt, so die BASF u.a. die Glasurit-Werke, die Nordmark-Werke, Wintershall, Bayer u.a. die Troponwerke und die Faserwerke Hüls, Hoechst u.a. Schwarzkopf, die Chemischen Werke Albert, die Süddeutschen Chemiefaserwerke. Ähnliche Kapitalkonzentrationen fanden in den anderen imperialistischen Ländern der EG statt, zum Teil wie in Frankreich und Italien unter direkter Leitung der Regierung, mit der ausdrücklichen Zielsetzung, sich der deutschen Konkurrenz zu erwehren.

Spitzenreiter innerhalb der EG in der Erzeugung nahezu aller chemischen Produkte ist die westdeutsche Chemieindustrie, in der Herstellung von Schwefelsäure, Syntheseammoniak und Kalidüngemittel dicht gefolgt von der französischen und in der Herstellung von Soda, Stickstoff- und Phosphatdüngemitteln von ihr übertroffen. In diesem Kopf-an-Kopf-Rennen werden die jeweiligen Monopole nicht ruhen, bis sie ihren Konkurrenten verschluckt oder ihm den Garaus gemacht haben. Mit der Schichtarbeit, im großen Maßstab eingeführt, gedenken sie ihre Ziele zu erreichen. Durchgesetzt haben sie deshalb die Ausweitung der Schichtarbeit noch lange nicht. – (Z-Red.)



Mehrschichtarbeit mit „sozialistischem Charakter" in den RGW-Ländern

Laut DDR-Statistik haben in der DDR 1970 14,6% der Produktionsarbeiter im Zweischichtsystem und 24% im Dreischichtsystem gearbeitet. Danach ist also jeder vierte Arbeiter in der DDR Schichtarbeiter. In den industriellen Ballungszentren wie dem Bezirk Halle ist der Anteil der Schichtarbeiter noch wesentlich höher. Dort arbeiteten schon 1971 fast 40% der Arbeiter im Dreischichtbetrieb. In den Produktionsbereichen Metallurgie und Chemie ist der Anteil der Schichtarbeit mit 59% bzw. 46,5% am höchsten.

Diese Zahlen drücken den unstillbaren Vampirdurst der neuen Bourgeoisie in der DDR nach Mehrarbeit, nach Erzielung von Höchstprofit aus. Die DDR zählt zu den zehn größten Industriestaaten der Welt. Ausgerüstet mit modernen Industrieanlagen und neuartiger Maschinerie versuchen die DDR-Bourgeois, insbesondere mit der Chemieindustrie, die internationale Konkurrenz auszustechen. Tatsächlich ist wie in jedem Land mit kapitalistischer Produktionsweise für die DDR-Bourgeoisie die Anschaffung neuer Maschinerie nur lohnend, wenn diese 24 Stunden am Tag lebendige Arbeitskraft einsaugen, also als Mittel zur Ausbeutung der Arbeiter dienen kann. Sonst machen sich die Maschinen nicht bezahlt oder, wie die Kapitalisten sagen, schreiben die Maschinen sich nicht schnell genug ab.

Beträchtliche Schwierigkeiten ergeben sich für die DDR-Ideologen, die fatalen Wirkungen des Schichtsystems auf die Lebenskraft der Arbeiter mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu vereinbaren. Karl Marx führt im „Kapital" aus: „Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert..." (Kapital, Band 1, Berlin (DDR) 1975, S. 465)

Allerlei ideologische Kopfstände sind nötig, um die offensichtlich kapitalistische Anwendung der Maschinerie in der DDR zu verleugnen. So referiert ein Dr. R. John, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ZFA Dresden, auf einer Konferenz mit dem Thema „Schichtarbeit und sozialistische Lebensweise" 1972 in Halle: „All dies (gemeint sind sogenannte ökonomische und technologische Aspekte, die Red.) führt dazu, daß sich die Mehrschichtarbeit aus einer Form der Arbeit, die noch mit Merkmalen der kapitalistischen Produktionsweise im Denken der Menschen verbunden ist, zu einer Form der Berufstätigkeit entwickelt, die dem Charakter der sozialistischen Arbeit immer besser entspricht."

Ist erstmal das Kunststück vollbracht, der Schichtarbeit den „sozialistischen Charakter" aufzustülpen, so kann Dr. Fr. Krzkala, Leiter der Abteilung Soziologie am Institut für Produktionsökonomik der Hochschule für Ökonomie in Poznań (Polen) auf der gleichen Konferenz den „sozialistischen Charakter" gesteigerter Ausbeutung untermauern: „Danach muß die Verkürzung der Arbeitszeit, neben den gesellschaftlichen Vorteilen – zur Verbesserung der Arbeitssituation und zur besseren Ausnutzung der Maschinen und Einrichtungen beitragen, einen Ansporn zur Erhöhung der Arbeitsleistung bilden, um auf diese Weise das verringerte Ausmaß der Arbeitszeit zu rekompensieren. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht ein Ansteigen der Kosten nach sich ziehen."

Damit sind diejenigen „belehrt", die von der Einführung neuer Maschinen im Sozialismus etwa eine Erleichterung der Arbeit erwarteten. Und überhaupt, über das Glück hinaus, Schichtarbeit machen zu dürfen, über das Glück hinaus, in kürzerer Zeit mehr schaffen zu dürfen, Schichtarbeit hat noch mehr „Positives", weit mehr. Es „kann die Schichtarbeit durchaus positive Wirkungen auf die Lebensweise haben", zum Beispiel „eine bessere familiäre Arbeitsteilung – eine stärkere Einbeziehung des Mannes in die Erledigung häuslicher Arbeiten" sowie „eine positive Auswirkung auf die Entwicklung der Selbständigkeit der Kinder" (Schichtarbeit in soziologischer Sicht, Berlin (DDR) 1974, hrsg.v. Prof. Dr. Stollberg). Diese in ihrer Art völlig neuen Erkenntnisse über die Wirkungen der Schichtarbeit verbreiten die Ideologen der neuen Bourgeoisie völlig gewissenlos als wissenschaftlichen Sozialismus. Wehe dem, der diese Darlegungen angreift, der ist ein Feind des Sozialismus. Nun finden diese wissenschaftlichen Arbeiten bei den Arbeitern in den RGW-Ländern, wie jeder Arbeiter sich vorstellen kann, nicht gerade begeisterte Fürsprecher. Für die Herren Professoren ganz und gar unverständlich. Der bereits zitierte Dr. Fr. Krzakala aus Polen beklagt sich: „Allgemein muß man feststellen, daß die Arbeiterjugend trotz der Aufnahme des Unterrichts im Schichtsystem diese Verbesserung nicht schätzt ... Die Disziplin des Schulunterrichts leidet, die Teilnahme an den Arbeiten in der Schule ist problematisch, die Schüler behandeln ihre Anwesenheit in der Schule als Zeit der Erholung und haben den Wunsch, den Beruf des Produktionsarbeiters aufzugeben."

Jeder Proletarier versteht diese Jugendlichen. Sie setzen sich gegen die Ausbeutung, sie setzen sich gegen die Ruinierung ihrer Arbeitskraft zur Wehr. Die schlauen DDR-Professoren empfehlen der Bourgeoisie Hilfsmittel als da wären: „Leistungsabhängige Nachtschichtprämie, höheren Anteil an der Jahresendprämie, Bevorzugung mit Ferienplätzen ..."

Die Arbeiterklasse in der DDR, in Polen, wie überall, wo sie die ausgebeutete und unterdrückte Klasse ist, sie hat keine andere Wahl, als sich mit dem wirtschaftlichen Kampf, mit dem Kampf um Arbeiterrechte wie dem Kampf für das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. So fällt es den feinen Bourgeois-Professoren in der DDR zunehmend schwerer, ihren Dreck als „marxistisch-leninistische" Soziologie zu tarnen. – (Z-Red.)

Für das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit

Die Contischicht bei der Degussa läuft im dreifachen Wechsel von Früh-, Spät- und Nachtschicht. Die Frühschicht in der ersten Woche geht von Montag bis einschließlich Samstag von 6 bis 14 Uhr. Danach sind 2 Tage frei. Dann beginnt am Dienstag bis Sonntag die Spätschicht von 14 bis 22 Uhr, wieder 2 Tage frei, und dann von Mittwoch bis Montag die Nachtschicht von 22 bis 6 Uhr. Wir haben die Schicht auf das ganze Jahr (ohne Urlaub) berechnet. Danach müssen die Arbeiter an 96 Tagen in der Frühschicht, an 90 Tagen in der Spät- und Nachtschicht arbeiten. Gearbeitet wird an 40 Samstagen, an 37 Sonntagen und an 7 Feiertagen.

Die Arbeit bei **Hoechst Griesheim, Abteilung Chemie,** beginnt Montag bis einschließlich Samstag mit der Frühschicht von 6 bis 14 Uhr. Am Sonntag schiebt sich eine 12-Stunden-Schicht von 6 bis 18 Uhr ein. In der zweiten Woche Spätschicht von Montag bis Samstag von 14 bis 22 Uhr. Sonntag wieder die 12-Stunden-Schicht. In der dritten Woche Nachtschicht von 22 bis 6 Uhr, wieder bis zum Samstag. Der dritte Sonntag ist frei. In der vierten Woche werden je nach der noch zu arbeitenden Stundenzahl noch ca. 2 Tage gearbeitet. Der Rest der Woche ist bis Sonntag frei, dann beginnt der neue Turnus.

Viele Arbeiter bei Hoechst Griesheim machen die Schicht auf der Grundlage des niedrigen Lohns auch an den freien Tagen in der vierten Woche weiter.

Die Schichtpläne zeigen, die Lebenskraft und Gesundheit des Arbeiters wird innerhalb kürzester Zeit zerstört. 60% aller Arbeiter halten es zwischen 10 und 20 Jahren in der Schicht aus. Zwischen 20 und 30 Jahren arbeiten nur noch 1,6% Schicht. – (Z-Red.)

Streik der VW-Arbeiter hat Auswirkungen auf den Kampf der gesamten Arbeiterklasse

Die Bänder stehen still/„Bild" rechnet 60 Millionen Verlust für Schmücker aus

„Achtung, Achtung! Aus aktuellem Anlaß spricht in wenigen Minuten der Werksleiter Herr Amtenbrink zu Ihnen ...

Werksangehörige, viele von Ihnen haben mit Demonstrationen deutlich gemacht, daß sie mit dem Gesprächsergebnis nicht einverstanden sind. Sie wollen ein für Sie besseres Ergebnis erreichen ..."

Diese Worte tönten durch die Lautsprecher bei VW in Wolfsburg. Immer wieder wurde am Donnerstag und am Freitag dieses Tonband den VW-Arbeitern vorgespielt. „Jetzt merken die wohl auch, daß wir ernst machen. Tonbandabspielen! Feige Bande! Nicht einmal persönlich trauen sie sich vor uns!"

In den letzten zwei Wochen war es in allen VW-Werken täglich zu Warnstreiks und Demonstrationen gekommen. Einen 5-Prozent-Abschluß lehnten die VW-Arbeiter ab. Die VW AG gab nach und bot 62 Pfennig bis zur Lohngruppe 7E und 5% für die übrigen Lohngruppen. Dies wäre bei Lohngruppe 1E bei den Zeitlöhnern 6,72%, bei den Akkordlöhnern Lohngruppe 1A sind dies 5,85%. *Zusätzlich* eine einmalige Zahlung von 150 DM für alle. Dies wäre ein „Gesamtvolumen von 5,73%".

Die Verhandlungskommission nahm dieses Angebot von Schmücker zur Kenntnis und informierte die Tarifkommission.

Als die Arbeiter von diesem Angebot hörten, war die Antwort schnell und kräftig. „Das ist zu wenig, Schmücker muß zahlen." Halle 10 stand still; wenn Halle 10 steht, steht auch Halle 12, und dann steht auch das ganze VW-Werk. Die Meinung der Arbeiter war gegen dieses Ergebnis. Dies wußte auch die Tarifkommission, die ja vorher schon für Urabstimmung war. Sie beschloß eine Umfrage zu starten, die natürlich ein gefährliches und spalterisches Mittel werden kann. Aber bei Streik und Versammlungen konnten die Arbeiter auch in Ruhe über das Angebot Schmückers diskutieren, der gerade das VW-Imperium um ein neues Werk in den USA erweiterte.

In verschiedenen Abteilungen und Hallen wurden Umfragen durchgeführt. Schnell war aber allen klar, daß über 90% bei diesen Abstimmungen gegen das Angebot von Schmücker waren. Diese Umfragen wurden in der letzten Woche am Mittwoch und Donnerstag durchgeführt, um dann am Freitag erneut die Sitzung der Tarifkommission durchzuführen. Streiks und Demonstrationen fanden immer wieder statt. Der schlechte Abschluß im öffentlichen Dienst und in der Chemieindustrie zu diesem Zeitpunkt erhöhte die Kampfmaßnahmen. Immer neue Teile der Belegschaften wurden in die Streiks mit einbezogen.

Wurde am Donnerstag noch darüber gesprochen, daß es nicht günstig sei, daß die Angestellten nicht mitstreiken würden, war die Antwort der Angestellten, die zu 70% in der IG Metall organisiert sind, Streik! Ein Zug von 6000 Angestellten und zum Teil auch Arbeitern zog zum Verwaltungsgebäude, wo der Sprecher der Angestellten erklärte: „Jetzt ist wohl in den Vorstandsetagen klar, daß man die Arbeitnehmerschaft nicht in zwei Teile spalten kann. Die Demonstration hat gezeigt, daß die Angestellten bei der Urabstimmung ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen werden."

Hatte in Emden die Halle 10 nicht mitgestreikt, weil die Halle außerhalb des Hauptwerkes liegt und die Kampferfahrungen der Frauen noch nicht so groß waren, so wurde am Donnerstagnachmittag ein Streikzug organisiert, der dorthin zog. Der Werksschutz hielt das Tor vor der Halle geschlossen. Daraufhin wurde vom Demonstrationszug das Schloß geknackt und das Tor aufgemacht. Die Arbeiter der Halle 10 schlossen sich dem Demonstrationszug und dem weiteren Streik an.

In allen Werken: in Emden, Braunschweig, Wolfsburg, Salzgitter und Kassel war die große Mehrheit der Arbeiter gegen das Angebot Schmückers und für Kampfmaßnahmen. Ein Abschluß von mindestens 150 DM und ein Abschluß deutlich in Richtung 7% ist das Ziel der VW-Arbeiter.

Die bürgerliche Presse schweigt über den Streik der VW-Arbeiter im ganzen Bundesgebiet. Die „Frankfurter Allgemeine" berichtete sogar am Donnerstag, daß bei 5% abgeschlossen sei. Auch dieses Spaltungsinstrument erschüttert die VW-Arbeiter nicht, sondern sie setzen ihre Kampfmaßnahmen fort, wohl wissend, daß sie sich auf die bürgerliche Presse nicht stützen können. Am Samstag muß die Bild-Zeitung dann zugeben, daß VW durch Warnstreiks 60 Millionen Verlust gemacht hat.

Resolutionen treffen aus dem ganzen Bundesgebiet bei den VW-Arbeitern ein, die sich mit dem Streik der VW-Arbeiter solidarisieren. Ob aus Ingolstadt oder Hamburg, Millionen wissen über den Streik der VW-Arbeiter. Klar ist: Setzen sich die VW-Arbeiter mit einem guten Abschluß durch, wird dies positive Auswirkungen auf den Kampf der ganzen Arbeiterklasse haben.

Verschiedene Lohnauseinandersetzungen sind gewesen bzw. laufen noch. All diese Arbeiter werden prüfen, was sie bisher erreicht haben und was sie erreichen können. Innerhalb der Kapitalistenklasse treten bereits Unsicherheiten auf. Man überlegt, daß man geschlossener bei den bisherigen Metallverhandlungen hätte auftreten müssen. Daß verschiedene Tarifgebiete neue Strukturen bekommen müssen etc.

Die Tarifkommission VW hat am Freitag ihre Sitzung durchgeführt. *Einstimmig* hat sie das Angebot Schmückers abgelehnt. Der Hauptvorstand hatte nur einen Angestellten für Lohnfragen geschickt, der gleich den Hauptvorstand darüber informiert hat, daß die Tarifkommission bei VW das Angebot Schmückers ablehnt und Urabstimmung beantragt. Jetzt muß der Hauptvorstand entscheiden.

Eins steht aber jetzt schon fest. Schmücker wird mit seinem Angebot nicht durchkommen. 5,73% reichen nicht aus. Jahrelang hat Schmücker die VW-Arbeiter ausgebeutet. Jetzt muß er zahlen, und zwar kräftig. Denn jahrelang hat sich diese Unterdrückung und Ausbeutung bei den Arbeitern aufgestaut, die jetzt dagegen kämpfen. Die Forderungen der VW-Arbeiter stehen, darum werden die VW-Arbeiter so oder so in der nächsten Woche mit Kampfmaßnahmen weiter Druck ausüben. – (N-Red.)

Werftschließungen und Ausbau der Rüstungsproduktion

Das 4. EG-Werfthilfeabkommen zeigt seine Wirkung

Die Werftkapitalisten der BRD haben ihren Anteil an der Weltschiffsbauproduktion im letzten Jahr von 5,52 auf 5,79% oder um 1,6 Mio. BRT steigern können, meldet der „Weser-Kurier" am 6.4., obgleich der Weltschiffbau um 6,4 Mio. BRT zurückgegangen ist, rund 15000 Werftarbeiter in den letzten Jahren entlassen wurden und gegenwärtig ca. 10000 kurzarbeiten müssen. Den drastischen Rückgang im Tankerbau nutzen die Werftkapitalisten, um erhebliche Steigerung der staatlichen „Beihilfen" zu verlangen. Damit soll die Umrüstung der Werften so vorangetrieben werden, daß die Produktion von Kriegsschiffen, Hochseeschiffen mit großer Tonnage und Ergatterung von Spezialproduktionen wie z.B. den Bau schwerer Konstruktionen, die auf dem Wasser schwimmen, schwimmender Erdgasleitungen und Bohrinseln, oder wie dem Bau des Ölfangschiffes, auch für Seefrachten geeignet, durchgeführt werden können.

Graf Lambsdorff hat sich gegenüber den Forderungen nach Erhöhung der staatlichen Subventionen entsprechend den Maßgaben des 4. EG-Werfthilfeabkommens zur „Sanierung des Schiffsbaus in der Gemeinschaft" geäußert und die Zusage von der „Vorlage eines Strukturkonzepts" für die Werftindustrie abhängig gemacht.

Die EG-Planung für eine „wettbewerbsfähige Gemeinschaftsflotte" der „ersten Welthandelsmacht" sieht die Erhöhung der staatlichen Beihilfen von bisher 600 Mio. RE (ca. 3 DM) jährlich auf rund 1 Mrd. jährlich bis 1980 vor. Damit sollen rund 80000 Werftarbeiter in den EG-Ländern, d.h. etwa die Hälfte, wegrationalisiert werden. (siehe dazu KVZ 12/78)

Der Vorsitzende des BRD-Schiffbauverbandes Dr. Werner Bartels hat auf der diesjährigen Mitgliederversammlung festgestellt: „Wir kommen an einem erheblichen Schrumpfungsprozeß nicht vorbei". Der Vorstandsvorsitzende der Weser-AG: „Jetzt müßten optimale unternehmensübergreifende Strukturen gefunden werden", und weist auf die bereits eingeleitete Zusammenarbeit mit den Vulkan-Kapitalisten hin; es böten sich weitere Ansatzpunkte für eine Vertiefung der Zusammenarbeit.

Der Grad der Konzentration und Zentralisation muß vorangetrieben werden. Das „Nordschau-Magazin" berichtet vom Bremer Vulkan, „der flexibel genug war, sich den neuen Markterfordernissen anzupassen", und von der Lürssen-Werft in Bremen-Vegesack: „Nicht jede Werft, die bisher Tankerschiffe baute oder Containerschiffe, kann auch Kriegsschiffe bauen". (...) Wir haben ein sehr hohes Know-how in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet und haben sehr viele Anfragen auf diesem Gebiet. (...) Den Arbeitern ist das egal. Sie wissen, daß solche Aufträge notwendig sind, um ihre Arbeitsplätze zu sichern" (30.3.).

Auf der letzten Betriebsversammlung auf dem Vulkan wurde die Schließung der Gießerei angekündigt. Gegen die Versetzung der Gießereiarbeiter wird schon seit längerem gekämpft um die Beibehaltung ihrer Lohngruppen. Gegen Pläne zur Akkordverschärfung und Lohndrückerei haben die Schlosser mit Streik gedroht und eine 28%ige Akkordabsicherung bei beliebiger Zeitaufwendung durchgesetzt. Das 5%-Angebot der Kapitalisten soll von der Tarifkommission am Montag abgelehnt werden. Bei der HDW sind die Arbeiter während der Lohnverhandlungen in den Streik getreten für die Durchsetzung der 111 DM. Rund 750 Mio. DM hat die Bundesregierung im letzten Jahr an Zuschüssen für Werften und Schiffahrt bereitgestellt. In der letzten Woche war zu lesen, daß die Schiffahrtsförderung für 1978 200 Mio DM vorsieht, damit können Neubauvorhaben der Reeder in Höhe von 1,2 Mrd. DM gefördert werden, jeweils 12,5% an den Baukosten. Die Bindungsfrist wurde von 10 auf 8 Jahre herabgesetzt. (Welt, 12.4.)



Das Schiffbauprogramm der westdeutschen Werftkapitalisten reicht von Riesentankern bis zu U-Booten von Hapag-Lloyd.

Die Zusicherung der sofortigen Auszahlung bei Fertigung des Schiffs ist ein Stachel zur Antreiberei der Arbeiter. Auf der Sietas-Werft, Hamburg, die den größten Brocken unter den Hamburger Werften aus dem Förderungsprogramm der Regierung und des Senats (35 Mio.), kassiert, sind erst im März 27 Arbeiter beim Umsturz eines 65 t Colli teilweise schwer verletzt worden, einer ist dabei zu Tode gekommen. Der letzte 4500 BRT Container- und Paketholzfrachter wurde nach nur zehn Wochen Bauzeit ausgeliefert.

Auf der Peters-Werft in Wewelsfleth werden die Arbeiter zu 12-Stunden-Schichten gezwungen. Andere Werften, wie die Kremer-Werft in Glückstadt, 220 Beschäftigte, werden dichtgemacht. Bei der Kröger-Werft in Rendsburg wurden 35 Arbeiter entlassen, die Husumer-Werft will die ausländischen Arbeiter, 100 bis 150 von 600 entlassen, die HDW, die bereits 2200 Arbeiter entlassen haben, wollen die Zahl der Belegschaft in diesem Jahr weiter reduzieren von 13800 auf 13000, außerdem sollen vom 1. März bis 31. Juli 2800 Arbeiter kurzarbeiten, Kurzarbeit ebenfalls bei Blohm und Voss sowie Hapag-Lloyd. Dies sind direkte Folgen der Förderung der Werftprofite aus Steuergeldern. – (N.-Red.)

Ausweitung der Akkordarbeit auf dem Bremer Vulkan

Auf dem Vulkan wird unterschieden zwischen Akkord- und Zeitlöhnern. 1977 arbeiteten im Monat Dezember 23,47% der Gesamtarbeiter im Zeitlohn. 1976 waren es noch 25,63%. Im Akkordlohn standen 1977 im Monat Dezember 76,55%, während es 1976 nur 74,37% waren und das bei einer Gesamtarbeiterzahl von 1976 4226 und 1977 3636 Arbeitern.

In den höheren Lohngruppen (ab 9), in denen vornehmlich die Antreiber eingruppiert sind, ist der Anteil bei einer um 590 Arbeiter abgebauten Belegschaft gleichgeblieben.

Die Tendenz zeigt eine Belegschaft, die in drei Teile gespalten ist. Einen gering verdienenden, der zunehmend runtergedrückt wird, eine gleichbleibende Facharbeiterzahl, die im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft nur geringfügig steigt und einen aufgeblähten Wasserkopf von Antreibern, im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft gesehen.

Innerhalb dieser Gruppen wird besonders bei den Zeitlöhnern eine tiefe Spaltungslinie gezogen. Der Zeitlöhner erhält den jeweiligen Tariflohn, darauf einen Zeitlohnausgleich, der auf den gesamten Betrieb bezogen im Durchschnitt 16% betragen muß. Nur kann das auch so aussehen, daß der Kapitalist dem einen Arbeiter 32% Zulage gibt und dem anderen nichts. Für die Berechnung der Löhne gibt es eine Tabelle, in der waagerecht die Lohngruppen aufgeführt sind und senkrecht die Skala der Leistungszuschläge, die von 0 bis 32% reicht und

Aufteilung der Lohngruppen und Ausweitung der Akkordarbeit auf dem Bremer Vulkan

Akkordlohn

	1976	1977
LG 6	2,67%	2,37%
LG 7	3,41%	2,31%
LG 7a	5,18%	4,68%
LG 8	8,66%	8,53%
LG 8a	27,83%	29,07%
LG 9	9,06%	10,37%
LG 9a	16,94%	18,59%
LG 10	0,62%	0,63%
Gesamt	74,37%	76,55%

Zeitlohn

	1976	1977
LG 4	0,14%	–
LG 5	1,68%	0,58%
LG 6	3,12%	2,94%
LG 7	3,86%	3,77%
LG 7a	3,01%	2,83%
LG 8	1,04%	1,13%
LG 8a	4,73%	4,29%
LG 9	0,71%	0,80%
LG 9a	0,85%	0,96%
LG 10	1,21%	1,27%
LG 11	5,28%	5,80%

jeweils um 2,5% stufenweise steigt. Ein Zeitlohnarbeiter in Lohngruppe 5 kann also 6,95 DM Tariflohn, plus 2,5% Leistungszulage, was 17 Pf. sind, also insgesamt 7,12 DM bekommen, während ein anderer in Lohngruppe 6, 6,95 DM Tariflohn plus 32% Leistungszulage, also 9,17 DM bekommt. In einer Lohngruppe existiert also ein Unterschied von 2,05 DM. Rechnet man die Willkür der außertariflichen Zulagen hinzu, so liegt auf der Hand, welche Spaltungsmöglichkeiten hier vorherrschen.

1973 erkämpften sich die Vulkanarbeiter in sieben Tagen Streik eine Angleichung an die Löhne der anderen Werften. Es war nachgewiesen worden, daß die Vulkanlöhne hinter denen der anderen Werften lagen, die höhere außertarifliche Zulagen (ATZ) bekamen. Unter der Forderung nach 70 DM mehr und 13. Monatsgehalt wurde nach Einmischung des IGM-Bezirksleiters von Hamburg, Heinz Scholz, ein Ergebnis vorgelegt. 25 Pfennig pro Stunde mehr für die Arbeiter, 43 DM pro Monat mehr für die Angestellten.

Das Ergebnis einer Angleichungskommission brachte für die Zeitlöhner nochmals 17 Pfennig, für Akkordlöhner 7 Pfennig mehr. Die Lehrlinge bekamen im ersten Lehrjahr 60 DM, im zweiten Lehrjahr 120 DM mehr.

– (Zelle Bremer Vulkan)

Solidaritätserklärung an Betriebsrat von VW Wolfsburg

Ingolstadt. 19 Arbeiter aus der Wagenendmontage und der Materialwirtschaft bei Audi-NSU haben folgenden Brief beschlossen: „An den Betriebsrat von VW, Werk Wolfsburg. Liebe Kollegen! Die ganze Woche hindurch habt Ihr mit Streiks und Demonstrationen im Werk den Kampf für die Durchsetzung Eurer Lohnforderung geführt. In diesem Kampf sprechen wir Euch unsere volle Unterstützung aus. Urabstimmung und Streik, das ist das einzig Richtige, um mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß zu machen. Daß Schmücker jetzt schon ein Angebot von mindestens 107 DM machen muß, beweist es. Bei uns im Werk Ingolstadt gehen die VW-Audi-Kapitalisten daran, den 5-Prozent-Abschluß für weitere Verschärfungen der Arbeitshetze zu nutzen: Sonderschichten sollen gefahren werden, um den Produktionsausfall während der Kurzarbeit auszugleichen; die Kurzarbeit selber, mit der die VW-Audi-Kapitalisten uns aus der Lohnbewegung herausspalten wollten, haben sie genutzt zu Umbauten, mit denen jetzt der Akkord verschärft wird: In der Wagenvormontage sind gleich mehrere neue Bänder gezogen worden. (...) So wir Ihr es macht, so muß der Lohnkampf weitergeführt werden. Für die Durchsetzung Eurer Forderungen wünschen wir Euch vollen Erfolg. (...) Mit solidarischen Grüßen, 19 Arbeiter von Audi-NSU Ingolstadt, Wagenendmontage, Wagenvormontage und Materialwirtschaft."

Dieser Brief wurde abgeschickt, nachdem bereits am Wochenanfang ein halbes Dutzend Arbeiter gegen den 5-Prozent-Schlichtungsspruch sich ausgesprochen hatten und die Tarifkommission dazu aufgefordert hatten, Urabstimmung und Streik zu beschließen.

Porsche-Arbeiter unterstützen Streik bei VW

Stuttgart. „An den Betriebsrat von VW Wolfsburg. Wir haben heute von Euren Streiks und Demonstrationen erfahren. Ihr habt unsere volle Unterstützung, wenn Ihr mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß machen wollt. Schon durch Eure Aktionen habt Ihr den VW-Vorstand gezwungen, 107 DM als Mindestbetrag anzubieten. Bleibt hart. (...)"

5%-Abschluß Tarifbezirk Osnabrück

Osnabrück. Im Tarifbezirk Osnabrück ist am Freitag, den 14.4. abgeschlossen worden. Herausgekommen sind 5% mehr Lohn und Gehalt. Für vier Monate (tarifloser Zustand) eine pauschale Nachzahlung von je 110 DM. Über Urlaubsregelung bzw. Vereinbarungen über Abgruppierungsschutz ist bisher nichts bekannt.

Daimler-Arbeiter gegen Stückzahlerhöhung und gegen 5%

Bremen. In der ersten Woche nach der Kurzabeit gingen die Daimler-Kapitalisten gleich daran, die Stückzahl zu erhöhen, um aufzuholen. Statt 106 sollten 110 Wagen in der Endmontage gefahren werden. Die Arbeiter in der Endmontage haben bei 108 oder 109 Autos Schluß gemacht. Die Kapitalisten wollten unbedingt, daß noch zwei mehr gefahren werden, und haben die Bänder einfach wieder angestellt. Die Wagen fuhren unbearbeitet durch. Außerdem gab es am Donnerstag Lohnabrechnungen. Das war der Anlaß, sich zu verabreden, am nächsten Tag zum Betriebsrat zu gehen und ihn aufzufordern, in der Tarifkommission mit Nein zu stimmen. Es wurde ein Brief an die Tarifkommission aufgesetzt, den bisher vier Arbeiter unterschrieben haben.

Tarifverhandlungen Hessen Lage bei Opel

Rüsselsheim. Die Blockvertrauensleuteversammlung am Montag, dem 10. April, hat nochmals den Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung bekräftigt und die Tarifkommission aufgefordert, nicht unter Baden-Württemberg abzuschließen. Zu dieser Zeit stand bereits eine Einigung zwischen IG Metall und Kapitalisten über 5% rückwirkend, also schon schlechter als in Württemberg. Die Verhandlungskommissionsmitglieder aus der Verwaltungsstelle Darmstadt, Hahn (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Opel) und Mokrus (Bevollmächtigter) haben das abgelehnt. Die Große Tarifkommission tagte am Donnerstag, um u.a. auf Antrag des Mitglieds Hahn „über den komplizierten Inhalt des Verdienstabsicherungsvertrages aufzuklären". Die Tarifkommissionsmitglieder der Verwaltungsstelle Darmstadt, darunter auch von Opel, werden den Abschluß ablehnen. Die Abstimmung findet am Montag, 17. April, in Butzbach statt. Folgendes Telegramm an die Tarifkommission / Verhandlungskommission haben die zehn Teilnehmer an der Betriebsjugendgruppe der IG Metall bei Opel dem Kommissionsmitglied Hahn am Dienstag früh mitgegeben zu den Verhandlungen am Mittag: „Hart bleiben! Kein Abschluß unter Baden-Württemberg, wie es die Vertrauensleutevollversammlung und Blockvertrauensleuteversammlung bereits gefordert haben. Auch für Lehrlinge nicht unter Baden-Württemberg abschließen! Ansonsten sofort Urabstimmung!"

Manteltarifvertrag für Eisen und Stahl gekündigt

Hagen. Auf der Belegschaftsversammlung am 10. April bei Klöckner Hagen-Haspe gab der Gewerkschaftssekretär Wegener bekannt, daß die IG Metall den Manteltarifvertrag für die eisenerzeugende Industrie fristgemäß zum 31. Juni 1978 gekündigt habe. Hauptaufgabe sei es angesichts der Lage in der Stahlindustrie, gegen die ständigen Rationalisierungen die Entschließung des IG-Metall-Gewerkschaftstages nach dem Siebenstundentag, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen. Weitere Schwerpunkte seien die Erhöhung der Schichtzulagen, wo gegenüber der verarbeitenden Industrie ein Nachholbedarf bestehe, und die Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre für Stahlarbeiter.

Warnstreiks der HBV im Großhandel

Mannheim. Die Arbeiter der Firmen Thyssen-Stahlunion und Thyssen-Schulte sind am 11. April für zwei Stunden in den Warnstreik getreten. Sie fordern 7,5% mehr Lohn. Die Kapitalisten vom Groß- und Außenhandelsverband Baden-Württemberg hatten in der ersten Verhandlung ein Angebot von 3,7% für die Bereiche Stahl-, Eisen- und Röhrengroßhandel sowie pharmazeutischer und Sanitär-Großhandel vorgelegt. Um die Spaltung der Lohnabhängigen im Großhandel in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu überwinden und eine einheitliche Front für 7,5% herzustellen, fordert die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in diesem Lohnkampf gleichzeitig ab sofort einen Branchentarif Großhandel.

Patienten demonstrieren für ausreichendes Essen

Göttingen. Im Landeskrankenhaus Tiefenbrunn bei Göttingen wird ab dem 7.4. durch ein Selbstholeystem mit Abhakliste die Essensration der Patienten gekürzt. Der zuständige Oberarzt Dr. Neun erklärt dazu, daß das Essen einen zu hohen Fettgehalt hätte und somit gesundheitsschädlich sei. Die Butter wird rationiert.

Die Patienten wehrten sich geschlossen dagegen. Am Samstag versammelten sich ca. 50 vor dem Verwaltungsgebäude und forderten die Zurücknahme der entwürdigenden Essensausgabebedingungen und ausreichende Essensrationen für alle. Durchgesetzt wurde, daß die Abhaklisten nicht weiter geführt werden und es möglich ist, beim Aufschnitt einen Nachschlag zu erhalten. Nur soll man weiterhin mit 20 Gramm Butter beim Abendbrot auskommen. Teile des Personals unterstützen diesen Zusammenschluß der Patienten gegen die Klinikleitung.

ten gegen die Klinikleitung.



Abschluß bei British Airways

Frankfurt. Abschluß zwischen ÖTV und British Airways am 12. April in Westberlin: 5,6% mehr Lohn plus zwei Tage mehr Urlaub rückwirkend ab 1. Februar 1978.

Bundesjugendausschuß der ÖTV kündigt Manteltarifvertrag

Wiesbaden. Der Bundesjugendausschuß der ÖTV hat beschlossen, zum 30. Juni 1978 den Manteltarif zu kündigen mit dem Schwerpunkt Einbeziehung des Gesundheitswesens, Bildungsurlaub, Wegfall der Stufenausbildung und Übernahme nach Beendigung der Ausbildung. Wobei dies mit der Einschränkung verbunden ist nach Übernahme für mindestens sechs Monate, damit man dann einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat und gegen die Kündigung mit einer Kündigungsschutzklage vorgehen kann. Die Übernahme soll aber nicht generell befristet erfolgen.

Ersatzlose Streichung des §218!

Gießen. Die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten, Verwaltungsstelle Mittelhessen, fordert in einem Antrag an den Gewerkschaftstag und an die Landesbezirkskonferenz Hessen / Rheinland-Pfalz / Saar die ersatzlose Streichung des §218. In dem Antrag heißt es: „Der Gewerkschaftstag / die Landesbezirkskonferenz Hessen / Rheinland-Pfalz / Saar fordern die ersatzlose Streichung des §218. Er ist gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und fordert einen Volksentscheid gegen den §218 ... Auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen gerade die Gewerkschaften des DGB als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung sich für die ersatzlose Streichung dieses Gesetzes einsetzen.“ Der Verwaltungsstellenvorstand wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag an den Gewerkschafstag zu verabschieden.

Die Bauarbeiter verlangen ein anständiges Angebot

5% Lohnerhöhung und die Annahme des Schiedsspruchs im Rahmentarifvertrag haben die Baukapitalisten bei den Verhandlungen am letzten Freitag angeboten. Das Lohnangebot ist „unzureichend“ und den Schlichtungsspruch „unverändert in Kraft treten zu lassen, kann nicht akzeptiert werden“. So der IG-Bau Vorsitzende Sperner nach den Verhandlungen in München.

Mit 6,5% hatten die Kapitalisten das Angebot beziffert und gleich eine bereits im letzten Jahr vereinbarte Erhöhung von 1,5% für Facharbeiter mit eingerechnet. Die Forderung in den Lohnverhandlungen steht aber auf 7,7% und Verdoppelung des 13. Monatseinkommens von 36 auf 72 Tarifstundenlöhne.

Für die Durchsetzung der Forderung und für Verbesserungen im Rahmentarifvertrag hatten Mittwoch bis Freitag Tausende von Bauarbeitern Warnstreiks durchgeführt. Die IG Bau-Steine-Erden hatte dazu aufgerufen. Im Raum Kiel traten am Mittwoch 5000 Arbeiter für Stunden in den Streik, in Braunschweig ebenfalls 5000, in Hamburg ruhte die Arbeit auf allen Großbaustellen. In Braunschweig nahmen 1500 Arbeiter an einer Streikversammlung teil, auf der ein Telegramm an die streikenden VW-Arbeiter verabschiedet wurde. In Hamburg ließen Bauarbeiter auf der Baustelle der Landeszentralbank zwei Betontransport-Lkws zwei Stunden mit ihrer Ladung stehen. Drohungen nach Schadenersatzforderung hielten sie stand.

Die Kampfbereitschaft der Bauarbeiter hat den Kapitalisten bereits auf die Sprünge geholfen. Das Angebot wandert, erst 3,7 dann 4,4 und jetzt 5% – doch reichen tut das nicht. „Die Zukunft sieht weiter düster aus“. So beschreibt der Präsident der Deutschen Bauindustrie, Brunner, die Lage. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Bauaufträge sind um 25% gestiegen. Der „Spiegel“ vom 3.4. verrät, „bei den Bauaktiengesellschaften können die Konzerne für das laufende Jahr damit rechnen, ihre Umsätze kräftig auszudehnen und ihre Gewinnmarge um 15 bis 20 Prozent aufzustocken.“

Während die Produktivität im Baugewerbe 1977 um 7,2% gestiegen ist und die Zunahme des Umsatzes pro geleisteter Arbeitsstunde um 8,9%, sind die Effektivlöhne der Bauarbeiter durch Abbau der übertariflichen Zahlungen ständig gefallen. An durchschnittlich 21 Tagen Schlechtwetter erhalten die Arbeiter nur 67% des Nettolohns. Bei ständig schwerer Arbeit unter den unterschiedlichsten Witterungsbedingungen stehen den Bauarbeitern unter 35 Jahren nur 18 Tage Urlaub zu.



Osnabrück. Freitag, den 14.4.78, fand ein zweistündiger Warnstreik statt, zu dem die IG BSE aufgerufen hat. Auf der Baustelle Stadthalle haben 300 Bauarbeiter an einer Kundgebung teilgenommen.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag 1975 in Hamburg sind die Forderungen für den Rahmentarifvertrag beschlossen worden. Dort heißt es im Beschluß 250: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich mit einer tarifvertraglichen Verlängerung des Urlaubs zu befassen. Das Endziel soll 30 Tage Urlaub für jeden Arbeitnehmer sein“. In der Begründung wird das Steigen der Frühinvalidität der Arbeiter angeführt, als Ergebnis der Belastungen. Ein Antrag, den Urlaub im Winter um 3 Tage zu verlängern, wurde vom Gewerkschaftstag abgelehnt. Für den Lohn wird ein garantiertes Jahreseinkommen gefordert. Die Erschwerniszuschläge sollen nach dem Antrag 349 dynamisch den Tariflöhnen angepaßt werden. Im Beschluß 352 wird die Berechnung des Fahrgeldes von der Wohnung aus gefordert.

Die Taktik der Kapitalisten ist deutlich erkennbar, während der Schlechtwetterzeit haben sie den Schlichtungsspruch mit Urlaubsverlängerung nur im Winter abgelehnt. Jetzt unter dem Druck der Warnstreiks wollen sie ihm zustimmen und ihn zusammen mit einer niedrigen Lohnerhöhung verkaufen und die Tarifverträge gegeneinander prozentual aufrechnen.

Wegen der Ablehnung des Schlichtungsspruchs schreibt Sperner im „Grundstein“ März 78: „Wir haben deshalb keine Veranlassung, erneut Verhandlungen über den Bundestarifvertrag zu führen, bevor nicht klar ist, wie die Verhandlungen über die Tariflöhne und das 13. Monatseinkommen ablaufen“. Die Taktik ist richtig, und man muß sie entschlossen verfolgen.

Die Forderungen lassen sich nicht gegeneinander aufrechnen. Erst muß der Lohn durchgesetzt werden, dann kann auf Grundlage der 52 Anträge des Gewerkschaftstages erneut über den Rahmentarifvertrag verhandelt werden. Die Front zur Durchsetzung der Forderungen steht, und Friedenspflicht wird es bis zum Abschluß der beiden Tarifverträge nicht geben. – (Bezirk Holstein)

Umfangreiche Herabgruppierungen im Stellenplan schon vorgesehen

Braunschweig. 1975 wurde in Braunschweig die Kommunale Datenverarbeitungszentrale Südostniedersachsen (KDSON) aufgebaut. „In der öffentlichen Verwaltung zwingt die Entwicklung zum Leistungsstaat dazu, immer mehr Aufgaben über die Bürger zu erfassen und vorrätig zu halten“, erklärten Albrecht und Groß in der Begründung für die Errichtung der Anlage. An den Computer der KDSON sind alle Verwaltungen des Bezirks Südostniedersachsen angeschlossen. Aus der Braunschweiger Verwaltung wurden nach und nach folgende Tätigkeiten aus den einzelnen Ämtern mit einbezogen:

– Kassenabwicklung aller Konten in der Stadtkasse
– Kontoführung der Steuerkonten für Grund- und Gewerbesteuer, für Lohnsummen- und alle übrigen Gemeindesteuern im Stadtsteueramt
– Zentralisierung und Vereinheitlichung des Meldewesens im Einwohnermeldeamt. Hierdurch wird die Einführung einer bundeseinheitlichen Personenkennziffer vorbereitet.

Als nächstes soll die Straßenverkehrsabteilung angeschlossen werden. Der Dienstherr nutzt die Einführung computergesteuerter Datenerfassung zu neuerlichem Lohnraub. In der Stadtkasse werden jetzt z.B. Mahnbescheide vom Computer ausgedruckt. Die Tätigkeitsmerkmale für die Bearbeiter sollen jetzt herabgesetzt werden, was eine Heruntergruppierung von BAT VIb oder Vc auf BAT VII bedeutet. Brutto macht das einen Lohnverlust von 177,80 DM bis 380,09 DM in der Endstufe aus.

Über einen neuen Eingruppierungsvertrag wird die Möglichkeit bei Lohnsenkungen bei 268 Stellen, besonders im unteren Angestelltenbereich geschaffen. So besteht nach dem Stellenplan 1978 z.B. für 101 Stellen, die vorher in BAT VIII eingestuft waren, die Möglichkeit, auf BAT IX zurückgestuft zu werden. Ebenso können auf BAT IX 96 Stellen, die vorher auf BAT VII ausgewiesen waren, heruntergruppiert werden. Statt wie bisher fixiert auf bestimmte BAT Lohngruppen weist der Stellenplan daher die Stellen lediglich noch mit BAT IX *bis* BAT VII aus.

Im Steueramt war der Durchschnittslohn in einer Stelle der Grundsteuerabteilung noch im letzten Jahr bei 2170 DM brutto. Nach Stellenumbesetzungen und Abgruppierungen liegt jetzt der Durchschnittslohn bei 1840 DM. Im Herbst soll eine völlige Neubewertung der Arbeitsplätze vorgenommen werden. Dann soll das Steueramt in eine Verwaltungsabteilung und eine EDV-Abteilung mit niedrigst bezahlten Zuarbeitern organisiert werden. Neuanfänger in der Kontobuchhaltung der Grundsteuerabteilung werden schon jetzt in BAT VIb, das heißt zwei Lohngruppen niedriger eingestuft. Seit 1976 sind in der EDV-Eingabe Auszubildende als billige Arbeitskräfte eingesetzt, jetzt werden dort zusätzlich ABM-Beschäftigte eingesetzt.

Die Absichten der Bourgeoisie im öffentlichen Dienst gehen auf groß angelegte Intensivierung der Arbeit, auf Rationalisierung und Lohnraub, um den Gewaltapparat bis in die kleinsten Ämter und Abteilungen hinein zu militarisieren. Die Einführung computergesteuerter Datenverarbeitung soll da erst der erste Ansatz sein. (Zelle Stadtverwaltung, Südostniedersachsen)

Demonstration für Demokratie und nationale Unabhängigkeit in Südkorea



Bonn. Unter den Losungen „Nieder mit der Yusihn-Diktatur“ und „Kampf für Demokratie und nationale Unabhängigkeit in Südkorea“ demonstrierten am 15. April etwa 150 koreanische Arbeiter und Arbeiterinnen, Studenten und Geistliche in der Bonner Innenstadt. Anlaß war die Wiederkehr des 19. April, an dem vor 18 Jahren das verbrecherische Regime Syngman Rhees durch einen Studentenaufstand gestürzt wurde. Aufgerufen zu der Demonstration hatte das Forum für Demokratie in Korea, der Koreanische Arbeiterverband, das Korea-Komitee und das Komitee für selbständige Wiedervereinigung Koreas. Eine Delegation des KBW überbrachte eine Grußadresse des Zentralen Komitee. Die mitgetragenen Transparente drücken die Entschlossenheit aus, den Kampf des koreanischen Volkes bis zur völligen Befreiung zu führen: „Nieder mit der Park-Diktatur!“ „Wiedervereinigung Koreas ohne Fremdeinmischung!“ „Raus mit der US-Army aus Korea!“ „Vorwärts im Kampf für ein demokratisches Korea!“

Handschrift der IG Druck und Papier? Handschrift der Sozialdemokratie!

In der letzten Ausgabe der „Welt der Arbeit“, des Organs des DGB, hat Leonhard Mahlein einen Aufsatz über den Streik der Druckereiarbeiter veröffentlicht. In diesem Streik für den „Rastertarifvertrag“ gibt es einen großen Bruch zwischen der Entschlossenheit, mit der die Druckereiarbeiter den Kampf gegen die Kapitalisten geführt haben und dem Ergebnis, das schließlich herausgekommen ist. Dieser Bruch ist das Werk der Sozialdemokratie, und Mahlein hat die Absicht, mit seinem Aufsatz diesen Bruch zu verkitten. Als Ergebnis des Streiks sieht Leonhard Mahlein:

„Am 1. April 1978 tritt ein Tarifvertrag in Kraft über die Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme, der zwar schwer errungen werden mußte, der in seinem Kern aber die Handschrift der IG Druck und Papier trägt und deshalb als ein Positivum in die traditionsreiche Tarifgeschichte unserer Organisation eingehen wird.“

Bekanntlich hat Kanzleramtsminister Wischnewski bei diesem Tarifvertrag die Hand geführt. Von vornherein gab es in der IG Druck und Papier im Kampf für diesen Vertrag zwei Linien. Die eine Linie bestand darin, der maßlosen Verschärfung der Ausbeutung, die die Kapitalisten auf Grundlage der Umwälzung der Technik in der Druckereiindustrie vorantreiben, wirksame Schranken zu ziehen. Solche Schranken müssen gegen den Lohndruck und gegen den Verschleiß der Arbeitskraft durch die Kapitalisten errichtet werden. So gab es die Forderung nach Beschränkung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf 4 Stunden und nach einer fünfminütigen Pause pro Stunde. Es gab die Forderung nach Beschränkung der Satzzeichen auf 8000 Stück pro Stunde. Allerdings war sie als Anspruch der Kapitalisten formuliert, statt als Schranke für ihren grenzenlosen Anspruch. Und es gab die Forderung, die Texterfassung nach dem Ecklohn und die Textgestaltung nach dem Maschinensetzerlohn zu bezahlen. Das waren Forderungen, die in die richtige Richtung gingen. Die Einführung neuer Technik bedeutet, daß bisher komplizierte Arbeit vereinfacht wird. Im Kapitalismus wird die Vereinfachung der Arbeit stets zur Grundlage von Lohndrückerei und Intensivierung der Arbeit durch die Kapitalisten. Die Gewerkschaften sind von den Arbeitern aufgebaut worden, um dieser Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, mit der Umwälzung der Produktionsinstrumente und der Produktion die Bedingungen der Lohnarbeit zu verschlechtern, Schranken zu ziehen. Diese Aufgabe zu erfüllen, das war die Linie der streikenden Druckereiarbeiter. Die Linie der herrschenden Sozialdemokraten um Mahlein war dem direkt entgegengesetzt. Statt allgemeine Schranken gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu errichten, kam es ihnen bloß darauf an, engstirnig die Interessen der bisherigen Maschinensetzer zu vertreten. Das konnte keinen anderen Effekt haben, als daß sie auch die Interessen der Maschinensetzer, die diese mit allen Arbeitern gemeinsam haben, nicht gut vertreten haben. Herausgekommen ist ein schlechter Sozialplan für die Maschinensetzer, der die Maschinensetzer zusammen mit allen Arbeitern an den Bildschirmgeräten größter Verschärfung der Arbeitshetze, aber auch dem direkten Entlassungsdruck ausliefert, indem sie durch Sonderregelungen von dem allgemeinen Gehaltsniveau abgehoben werden. Das macht sie abschußreif. Gegenüber der Vereinfachung der Arbeit und dem damit im Kapitalismus Hand in Hand gehenden verschärften Lohndruck und Verschleiß der Arbeitskraft gibt es zwei Wege: den Weg, den Preis der einfachen Arbeit möglichst hochzuhalten, oder den Weg, einzelne Arbeiterschichten aus dem allgemeinen Strudel heraushalten zu wollen. Bloß der erste Weg kann durch die Arbeiterbewegung mit Erfolg beschritten werden. Es ist der Weg des Klassenkampfes. Den anderen Weg beschreitet Leonhard Mahlein:

„... es geht darum, ob die Interessen von Kapital und Arbeit in diesem Zusammenhang so zum Ausgleich gebracht werden können, daß Rationalisierung stattfinden kann, ohne die menschliche Würde und den sozialen Status der davon Betroffenen zu beschädigen.“

Auf diesem Weg der Klassenversöhnung werden die allgemeinen Interessen der Druckereiarbeiter zugunsten vermeintlicher Interessen einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten verraten, die für Bestechungsgelder sich gegen die Belegschaften stellen sollen. Die gegenwärtige technische Umwälzung der Produktion bedeutet für die IG Druck die große Möglichkeit, zur Organisation aller Druckereiarbeiter und -angestellten zu werden, indem sie die Interessen der einfachen Arbeitskraft und damit der ganzen Belegschaft kompromißlos verteidigt. Es besteht aber auch die Gefahr, daß die IG Druck vollständig zur Vertretungsorganisation der engsten Interessen einer kleinen Schicht der Belegschaft verkommt, für die sie Extras herauszuholen versucht. Letzteres könnte den Kapitalisten so passen. Die Streiks der Druckereiarbeiter gingen den Weg der Einheit aller Druckereiarbeiter. Der Abschluß kam auf dem sozialdemokratischen Weg zustande.

Nur ein großer, systematisch vorbereiteter Streik kann im öffentlichen Dienst den weiteren Verfall des Lohnstandards aufhalten!

Am 12.4.78 nahm die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV das Angebot von 4,5% und zwei Tagen Urlaub mehr für die unteren Entlohnungsklassen an. Die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten konnten wählen, ob sie mit Zorn, Kopfschütteln oder Resignation antworten. Dies um so mehr, als die Eisenbahner, die, einem Angebot von 3,75% ausgesetzt, den Schutz aller Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten gebraucht hätten, schandbar diesen lappigen 4,5% auch noch geopfert wurden.

Geschickte Kombination von sozialdemokratischen Parteiinteressen und wirklichen Problemen in der Entwicklung der Kräfteverhältnisse ermöglichte, daß etliche Millionen Beschäftigte der öffentlichen Dienste im Kampf um den Lohnstandard vorderhand erst einmal ausmanövriert wurden.

Zur Rechtfertigung des Abschlusses erklärten die Sozialdemokraten, je nach Gemütsart direkt oder andeutungsweise: Man habe in Nordwürttemberg-Nordbaden um 5% drei Wochen lang gestreikt. Zwei Tage Urlaub für die unteren Entlohnungsklassen könnten sich mit dem Steinkühlerschen Abgruppierungswerk immer messen. Da die IG Metall nach drei Wochen Streik diese 5% bekommen habe, sei nicht abzusehen, wie man in den öffentlichen Diensten mehr holen wolle. Und wenn das so wäre, sei gar nicht abzusehen, ob ein Streik für eine Differenz von einem halben Prozent überhaupt zu machen sei.

Da die Sozialdemokraten in der IG Metall unter beifälligem Klatschen der kompletten „Öffentlichkeit" Tarifbezirk um Tarifbezirk in den Strudel dieses Steinkühlerschen 5%ers baden ge-
zirk um Tarifbezirk in den Strudel dieses Steinkühlerschen 5%ers baden ge-
hen hieß, gewannen diese Bemerkungen den Schein von Tatsachen. Dran ist daran bloß: Ging die ÖTV zu Kampfhandlungen um ein höheres Ergebnis über, so hatte sie zuerst die Gefahr der Spaltung durch die bürgerliche Propaganda zu bestehen. So wie die Dinge liegen, hätte diese Gefahr bestanden werden können, mehr noch, der Metalltarif von 5% wäre hin gewesen, nicht haltbar, die sozialdemokratischen Häupter der IG Metall als billige Jakobs hingestellt, die sie auch sind.

So stand das sozialdemokratische Parteiinteresse zwischen den 4,5% und dem erfolgreichen Lohnkampf. In der Praxis wäre jeder Schritt der ÖTV, gegen diesen Abschluß vorzugehen, darauf hinausgelaufen, daß Kluncker hätte sagen müssen, interessiert mich nicht, wie die IG Metall abgeschlossen hat, uns ist das zu wenig, denn in der Tat wäre ein harter Streikkampf für den Differenzwert zwischen 4,5% und 5% schwer gefallen.

Für die gewerkschaftliche Massenbewegung in den öffentlichen Diensten stand das Problem so: Mit kurzen Streikaktionen würde gegen dies Ergebnis nichts auszurichten sein. Um zu einer wuchtigen Streikaktion zu kommen, hätte die sozialdemokratische Gewerkschaftsspitze sich vor die Wahl gestellt sehen müssen, diese Streikaktion entweder ohne ihren Segen ablaufen zu sehen oder sich eben mürrisch einzureihen. Für eine derart wuchtige selbständige Aktion hat es nicht gereicht. *Was* hat nicht gereicht? Die Einheit der Belegschaften und die Klarheit, von der ausgehend allein die verschiedenen Versuche der Spaltung abgewiesen werden können.

Das Ergebnis ist, alle Berechnungen deuten darauf hin, daß der Lohnstandard im öffentlichen Dienst weiter unter den Lohnstandard in der Industrie sinkt, und zwar in beschleunigtem Tempo, ein Sachverhalt, der nicht nur für die Beschäftigten in öffentlichen Diensten schlecht ist, sondern entschieden auch für die Arbeiter und Angestellten in der Industrie, denn von einem niedrigen Lohnstandard in den öffentlichen Diensten geht ein wahrer Sog nach unten auf die industriellen Löhne und Gehälter aus.

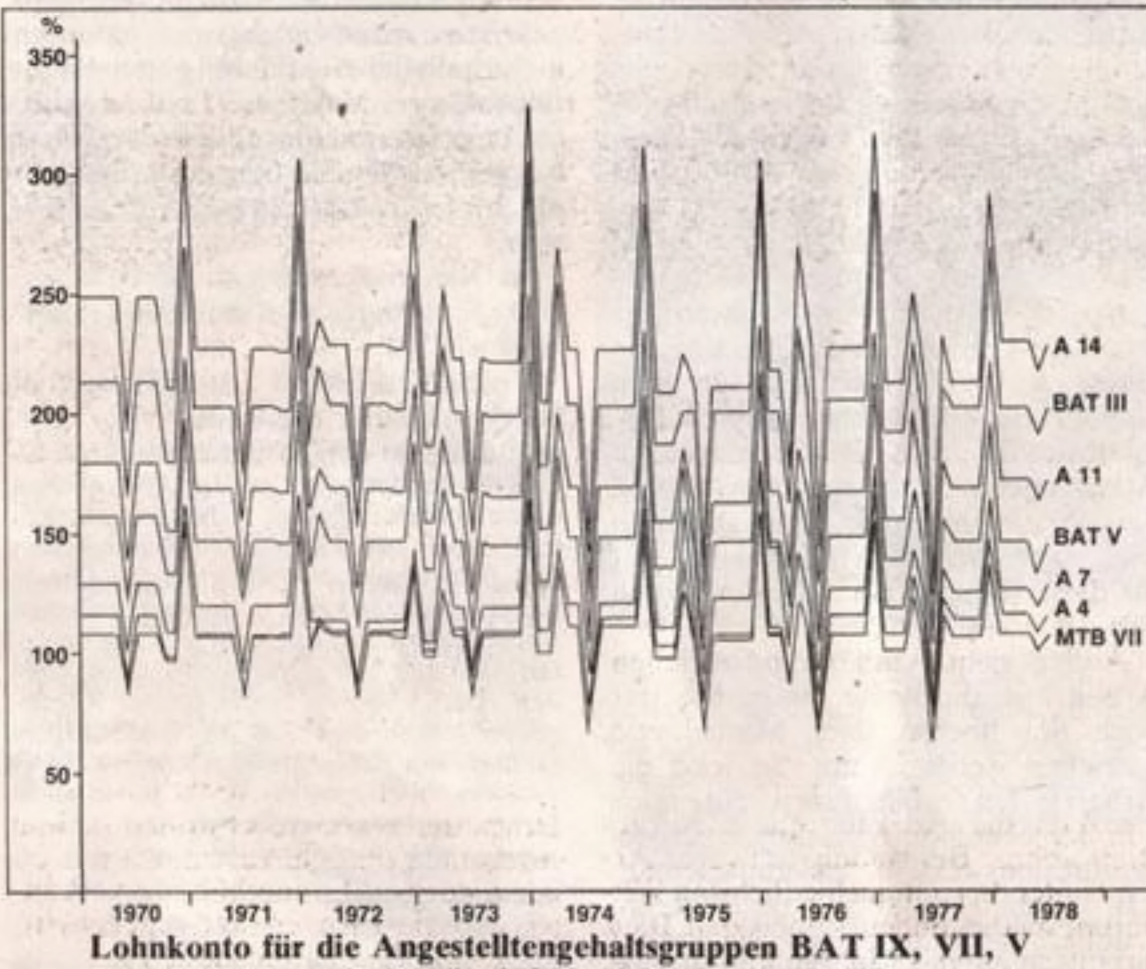
Es bleibt nach dieser Lohnbewegung die Aufgabe, Kampfhandlungen vorzubereiten, die das Absacken des Lohnstandards in den öffentlichen Diensten unter den Lohnstandard in der Industrie verhindern. Wenn man sich so etwas vornimmt, ist es wirklich nützlich, zu überlegen, woran es gefehlt hat, daß in diesem Jahr zur Bewältigung der Aufgabe kein Beitrag geleistet werden konnte. Folgende Gründe sind unserer Ansicht nach hauptverantwortlich und müssen bereinigt werden:

1. Der diesjährige Abschluß wird die öffentlichen Haushalte nur mit

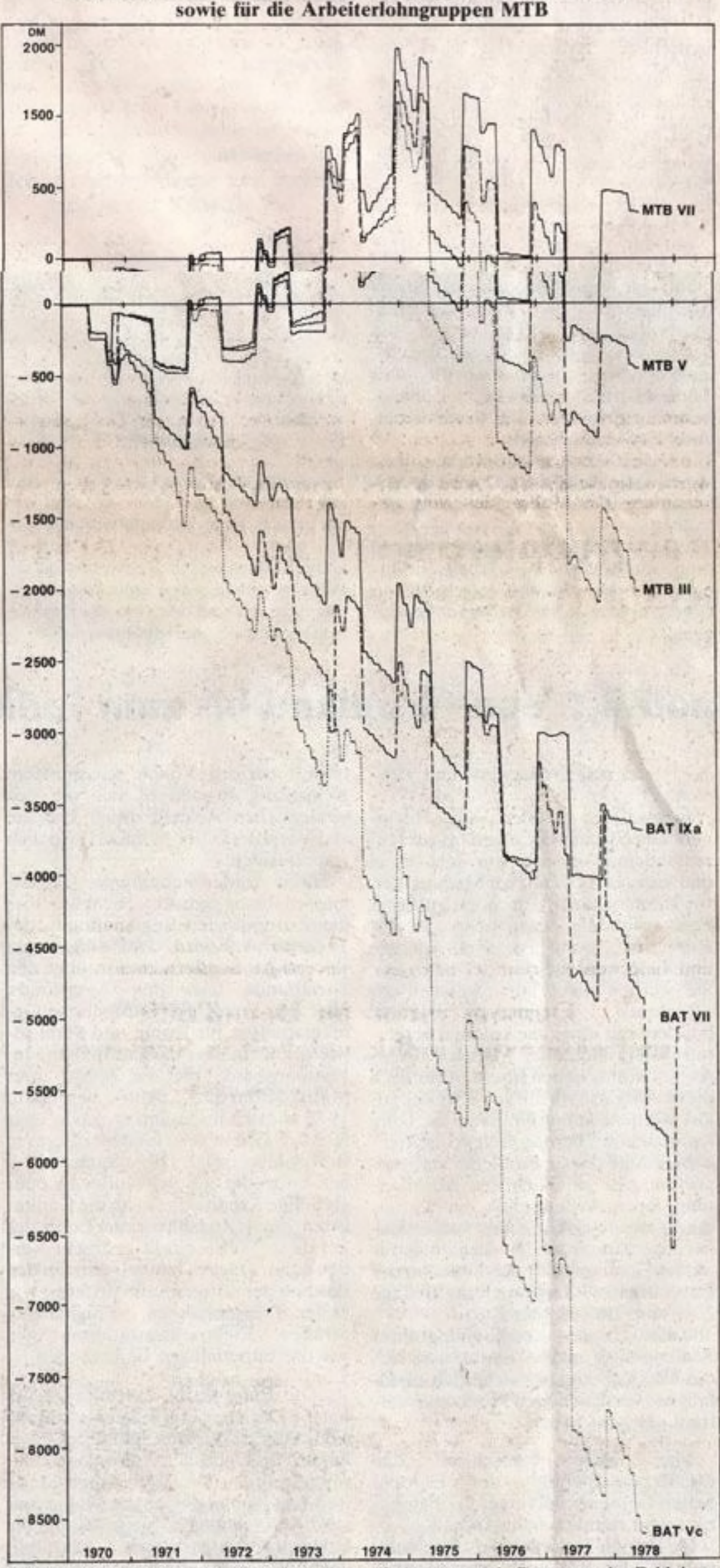
4,5 : 12 x 10 = 3,75%

belasten. Die ist *eine* Wirkung der langen Laufzeiten, die zweimal mit 13 Monaten abgeschlossen wurden. Daß im öffentlichen Dienst der Lohnstandard *selbst dann*, wenn genauso wie in der Industrie abgeschlossen wird, *unter* das industrielle Niveau sinken muß, wurde erst spät erkannt, zu spät, um noch die erforderliche Verbreitung und Wirkung zu haben. Die Wirkung langer und überlanger Laufzeiten auf die tatsächliche Entwicklung des Lohnstandards ist schwer zu berechnen, insbesondere bei laufender Inflation. Wird dies Problem nicht wissenschaftlich beherrscht, so vermögen interessierte Demagogen einfach so zu tun, als ob 5% auf Grund dieser vergangenen Laufzeiten das gleiche wären wie beispielsweise in der Industrie, und Verwirrung kann einreißen. Obgleich doch ein Abschluß, der die Jahreskassa der öffentlichen Haushalte nicht mit 4,5%, sondern nur mit 3,75% belasten wird, sich nicht als 4,5prozentige, wundersame Lohnvermehrung im Arbeiterhaushalt auswirken kann, muß Verwirrung eintreten.

Lohn-, Gehalts- und Besoldungsgruppen im öffentlichen Dienst in jeweiligen Prozenten des Ecklohns Metall Nordwürttemberg-Nordbaden



Lohnkonto für die Angestelltengehaltsgruppen BAT IX, VII, V sowie für die Arbeiterlohngruppen MTB



Während das erste Schaubild die angegebenen Lohngruppen in Prozenten des Ecklohnes Nordwürttemberg-Nordbaden Metall, den wir als Standard benutzen, angibt und zeigt, wie schwer auf Basis von Monatslöhnen ein wirklicher Lohnvergleich fällt, zeigt das zweite Schaubild ein Lohnkonto, wie es entstehen würde, wenn die entsprechenden Arbeiter und Angestellten seit 1970 Monat für Monat stets den gleichen Prozentsatz des IGM-Lohnstandards ausgegeben hätten wie 1970. Plus wäre ein Bankguthaben, Minus wären Bankschulden. Es zeigt sich, daß die Sockel-, Festgeld- und Mindestbetragsabschlüsse der vergangenen Jahre die Arbeiterlöhne gegenüber dem industriellen Standard erheblich zu heben vermochten, während sie nicht ausreichten, um selbst die unteren Angestelltengehälter zu halten. Es zeigt sich weiter, daß die ÖTV seit dem Streik von 73/74 systematisch vertut, was mühevoll erkämpft wurde. Ferner zeigt sich, daß es – Fortsetzung dieser Lohnpolitik vorausgesetzt – noch zwei Jahre dauern wird, bis die unteren Arbeiterlohngruppen richtig im Keller sind. Dies wäre schamlos, aber es ist zu befürchten, daß die Sozialdemokratie ihre Niedrig-Abschluß-Politik im öffentlichen Dienst fortzusetzen gedenkt, bis der letzte Vorwand restlos hin ist.

2. Man kann ruhig davon ausgehen, daß der 4,5%ige Abschluß von den Millionen Beschäftigten aus der Erfahrung heraus bezüglich der Kaufkraft richtig bewertet wird. Man weiß schon ungefähr, was das bedeutet, denn zwei Monate ohne Lohnerhöhung sind um, dies Jahr wird es keine große Lohnabschlußnachzahlung geben, alles Dinge, die man weiß und einzuschätzen weiß. An diesem Punkte aber kommt ein zweites Verhüllungsmanöver zum Tragen. Es beruht auf dem statistischen Betrug mit der Preissteigerungsrate. Sowieso ist es nicht einfach, das Verhältnis von Lohnsteigerungsrate und Preissteigerungsrate zu *berechnen*, man hilft sich mit Schätzungen, die gewöhnlich auch reichen. Wenn aber die Preissteigerungsrate immer mehr verfälscht wird, so *stimmen* die durch jah-
Preissteigerungsrate immer mehr verfälscht wird, so *stimmen* die durch jah-
relange Gewohnheit herausgebildeten Schätzungen nicht mehr. Verwirrung muß einreißen. Da nun die offizielle Preissteigerungsrate zusammengesetzt ist aus den niedrigen Raten für Luxusgüter und den höheren Raten für notwendige Reproduktionsmittel des Arbeiterhaushaltes, und da weiterhin sich unter den Preissteigerungsraten für die notwendigsten Güter auch noch Qualitätsminderungen unterbringen lassen, meist zu Lasten der Haltbarkeit, so daß *öfter* gekauft werden muß, tritt ein, daß sich die rechnerisch und wirklich falsche Lohnsteigerung von 4,5%, die nach oben verfälscht ist, mit einer rechnerisch und wirklich falschen Preissteigerungsrate von 3% und weniger vergleicht, die wiederum nach *unten* verfälscht ist. Es kommt also ein rechnerisches Plus heraus, von dem man sich nichts kaufen kann.

Diese beiden Schwachpunkte, an denen die Bewegung in den öffentlichen Diensten schon seit ziemlich langer Zeit arbeitet, ohne zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen, wurden in dem Augenblick zu wahren Achillesfersen, als Franz Steinkühler seiner Partei in Nordwürttemberg-Nordbaden diesen 5%-Gefallen tat. Man hätte theoretisch, politisch und ideologisch die Fronde der vereinigten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aufbrechen müssen. Darauf war die Bewegung nicht vorbereitet. So mußte sie scheitern.

4. Im übrigen zeigen die Berechnungen auf dieser Seite, wie kompliziert, unregelmäßig und in der Gesamtwirkung schwer zu beurteilen ein Lohnvergleich zwischen den öffentlichen Diensten und den industriellen Löhnen wie zwischen Löhnen überhaupt ist. Auf die Aufgabe, dies Problem nicht nur andeutungsweise, sondern tatsächlich, schnell und einleuchtend zu klären, war sozusagen auch niemand vorbereitet.

Jeder, der von den öffentlichen Diensten überhaupt was weiß, weiß auch, daß es dort eine ziemlich breite politische Bewegung gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung gibt. Jeder, der die jüngere Geschichte kennt, weiß, daß es lange, hartnäckige und ziemlich schwierige Auseinandersetzungen gebraucht hat, bis aus der Idee, daß Festgeld und Mindestforderungen gut sind, eine klare Sache, auf die sich viele einigen können, wurde. Heute, wo es zum Hauptproblem wird, daß der ganze öffentliche Dienst aus der Kampffront gegen die dauernden Lohnsenkungen herausgespalten wird, ist es, so meinen wir, entscheidend, die tatsächlichen Verbindungen herauszubarbeiten und zu stärken. – (Z-Red.)

British-Leyland-Arbeiter lehnen „Produktivitätsabkommen" ab

Nach Angaben des Vorstandes des britischen Automobilkonzerns British Leyland liegt die Produktivität der Werke des Konzerns zwischen 45 und 65% unter der seiner westeuropäischen Konkurrenten. Die britische Regierung hat gerade das staatliche Industriemonopol National Enterprise Board beauftragt, seinen Aktienanteil bei British Leyland um 450 Millionen Pfund (rund 1,8 Milliarden DM) im Jahre 1978 die Pro-Kopf-Produktion des Konzerns von 5,4 Wagen 1977 um 18,5% auf 6,4 Wagen zu steigern. „Bei ununterbrochener Produktion (d.h. ohne Streiks, d. Red.) könnte das eine zurückhaltende Schätzung sein."

Mit einer Mehrheit von 2 : 1 haben die Arbeiter von British Leyland in einer brieflichen Abstimmung ein einheitliches Prämienlohnsystem für den ganzen Konzern abgelehnt. 46106 waren dagegen, 21759 dafür, 30000 haben sich erst gar nicht an der Abstimmung beteiligt. Die Gewerkschaften hatten das Abkommen abgelehnt. Mit der „Briefwahl" wollten die Kapitalisten die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben umgehen und versuchen, die einzelnen Arbeiter mit Versprechungen von Prämien von bis zu 8 Pfund in der Woche (rund 32 DM) zu erpressen. Die Voraussetzungen hatten sie durch die Lohnsenkungen der letzten Jahre geschaffen. Im Rover-Werk von Solihull haben 7000 Arbeiter in offener Abstimmung die Ablehnung des Vorschlages beschlossen. 500 Werkzeugmacher in Castle Broomwich, Birmingham, haben die Abstimmung geschlossen boykottiert. „Die Ablehnung wird in der Industrie als ein Rückschlag bei den ersten Versuchen angesehen, die Produktivität der Gesellschaft der der europäischen Konkurrenten anzupassen", schreibt die „Times" am 9.4.1978, und die „Financial Times" befürchtet: „Die Ablehnung wird die Stellung der Shop Stewards (gewerkschaftliche Vertrauensleute) stärken, die das Abkommen bekämpft haben."

Der Plan der Geschäftsleitung sah vor, die Zahlung von Prämien an die Erreichung von zentral festgesetzten Produktionszielen durch die Belegschaft der einzelnen Fabriken zu binden. Dazu erklärte ein Sprecher der Geschäftsleitung, daß die Belegschaften vieler Werke mit niedriger
Produktivität oder vielen Streiks gar nicht ein Sprecher der Geschäftsleitung, daß die Belegschaften vieler Werke mit niedriger
Produktivität oder vielen Streiks gar nicht oder kaum diese Produktionsziele erreichen. Das Ziel des Plans ist es also, die Arbeiter zu spalten und zu ihren eigenen Antreibern zu machen. Die Streiks einzelner Gruppen von Arbeitern, die, wie die Leyland-Werkzeugmacher im vorigen Jahr gegen Lohnraub und Arbeitshetze kämpfen, sollen von den Arbeitern selbst unterdrückt werden. Die Gewerkschaften haben erklärt, daß der Plan dazu dient, über die offiziell angekündigte Senkung der Belegschaftszahlen um 12500 hinaus weitere Arbeiter zu entlassen.

Mit solchen Abkommen wollen die Kapitalisten die gesamte Lohnstruktur des Konzerns umwälzen und die gewerkschaftliche Organisation der Leyland-Arbeiter schwächen. Große Hoffnungen setzen sie auf die Vereinheitlichung der Laufzeiten von Tarifverträgen und der Verhandlungstermine, die ab November dieses Jahres gelten soll, und die Vereinheitlichung der gesamten Lohnstruktur des Konzerns, über die jetzt verhandelt wird, und die die Kapitalisten ab November 1979 durchsetzen wollen. Bis heute haben die Leyland-Kapitalisten die Zersplitterung der Produktion und die Lage vieler der 36 Werke in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und großem Massenelend dazu genutzt, den einheitlichen Lohnkampf der Leyland-Arbeiter zu verhindern und die Löhne großer Teile der Arbeiter bis zu einem Drittel niedriger zu halten als in den großen Fabriken in Mittelengland. Um die Kämpfe der einzelnen Belegschaften zu unterdrücken und die Ausbeutung im ganzen Konzern zu steigern, versuchen sie jetzt ein einheitliches, möglichst niedriges Lohnniveau durchzusetzen. „Es ist Teil von Leylands Politik, die Lohnstufen in den Betrieben zu vereinheitlichen, um so das ‚Bockspringen' andere stützt, d. Red.) zu verhindern, das die Beziehungen in den Betrieben vergiftet hat." (Times)

Der Ausschuß der Werkzeugmacher, der die großen Streiks des vorigen Jahres organisiert hat, ist nach der Ablehnung des Prämienlohnvertrages zusammengetreten, um Kampfmaßnahmen gegen die beabsichtigten Lohnsenkungen und Rationalisierungsmaßnahmen zu beraten. Ganz entgegen den Absichten der Kapitalisten werden die kampfstarken Belegschaften der Leylandfabriken eine einheitliche Lohnstruktur nutzen können, um den Kapitalisten Niederlagen im Lohnkampf beizubringen. – (Korrespondentenbericht London)

Werftarbeiter im Streik gegen Verzögerung der Lohnerhöhung

London. 1300 Arbeiter von etwa 4000 der Cammell Laird Shipbuilders traten in der letzten Woche in einen Streik gegen die Verzögerung des Inkrafttretens des abgeschlossenen Lohnabkommens, das ein neues Akkordverfahren enthält. Einigen von ihnen war sogar Lohn abgezogen worden, weil das neue Verfahren noch nicht in Kraft, das alte nicht mehr gültig war. Die Kapitalisten erklären, sie hätten Anfang März den Vertrag an die Regierung zur Prüfung gegeben, daran liege die Verzögerung. Die Arbeiter haben auf einer Versammlung am 6. April beschlossen, solange im Streik zu bleiben, bis der Vertrag in Kraft ist.

Perfide Unterdrückungsmethoden beim Prozeß gegen RAF-Mitglieder

‚Am 7. April erließ das Bundesverfassungsgericht den Beschluß, mit dem es die Durch- und Untersuchung, die kleinlichsten und gehässigsten Kontrollen der Verteidiger in Strafprozessen für gerechtfertigt erklärt hat. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen Rechtsanwalt Croissant erklärt, sie werde auf keinen Fall der Durchsuchung der Personen der Staatsanwaltschaft zustimmen. Das Gericht hatte erklärt, „es habe nichts gegen solche Maßnahmen und würde sich mit der Metallsonde abtasten lassen". Durch diesen Spruch waren alle Gesetzesmaßnahmen der Bourgeoisie, die sie soeben im Bundestag zur „Bekämpfung des Terrorismus" hat beschließen lassen, der Lächerlichkeit preisgegeben. Das oberste Bourgeoisgericht hat die verfassungsmäßige Ordnung wieder herstellen müssen.

Was für Rechtsanwälte gelten soll, war gegen die Öffentlichkeit und die Angeklagten und den jüngsten Prozessen in Stammheim schon durchgesetzt: Journalisten wird Schreibwerkzeug abgenommen, Handtaschen werden zuerst durchwühlt, dann eingeschlossen, jeder, der den Prozeß als Zuschauer verfolgen will, wird von oben bis unten abgegriffen. „Eine aus Frankreich angereiste Prozeßbeobachterin mußte ihr Kleid bis über den Kopf ziehen", berichtet ein Journalist von „Reuter". „Ich wurde zunächst aufgefordert, meinen Pullover abzulegen, so daß ich lediglich mit einem Unterhemd bekleidet war. Die Beamtin begann darauf, mich von hinten abzutasten, wobei ich die Art und Weise, in der dies geschah, nicht mit dem Begriff ‚abtasten' bezeichnen kann, es handelte sich vielmehr um ein mit Kraftaufwand ausgeführtes Greifen", berichtet eine andere Besucherin des Prozesses gegen Braun und Möller.

Fromann, ausgeschlossener Rechtsanwalt von Irmgard Möller, berichtet über einen Vorführungstermin von Irmgard Möller: „Die Mandantin wehrt sich stark. Sie wird an Händen und Füßen gefesselt. Sie wird auf einen vor der Zelle stehenden Rollstuhl gebunden. Die Arme wurden nach hinten auf die Stuhllehne verdreht und festgebunden. Die Beine wurden auseinandergezogen und ebenfalls um die Fußstützen verdreht und festgebunden, und in verdreht und festgebunden, und in diesem verschnürten Zustand nach unten gefahren ... Vor dem Gericht angekommen, konnte sie in ihrem Zustand niemanden richtig wahrnehmen, bewußt. Sie erkannte keine Personen, auch nicht den Vorsitzenden Richter Dr. Bähr. Sie sah die Gestalten nur schemenhaft. Ihr wurde von hinten mit dem Ellenbogen der Hals zu- und der Kopf weggedrückt. Sie hörte Stimmen: ‚Frau Möller, seien Sie doch vernünftig ... Sie wehrt sich heftig ... Ist ein Arzt da? ... Rausführen! ...'."

Die Durchsuchungsmaßnahmen gegen die Verteidiger hat das Bundesverfassungsgericht für gut befunden, „im wohlverstandenen Interesse der betroffenen Anwälte". „Die aus der angegriffenen Verfügung (zur Verteidigerkontrolle) folgenden Beschränkungen der anwaltlichen Berufsausübung beruhen auf vernünftigen Erwägungen zugunsten des Gemeinwohls", begründen die drei Verfassungsrichter, deren einer früher Bundesanwalt war. Die beiden anderen sind vom Urteil zur Aufrechterhaltung des § 218 her bekannt. „Vernünftig" soll es danach sein, „wenn sich die Prozeßbeteiligten ihrer Pflichtenlage im Verfahren voll bewußt sind und wenn sie ihre Bereitschaft erkennen lassen, im Rahmen dieser Verpflichtung auch bei aller Schärfe der verfahrensrechtlich gebotenen sachlichen Auseinandersetzung um die verschiedenartigen Rechtspositionen das gemeinsame Ziel aller Rechtspflegeorgane nicht aus den Augen zu verlieren". Die „Pflichtenlage im Verfahren" ist die Unterwerfung des Angeklagten und des Verteidigers unter die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie. „Das gemeinsame Ziel aller Rechtspflegeorgane" ist der Schutz und die Durchsetzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des privaten Eigentums an Produktionsmitteln als der Grundlage der Diktatur der Bourgeoisie, auf die die Rechtsanwälte ihren Eid leisten sollen. – (Z-Red.)

Anwendung der Gefängnis„reform" entsprechend der wachsenden Verelendung der arbeitenden Massen

Ausweitung des Freigängersystems/Einführung von Lohngruppen und „Urlaub" je nach Arbeitswilligkeit

„Statt Haft in München freiwillige Arbeit für jugendliche Straftäter", berichtet die „Berliner Morgenpost" am 12. April über die zwangsweise angeordnete Arbeit im öffentlichen Dienst „mit Behinderten, Alten und sozial Schwachen". Anzahl der Arbeitsstunden und das „Betätigungsfeld" werden vom Richter festgesetzt. Die kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten, wie sie z.B. mit den zahlreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stattfindet, die Militarisierung des öffentlichen Dienstes, die vorangetrieben werden soll durch die Ausdehnung der Verpflichtungszeit der Zivildienstpflichtigen auf 24 Monate und deren Kasernierung, die Spaltung der Arbeiterklasse durch die totale Entrechtung eines Teils der Arbeiterklasse, all das will die Bourgeoisie vorantreiben, das ist Bestandteil ihrer Vorbereitung auf einen neuen imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt.

In dieses Konzept gehören die vielfältigen Bemühungen der westdeutschen Kapitalisten die Arbeitskraft der ca. 50000 Strafgefangenen in westdeutschen Gefängnissen profitabel zu vernutzen.

Die materielle Lage der Arbeiterklasse hat sich durch die dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre derart verschlechtert, daß die vollständige Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr möglich ist, die Arbeitslosenunterstützung reicht nicht aus, eine Familie ausreichend zu ernähren. Aus diesem Grund nehmen Diebstähle, Raub und Betrügereien sowohl von Jugendlichen als auch von Erwachsenen zu.

Ein Arbeiter wurde z.B. zu vier Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Er war arbeitslos geworden, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er klaut einen Teppich für die eigene Wohnung und um den Rest zu verkaufen. Später bricht er in Schulen ein. Er braucht Geld, um die Familie zu ernähren.

In einem Gefängnis in Niedersachsen sind seit 19.12.1977 Gefangene mit folgenden Straftaten inhaftiert: Diebstahl: 30, Schwerer Raub: 12, Betrug: 4, Erpressung: 5, Körperverletzung: 6, Falschgeld: 1, Drogenbesitz: 3, sexuelle Nötigung/Vergewaltigung: 4, Verletzung der Unterhaltspflicht: 6, Mord: 4, Verkehrsdelikte: 2, Totschlag: 3, Abschiebehaft: 1, Brandstiftung: 1

Was die Bourgeoisie schmerzt ist, daß zunehmend qualifizierte Arbeiter zu Haftstrafen verurteilt werden, deren Arbeitskraft sie bislang nicht hinreichend genug ausbeuten kann.

Gefängnisarbeit stellt für sie immer ein großes Wagnis dar, weil die gefangenen Arbeiter aus gutem Grund viel Sabotage verüben und Ausschuß produzieren. In der JVA Lingen I ist in einem Jahr Ausschuß von 50000 DM produziert worden (11 Mio. DM Gesamtertrag aus Gefangenenarbeit in Niedersachsen). „Typische" Gefangenenarbeit wird in Niedersachsen nur im Moorlager Ahlen-Falkenberg gemacht, wo ca. 80 Gefangene für einen Kapitalisten Torf stechen müssen. Das lohnt sich für den Kapitalisten, weil die Arbeit noch nicht mechanisiert ist und die Arbeitsbedingungen so grausam sind, daß sich auf dem Arbeitsmarkt für diese Arbeit kein Arbeiter finden läßt.

Anders sieht es mit der industriellen Arbeit aus, die heute tatsächlich nur noch mit hochwertiger Maschinerie betrieben werden kann. So wird die Arbeit in den Gefängnissen heute noch von der beengten handwerksmäßigen Produktionsweise gekennzeichnet, z.B. beim Herstellen von Stühlen, Lampen, Körben etc., oder sie besteht in stumpfsinniger, monotoner Arbeit, wie Tütenkleben, Eintüten, wo die menschliche Arbeitskraft wirkt wie eine Maschine und mit dieser Arbeit auch Maschinenarbeit ersetzt wird. Das ist für die Kapitalisten nicht lohnend, vor allem, weil so die Arbeitskraft des Gefangenen und die niedrige Bezahlung nicht als Druck wirkt auf die Arbeitskraft des freien Lohnarbeiters und dessen Lohn.

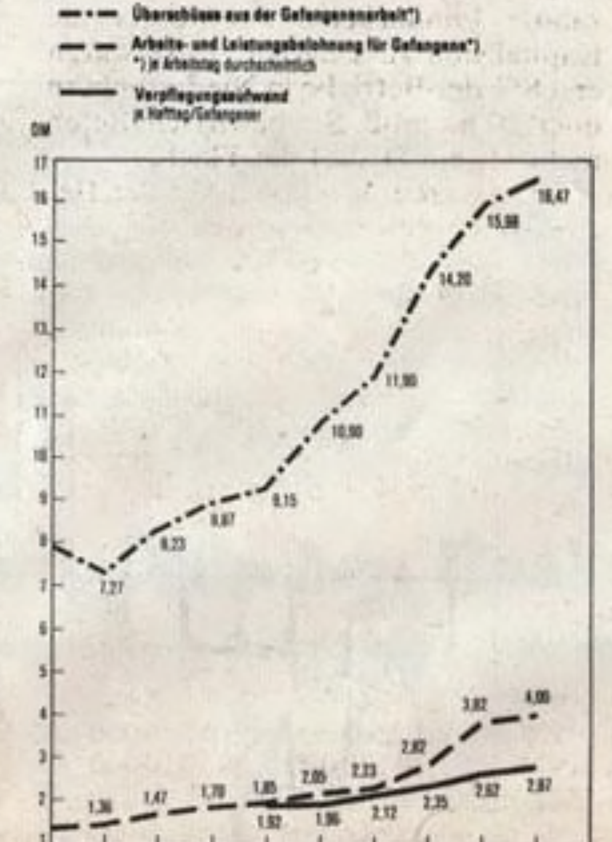
Mit der Verabschiedung des Strafvollzuggesetzes 1976, einem der „Reformwerke" der SPD, hat sich die Bourgeoisie Hebel geschaffen, die Gefangenen profitabler auszubeuten und die Konkurrenz zu den freien Lohnarbeitern zu schüren. Im wesentlichen über vier Maßnahmen:

1. Für die Gefangenen werden, soweit sie arbeiten, die Beiträge für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung gezahlt.
2. Die „Arbeitsbelohnung" wurde umgewandelt in eine Arbeitsentlohnung mit bis zu fünf verschiedenen Lohngruppen und Belohnungszulagen.
3. Sämtliche Vollzugslockerungen werden abhängig gemacht von der Arbeitsleistung. Zu diesem Zweck wird über jeden Arbeiter täglich eine Arbeitskarte geführt.
4. Ausgebaut werden soll das Freigängersystem (die Gefangenen arbeiten außerhalb der Anstalt bei einem Kapitalisten, werden nach Tarif bezahlt, aber niedriger als die anderen Arbeiter eingestuft.) Die Gefangenen sind verpflichtet, Streikbrecherarbeiten zu leisten.

In Niedersachsen gab es 1977 ca. 290 „Freigänger" bei ca. 5000 Gefangenen.

Puvogel, noch als Justizminister in Niedersachsen, sagte in seiner Begründung für den Justizhaushalt 1978:

„Die Behörden sollen den Gefangenen wirtschaftlich ergiebige Arbeiten zuweisen und dabei ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen berücksichtigen. Dieser Gesetzesauftrag kann in den vorhandenen Arbeitsräumen in den zum Teil überalterten Anstalten nur ungenügend erfüllt werden. Auch wenn wir in den beiden vergangenen Jahren die Zahl der beschäftigten Gefangenen haben steigern können, ist es weiterhin erforderlich, neue Arbeitsräume und Werkstätten mit modernen Arbeitsvorrichtungen zu schaffen, um dadurch insbesondere Unternehmen zur Vergabe von Arbeiten in die Justizvollzugsanstalten zu veranlassen."



(aus: „Strafvollzug von A – Z", hrsg. vom niedersächsischen Justizministerium).

„Überschuß aus Gefangenenarbeit" ist die Differenz zwischen dem Lohn des gefangenen Arbeiters und dem, was die Kapitalisten pro Tag der Anstaltsleitung zahlen.

In der Strafvollzugsanstalt Bückeburg wird jetzt von drei Gefangenen erstmals eine Arbeit mit hochwertiger Maschinerie gemacht: vier Bohrmaschinen und eine Schleifmaschine wurden aufgestellt. Es werden Gewinde in Verteilerdosen geschnitten. Es wird Akkord gearbeitet, Ziel ist die bisherige Arbeitsleistung von 2340 Verteilerdosen auf 4600 in der gleichen Zeit hochschrauben. Geplant ist, die gesamte Produktion bis zum Endprodukt in der Haftanstalt fertigen zu lassen.

Unstimmigkeit gibt es zwischen den Kapitalisten und der Justizbehörde um die Bezahlung der Gefangenenarbeit. Die Gefangenen selbst erhalten zwischen 3,86 DM bis 4,36 DM pro Tag. Die Kapitalisten zahlen im Bundesdurchschnitt 2,30 DM pro Stunde. Bosch läßt in Hildesheim Anker von Gefangenen wickeln. Dafür zahlen die Bosch-Kapitalisten 5 Pfg. die Minute, obwohl die Justizverwaltung 13 Pfg. verlangt. Bosch droht mit Arbeitsentzug, weil die Anker auch von einer Maschine gewickelt werden könnten. Ohne zu spekulieren – die Kapitalisten werden sich da durchsetzen.

Gegen die Schikane mit den Arbeitskarten und gegen die Antreiberei gibt es Widerstand. Individuell wird die Arbeit verweigert. Die Anstaltsleitungen bestrafen das mit totaler Isolierung des Gefangenen: Nur zum Hofgang kommt er mit den anderen Gefangenen zusammen, ansonsten bleibt er in seine Zelle eingesperrt bis er wieder „arbeitswillig" ist. So wird die Arbeit im Gefängnis genutzt, den einzelnen Arbeiter „fügsam" zu machen. Hinzukommen verstärkt psychotherapeutische Behandlungen, mit denen den Gefangenen eingeredet werden soll, daß er z.B. geklaut habe, liegt nicht an seiner materiellen Lage, sondern in einer gestörten Mutter-Beziehung oder in sexueller Anormalität.

Gebrochene, aber fleißige Arbeiter will das Kapital. VW hat sich grundsätzlich bereit erklärt, entlassene Strafgefangene einzustellen, nur sie müssen vorher auf ihre „Eignung" genauesten überprüft werden. – (N-Red.)

EG-Regionalpolitik: Von Grönland bis zum Indischen Ozean

1978 soll die „Regionalpolitik" der Europäischen Gemeinschaft in großem Stil aufgenommen werden. Wenn es im ersten Jahresbericht des Regionalfonds von 1975 über die Aufgabenbestimmung dieser Politik noch bescheiden hieß: „Den Strukturwandel zustandebringen, der erforderlich ist, um das Regionalgefälle innerhalb der Gemeinschaft auf ein erträgliches Maß zu reduzieren", so heißt es in den Beschlußanträgen der Europäischen Kommission von 1977: „Die Kommission erachtet es für notwendig, die Regionalpolitik der Gemeinschaft in einem umfassenderen Sinn zu konzipieren, d.h. diese Politik aufgrund der Entwicklung des Gesamtgebietes der Gemeinschaft zu durchdenken und auszuarbeiten." Es sei „unerläßlich, der Gemeinschaft die Mittel für eine spezifische Regionalpolitik zur Verfügung zu stellen; *nur sie* ist in der Lage, die Probleme in ihrem wahren Umfang zu erkennen ..." (Hervorhebung von uns, Red.).

Man bemerkt, wie sich hier die Regionen der einzelnen Staaten unter der Hand in Regionen der Europäischen Gemeinschaft verwandeln. „Die Regionalpolitik basiert naturgemäß auf einer Art Partnerschaft zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten, wobei letztere zur Zeit das wesentliche Element bilden." „Zur Zeit" also sind die einzelnen Staaten immerhin noch das „wesentliche Element" bei der Politik in den „Regionen". Noch.

Was sind die „Regionen", um die es geht? Hauptsächlich sind es fünf „Notstandsgebiete", denen die besondere Aufmerksamkeit gilt: der *Mezzogiorno* (Süditalien); Irland und das von Großbritannien kolonial besetzt gehaltene *Nord-Irland;* weiter *Grönland,* das Dänemark kolonial besetzt hält; schließlich – die „überseeischen Gebiete Frankreichs", richtiger gesagt, seine letzten noch verbliebenen Kolonien, nämlich: *Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana* und *Réunion.*

Demzufolge reichen die „Regionen" der EG von Grönland bis zur Küste Südamerikas und von dort bis in den Indischen Ozean, vor Madagaskar, wo Réunion liegt! Ein noch größeres Feld erhält die europäische „Regionalpolitik", wenn Portugal, Spanien und Griechenland der EG beitreten. Sie werden nicht nur insgesamt als „Regionen" vereinnahmt werden. Sondern mit ihnen die kolonial besetzten Inselgruppen der Madeiras, Azoren und Kanarischen Inseln. Aber auch diese Aufgabe wird ohne Zweifel gelöst werden: immerhin hatte die hohe Kommission „bereits Gelegenheit gehabt, einige dieser Probleme zu überprüfen, z.B. anläßlich der Ausarbeitung ihrer Außenpolitik im Mittelmeerbereich". (Alle Zitate aus: Orientierungsrahmen für die Regionalpolitik der Gemeinschaft, Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Beilage 2/77 zum Bulletin der EG)

Anläßlich der Ausarbeitung ihrer Außenpolitik im Südatlantik wird sich die EG-Kommission sicherlich ebenfalls mit verschiedenen Problemen vertraut gemacht haben.

Man erkennt unschwer, daß die „Regionalpolitik" der Europäischen Gemeinschaft einer Globalpolitik schon ziemlich nahe kommt.

Zu Beginn hatte sich die „Regionalpolitik" der EG noch hauptsächlich mit der „Überbesetzung der Landwirtschaft" und der „Strukturumschichtung auf Grundlage des EWG-Familienbetriebes, dessen Mindestgröße 30 ha sind", befaßt, kurzum: mit dem Bauernlegen, der gewaltsamen Schaffung einer Reservearmee und ihrer Mobilmachung. Auf dieser Grundlage wird jetzt die nächste Phase eingeläutet: Mit dem Schlachtruf „Schaffung von Arbeitsplätzen" wird die Kapitalanlage und der Kapitalexport in diese Gebiete vorangetrieben, um die extrem niedrigen Löhne auszunutzen; gleichzeitig handelt es sich um den strategischen Ausbau dieser Gebiete als Vorposten der westeuropäischen Imperialisten.

Dafür werden bedeutende Kapitalmassen flüssig gemacht. Nicht nur über den Europäischen Regionalfonds, der 1978 auf 3,5 Mrd. DM aufgestockt worden ist. Sondern ebenso über den Sozialfonds, über den Agrarfonds, über den Fonds der Europäische Gemeinschaften für Kohle und Stahl sowie vor allem über die Europäische Investitionsbank, die die Masse ihrer Milliardenkredite dafür bereithält. 1975 wurden insgesamt so schon über 20 Mrd. DM in verschiedener Form in Bewegung gesetzt. Diese Summen gehen entweder als Subventionen oder als billige Kredite direkt an die Kapitalisten, oft als Zuzahlung zum Lohn, der auf diese Weise direkt gedrückt werden kann. Oder es handelt sich um den Ausbau der nötigen Infrastruktur, von Häfen, Eisenbahnen, Flugplätzen, Straßen, Elektrizitätsstationen etc., wie die Imperialisten sie brauchen.

„Die Europäische Investitionsbank hat ein Darlehen im Gegenwert von 50 Mio. DKr ... für den Bau eines Flughafens in Godthaab (Grönland) bereitgestellt ... Die 95 m lange Start- und Landebahn des neuen Flughafens wird mit Anlagen ausgerüstet, die Schlechtwetterlandungen ermöglichen. Er wird dadurch trotz der schwierigen klimatischen Bedingungen Grönlands während etwa 85 % des Jahres angeflogen werden können ... Die Insel, die nahezu viermal so groß ist wie Frankreich und zu fünf Sechsteln mit Eis bedeckt ist, besitzt über mittlere und große Strecken keine Landverkehrswege." Mit 139 Mio. DKr seit 1973 „entsprechen die von der EIB in Grönland bereitgestellten Finanzierungsmittel ... den besonderen Problemen *dieses entlegenen Gebiets der Gemeinschaft.*" (Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 12/1977, S. 130)

Zur vollen Blüte gebracht werden sollen im Rahmen der „Regionalpolitik" der EG auch die jeweiligen Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsdienstprogramme der Regierungen, die von der EG gezielt aufgepäppelt werden. So hat die EG-Kommission jetzt die schon mehrere hundert Millionen ERE (Europäische Rechnungseinheit, z.Zt. 3,60 DM) schweren „Arbeitsförderungsprogramme" um weitere 270 Mio. DM für die Anwerbung speziell jugendlicher Arbeitsloser mit Schwerpunkt auf den fünf „Notstandsgebieten" ausgeschüttet, woraus die Regierungen, Behörden, Gemeinden, Organisationen oder einzelnen Kapitalisten, die Jugendliche an die Arbeit bringen, die Hälfte der Lohnsumme ersetzt bekommen. Die EG-Kommission weist darauf hin, daß insbesondere „Arbeitsbeschaffungsprogramme in Sektoren von allgemeinem Interesse" große Vorteile bieten und hier „für die Gemeinschaft breite Aktionsmöglichkeiten" liegen. Durch solche Programme könne „mit erstaunlich niedrigen Summen" eine erstaunliche Masse an Arbeitskraft in Bewegung gesetzt werden. Es seien praktisch nur die Löhne zu zahlen, die am besten als „nicht marktgerechtes Entgelt" ausgelegt seien, damit immer der Zwang für die jugendlichen Arbeiter bestehe, „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen". (Beschäftigung Jugendlicher, Beilage 4/77 zum Bulletin der EG)

Mit „Regionalpolitik", Arbeitsdienst und Europäischer Investitionsbank schmieden die stärksten imperialistschen Monopole und Mächte, vor allem die BRD-Imperialisten als die Hauptfinanziers, die EG zu einem Völkergefängnis und imperialistischen Machtblock, der mit seinen „entlegenen Gebieten" den halben Globus umspannt. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Die Konzentration in der Landwirtschaft führt zur Verödung immer größerer Teile des Landes

„Den Zielen für Freizeit und Erholung können Brachflächen in verschiedener Weise nutzbar gemacht werden. Die Gebiete, die in besonderem Maße der Erholung dienen und gleichzeitig einen nennenswerten Anfall von Brache haben, überschneiden sich häufig mit den Gebieten vorwiegend ökologischer Ausgleichsfunktion. Die Erholungsfunktion verlangt anders als in diesen Gebieten eine differenzierte Verwendung der Brachflächen, vor allem die vermehrte Ausweisung von Flächen, die gepflegt werden. Je nach den landwirtschaftlichen Gegebenheiten könnte im allgemeinen etwa bis zu einem Fünftel der Gemeindeflächen ohne Pflegeeingriffe bleiben. Die Brachflächen könnten in erster Linie für die Schaffung und Erhaltung eines abwechslungsreichen Landschaftsbildes gute Verwendung finden. Weiter bieten sich die Brachflächen für den Ausbau einer landschaftsangepaßten Erholungsinfrastruktur sowie als Flächen für Sport und Freizeitaktivitäten und nicht zuletzt zur Anlage von Erholungswald an." (Aus einer Broschüre „Brache", des Bundeslandwirtschaftsministeriums, BMELF)

Es soll scheinen, Josef Ertl hätte sich große Sorgen um die Erholung der Arbeiter und Angestellten gemacht und wäre sogar bereit für dieses hohe Ziel einen Teil der Landwirtschaftsfläche zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich ist die Steigerung des Brachlandes seit Beginn der 60er Jahre Folge „des Strukturwandels", des Bauernlegens. Die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben und der Lohnraub zwingt immer mehr Arbeiter, sich in der Nähe zu erholen, weil kein Geld für große Urlaubsreisen vorhanden ist.

Die bürgerlichen Politiker und Ideologen versuchen nun das Interesse der Arbeiterklasse nach Erhaltung der Natur und Erholung gegen die Masse der Bauern und zur Absicherung ihrer Pläne zu benutzen. „Die Behauptung, daß Erholung nur in einer vollständig genutzten und gepflegten bäuerlichen Kulturlandschaft möglich sei, ist einseitig und unhaltbar ... nur in seltenen Fällen kann es unser Ziel sein, den heutigen Nutzungszustand und das heutige Bild der Kulturlandschaft zu kultivieren" (K. Buchwald, die Natur hilft sich selbst).

Haben sie Arbeiter und Bauern gespalten, so rechnen sie, können sie ihre Pläne leicht gegen die Bauern durchsetzen. 1971 betrug die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Niedersachsen 2814182 ha. 1985 sollen es nach dem Landesentwicklungsplan der niedersächsischen Landesregierung nur noch 2514000 ha sein. Das heißt rund 300000 ha sollen rausfallen. Der Grund dafür ist nicht, daß die Bourgeoisie nach all den Verbrechen, die sie an Arbeiter und Natur begangen hat, plötzlich ihr Herz für die erholungssuchende Arbeiterklasse entdeckt hätte. Im Landesentwicklungsplan Niedersachsen wird der eigentliche Grund dargelegt: „... der Strukturwandel bedingt eine Konzentration der Bewirtschaftung auf die besten ökologischen Standorte und damit die Herausnahme von Grenzertragsböden aus der landwirtschaftlichen Produktion."

Die Kapitalistenklasse ruht nicht, solange noch ein Bauer auf seinem Hof für sich selber arbeitet, anstatt als bezahlter Lohnarbeiter Profite für die Kapitalisten zu schaffen. 1961 waren erst 8% der Betriebe in Niedersachsen über 30 ha groß. Sie bewirtschafteten mehr als ein Drittel der Fläche.

1971 waren es schon 14% der Betriebe. Sie bewirtschafteten 45% der Fläche. Nach dem Landesentwicklungsplan sollen 1985 30% der Betriebe mindestens 30 ha groß sein und 70% der Fläche bewirtschaften. Jeder

Entwicklung von landwirtschaftlich genutzter Fläche und Brachland in der BRD (in ha)

Jahr	Lf ha	Brache
1970	13578000	221000
1971	13504000	245000
1972	13480000	255000
1973	13428000	272000
1974	13344000	296000
1975	13303000	308000
1976	13270000	310000



„Eine ausgetrocknete Landschaft nach der Dürre 1976", ist die Bildunterschrift in einer Broschüre des Landwirtschaftsministeriums. Daß es sich hier nicht um einen Acker handelt, erkennt man jedoch gleich. Es ist nicht das Wetter, sondern die planvolle Politik der bürgerlichen Klasse, die dieses Gebiet in den Zustand völliger Verödung und Verkarstung gebracht hat. Das soll den arbeitenden Massen dann noch als „besonders reizvolles" Erholungsgebiet verkauft werden.

dritte Betrieb über 0,5 ha soll bis dahin „auslaufen", wie das Bauernlegen von der Regierung genannt wird.

Kapitalistische Landbewirtschaftung heißt, mit möglichst wenig Aufwand aus dem Landarbeiter und dem Boden möglichst viel herauszuholen. Böden, die von ihren Natureigenschaften her einen größeren Aufwand erfordern, um ausreichende Erträge zu bringen, versprechen zu wenig Profit. Hat der kleine Bauer noch durch Überarbeit bei Strafe seines Untergangs dem schlechteren Boden passable Erträge abgerungen, sagt sich der Kapitalist, wenn er den Kleinbauern gelegt hat und das Land an sich gerissen hat, ich investiere lieber da, wo die Profitrate höher ist und läßt alles liegen.

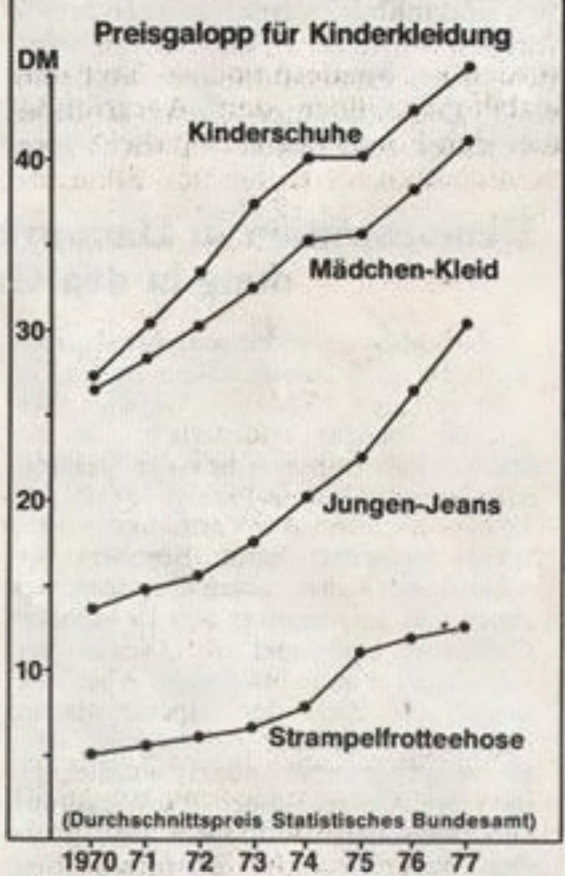
Oder der Kleinbauer kriegt sein Land gleich gar nicht los und dann wird vom BMELF behauptet: „Sie (die Flächen) fallen brach, wenn die Voraussetzungen für eine Bewirtschaftung im Nebenerwerb oder für eine Verpachtung nicht gegeben sind oder von den Betroffenen nicht ausreichend anerkannt werden." (a.a.O.) Der Bourgeoisie geht es überhaupt nicht mehr um Entwicklung der Produktivkräfte. Auf der Jagd nach Höchstprofiten opfert sie, um ihre Gier zu stillen, Boden, der durch jahrhundertelange Arbeit wertvoller gemacht wurde; wird er erst brach gelegt oder auch nur mit Monokulturen aufgeforstet, versauert er rasch und das Resultat menschlicher Arbeit wird zerstört. – (Bezirk Südostniedersachsen/N-Red.)

Beschleunigte Preissteigerungen für Kinderkleidung und -nahrung

„Der Frühling fängt gut an", schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 5.4. in ihrem Monatsbericht über die Verbraucherpreise. Insgesamt könnten die „Verbraucher mit der Entwicklung der Preise für die Lebenshaltung recht zufrieden sein". Auf das Jahr berechnet hätten sich die „Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr nur noch um 3% erhöht" (gegenüber 3,1% im Februar). Die Preissteigerung für die Lebenshaltung eines Kindes betrage im März gegenüber Januar 1978 1,2% gegenüber Februar 1977 0,2%. Die Statistiker der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" sind dreist genug, im gleichen Artikel zuzugeben, daß allein schon Süßigkeiten zu Ostern „freilich zwischen 5 und 8 Prozent teurer als zu Ostern 1977" waren, der „wetterwendische April" sei schuld.

Die bürgerliche Statistik weist für die Lebensmittel eines Kindes von 1970 bis 1977 eine Preissteigerungsrate von 51,6% aus. Das liegt schon über der allgemeinen offiziellen Preissteigerungsrate von 46% für alle „privaten Haushalte" von 1970 bis 1977. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind allein bei Kinderkleidung und Schuhen von Dezember 1976 bis Dezember 1977 die Preise um 7% gestiegen. Kosteten 1970 225 g Zwieback noch 1,01 DM, so waren es im Dezember 1977 bereits 5,43 DM. Strampelhosen sind im selben Zeitraum von 5,06 DM auf 12,64 DM angestiegen. Kinderschuhe von 27,10 DM auf 45,40 DM. Das sind Durchschnittspreise, die die Bourgeoisie errechnen läßt. Sie sind hoch, nach unseren Erfahrungen liegen die Preise für die wichtigsten Sachen noch bedeutend höher. Wir haben z.B. im Quelle-Katalog 1978 nachgesehen. Nach dem Statistischen Jahrbuch betrug der Durchschnittspreis für Strampelhosen im Dezember 1977 12,64 DM, nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 5.4.78 im März 1978 13,67 DM. Das ist sowieso erstmal eine Steigerung von 8,3%. Bei Quelle kostet die billigste Strampelhose in diesem Sommer zwar „nur" 9,85 DM – die gibt es aber nur im Zweierpack. In die Statistik geht die Strampelhose mit 9,95 DM ein, über den Ladentisch müssen aber 19 DM geschoben werden, beim Quelle-Versand kostet das Einzelstück 18,90 DM bis 22,50 DM.

Das gleiche gilt für Kinderstrümpfe, die in der Statistik mit 5,32 DM angegeben werden. Im Quelle-Katalog liegen die Preise zwischen 5 und 6,50 DM (bei mittlerer Qualität), bestellen aber kann man nur dreier und fünfer und siebener Packungen. Für ein Baumwoll-Mädchenkleid gibt die Statistik 41,10 DM an, bei Quelle bezahlt man zwischen 39,50 und 52 DM. Dabei liegen die Preise dieser Versandhäuser noch unter denen der Kaufhäuser und Supermärkte. In den großen Supermärkten am Rand der Städte sind die Preise wieder etwas niedriger, aber das Geld für die Auto- oder Busfahrt dorthin erscheint in der Statistik natürlich nicht.



Schulhefte, die nach dem Preisindex der bürgerlichen Statistik 0,37 DM kosten, müssen wahrscheinlich noch erfunden werden. In den Geschäften jedenfalls wird man für ein dünnes Heft sofort an die 90 Pfennig los. Eine Arbeiterin, die in einem Offenbacher Lederwarengeschäft für einen Stundenlohn von 8 DM halbtags arbeitet, hat uns berichtet, was sie bei Schuljahresbeginn für ihre 7jährige Tochter u.a. hat ausgeben müssen: Füller: 12 DM, Filzstifte: 8 DM, 10 Tintenpatronen: 6 DM, 5 Bleistifte: 3 DM, 2 Pinsel: 4 DM, 20 Hefte: 18 DM. Insgesamt betrugen die Kosten 150 DM, davon allein 45 DM für Bücher. Eine Lehrerin aus Frankfurt berichtet, daß die Schulsachen für ihre zwei Kinder Unsummen verschlingen. „Filzstifte, Mäppchen und dergleichen kosten viel und werden am häufigsten gebraucht. Alle zwei bis drei Monate sind neue Mäppchen fällig, länger halten die nicht." Das sind dann gleich zweimal 10 DM. Schulranzen halten noch ein- bis eineinhalb Jahre. Da sind dann je 35 bis 40 DM weg. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist der Durchschnittspreis für Schulranzen von 1970 bis 1977 von 31,90 auf 37,40 DM gestiegen. Beim Versandhaus Quelle kostet 1978 der billigste Schulranzen 34,90 DM, der teuerste 55 DM. Wer soll das zahlen? Immer häufiger sieht man die „billigen" Nylon- oder Plastik-Schulhänger, die zwischen 19,90 DM und 34,90 DM kosten, oder gar keine richtige Tasche. „Der Frühling fängt gut an."

Besonders hoch liegt die Preissteigerungsrate bei Kinderkleidung, -wäsche und -schuhen. Der Durchschnittspreis für eine zweiteilige Wäschegarnitur für Mädchen ist seit 1970 um 89% gestiegen, ebenso bei Kinderhausschuhen, bei Kinderstiefeln um 85%.

Die Zeitschrift „Eltern" hat 1976 die Erstlingsausstattung eines Säuglings berechnet. Unter der Rubrik „Ernährung" werden für diese Ausstattung die nachfolgenden Preise aufgeführt. Wir haben sie verglichen mit der selben Aufstellung, die die Zeitschrift „Unser Kind" im März 1978 für dieselben Artikel gemacht hat:

	Sommer 1976 (DM)	März 1978 (DM)
6 Babyflaschen mit Verschlußkappe und Sauger, 1 St. ab 3,55 DM	21,30	21,50
3 Ersatzsauger 1 St. ab 1,75 DM	5,25	5,60
Flaschenständer für 3 Fl.	6,90	5,70
Elektrischer Flaschenwärmer ab	26,50	36,00
Flaschenbox für 6 Flaschen ca.	4,90	10,00
Kaltsterilisierungsmittel für Flaschen und Sauger	6,80	8,80
1 Paket Nährzucker (400 g)	2,20	2,60
	73,85	90,20

Das macht allein für diesen Teil der Ausstattung eine Steigerung von 23,5% innerhalb von 2 Jahren.

Insgesamt hat die Zeitschrift „Eltern" an Ausgaben für die Erstlingsausstattung eines Säuglings 1500 bis 1700 DM berechnet. Welche Arbeiterfamilie soll das eigentlich bezahlen können? Einen ganzen Monatslohn für die Erstausstattung eines Säuglings, das geht offensichtlich nicht, höchstens ab 5000 DM aufwärts. Um Tips für die Familien der Arbeiter und Angestellten ist die Zeitschrift „Eltern" natürlich nicht verlegen: „Magermilch ist billiger und für viele Rezepte genauso gut wie Vollmilch."

„300 bis 400 DM im Monat muß man für ein Kind rechnen (eine Statistik benennt Eckwerte von 272 bei niedrigem, 560 DM bei höherem Einkommen)", meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 8. April. Die Verbraucherrundschau hat die monatlichen Ausgaben für einen 12jährigen Jungen auf 470,25 im Jahr 1974 berechnet, nach den Preissteigerungsraten des Statistischen Bundesamtes wären das heute bereits 550,48 DM. Also fast die Hälfte eines Hilfsarbeiterlohns. Die 550,48 DM sind wieder so eine Durchschnittszahl, für die Lohnabhängigen hat sie keinerlei Realität. Die Verbraucherrundschau enthüllt unfreiwillig das Zustandekommen so eines Durchschnittswertes: „Trotzdem geht es der Kinderbekleidungsindustrie gut. Der Geburtenrückgang hat nicht zu Markteinbußen geführt ... Kinderkleidung wird also in immer höheren Qualitäten gekauft." Es gibt immer weniger Kinder, weil die Bourgeoisie für die Lohnabhängigen die Kinder zu einer Kostenfrage gemacht hat und diese Kosten so gewaltig gestiegen sind. Für die Lohnabhängigen erstens weniger Kinder und zweitens weniger zu essen und anzuziehen für die Kinder, für die Reichen mehr und bessere Kleider und Spielsachen und Internate, daraus mag dann ein Durchschnitt von 550 DM pro Kind entstehen. Die Erfahrung zeigt außerdem, daß gerade die billigen Sachen am meisten in den Preisen steigen. „Recht zufrieden" mit der Entwicklung der Preise für die Lebenshaltung kann höchstens die Bourgeoisie sein, für die Arbeiterklasse besteht aller Grund, sich in ihrem Kampf gegen die gestiegenen Preise und für höhere Löhne nicht durch die Durchschnittszahlen des Statistischen Bundesamtes irritieren zu lassen. – (Z-Red.)

Graf Lambsdorffs Überlegungen zur Unterdrückung des Lohnkampfes

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff operiert seit Wochen gegenüber dem Lohnkampf der Arbeiterklasse u.a. mit der Konkurrenzschwächung des BRD-Imperialismus durch die Dollarabwertung.

„Das jetzige Ausmaß der Kursbewegung und ihre Folgen sind schwergewichtig. Geht man mit dem Sachverständigengutachten davon aus, daß der deutsche Anteil an der Entwicklung des Welthandels nicht mehr wie früher die weltweite Zuwachsrate dieses Warenverkehrs übertrifft, dann muß sich der Dollarabfall verschärfend auf den deutschen Export auswirken." (Süddeutsche Zeitung, 5.12.77) Als Vertreter der Bundesregierung führt er seit Monaten wirtschaftspolitische Weisungen und Drohungen ins Feld, um der Arbeiterklasse in ihren Lohnforderungen und -kämpfen Zurückhaltung zu predigen. Am 25.3.78 erklärte er im Saarländischen Rundfunk:

„Die Bundesregierung hat gute Aussichten, ihr Wachstumsziel von 3,5% Zuwachs beim realen Bruttosozialprodukt am Ende des Jahres 1978 zu erreichen. Wir haben dieses Wachstumsziel als ehrgeizig bezeichnet, weil es eine Reihe außerwirtschaftlicher – denken Sie an die Dollarabwertung – und auch binnenwirtschaftlicher – denken Sie an die Tarifauseinandersetzungen – Risiken gibt. Aber so wie die Dinge im Augenblick aussehen, gehen wir noch davon aus, daß 3,5% das Jahresergebnis sein werden."

Das ehrgeizige Wachstumsziel der Bundesregierung begann bereits mit dem Hafenarbeiterabschluß von 7% zu wakkeln, doch Lambsdorff demonstriert noch Optimismus. Während der laufenden Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie bezieht er Front gegen die Streiks. Er droht mit Maßnahmen der Regierung und deckt zukünftige Absichten in der Ausplünderung der Massen auf. „Die Frage der Korrektur von Steuereinnahmen und zwar bei der Frage der direkten Steuer ist immer ein Thema, daß wir im Hinterkopf behalten müssen, und gelegentliche Korrekturen, wie wir sie in der Vergangenheit vorgenommen haben, werden auch in Zukunft nicht auszuschließen sein." (ebenda) Gedacht ist daran, speziell die Steuerprogression auch auf niedrige Löhne und Gehälter auszuweiten. „... ob es wirklich gerechtfertigt sein wird, einen vollständigen durchgehenden Tarif zu veranstalten, daß heißt auch die Empfänger relativ niedriger Einkommen sofort die Progressionswirkungen spüren zu lassen, wenn es mal zu einer Einkommensverbesserung auf Grund eines neuen Tarifvertrages oder anderer Umstände kommt, das wird man sorgfältig zu überlegen haben, daß der noch jetzt relativ weite Graben mit dem Sprung von der proportionalen in die Progressionszone irgendwann einmal verengt und verringert werden sollte, das scheint mir, wenn ich die politsiche Landschaft richtig überblicke, die Vorstellung aller im Bundestag vertretenen Parteien zu sein." (ebenda)

Am 30.3. meldeten die Nachrichten: Gesamtmetall lehnt die Fünf vor dem Komma ab. Haben Lambsdorffs Drohungen bis dahin nicht gewirkt, so geht er jetzt auf Spaltung der Kampffront der Arbeiter, das „Handelsblatt" vom 30.3. schreibt: „Lambsdorff hält die Struktur der Tarifverträge der Metallindustrie für falsch, weil sie große und kleine Firmen über eine Leiste schlagen. ‚Ich habe schon zu einer Zeit, als ich noch nicht Wirtschaftsminister war, kritisiert, daß die Metall-Arbeitgeber und die IG Metall Tarifabschlüsse machen, die sowohl für Daimler Benz und für die kleine Gesenkschmiede gelten. ... Wobei ich unter differenzierter Tarifpolitik nicht die Entwicklung zu Firmentarifen verstehe. Ich sehe auch die Gefahr des anderen Extrems ...' Im übrigen: Wenn die Einkommensgarantie und die Abgruppierungssicherung zum wesentlichen Inhalt der Tarifpolitik würden, wenn man Besitzstände konserviere, die nicht mehr auf Leistung beruhten, dann verbaue man anderen, vor allem den Jugendlichen, die Wege."

Letztlich führt er den Angriff auf das Streikrecht, in dem er sich für die Aussperrung ausspricht, anderenfalls: „Wenn ein Verbot der Aussperrung erreicht würde, dann würde die FDP auf keinen Fall mitmachen, ‚es sei denn, es würde gleichzeitig auch der Schwerpunktstreik verboten'." (ebenda) „Wir müssen jetzt wohl eine neue Rechnung aufmachen. Das erstrebte Wachstumsziel wird, wenn nichts besonderes geschieht, kaum erreicht." (ebenda) Eine neue Rechnung aufmachen, denkt sich auch der BDI und hat bereits beim Grafen auf weitere Konjunkturanreize (Steuersenkungen) gedrungen. Doch die Bundesregierung will erst den 1. Mai abwarten, um die Lage neu einschätzen zu können. „Vor diesem Zeitpunkt sei eine umfassende Zwischenbilanz der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht sinnvoll ... Bei Konkunkturbewertungen komme es darauf an, ‚Überbewertungen von Einzelgrößen und vorschnelle Feststellungen zu vermeiden' ... Auch könnten die Risiken für das weitere Wirtschaftswachstum noch nicht eingeschätzt werden." (Süddeutsche Zeitung, 4.4.78) – (Z-Red)

Angriff auf AStA wegen Unterstützung der PLO

Aachen. Eine Woche vor Verabschiedung des Studentenschaftsgesetzes NRW ging beim TH-Asta ein Brief des Rektors der Technischen Hochschule ein. Er verlangt eine Stellungnahme zu einem Artikel in der AStA-Zeitung „Palästina ist keine Ware, die verkauft werden kann" vom 31.1.78. Vorher hatte der Landesverband jüdischer Studenten in Nordrhein e.V. ihn dazu aufgefordert. In einem Brief an den Rektor heißt es: „Der Artikel behandelt ausschliesslich die verschiedenen Unterorganisationen der sog. Palästinensischen Befreiungsfront und es ist nicht erkennbar, was dieser Artikel mit studentischen Angelegenheiten zu tun haben könnte. Bitte prüfen Sie im Wege der Dienstaufsicht welche Schritte erforderlich sind, um zu verhindern, daß vom AStA weiterhin allgemein-politische Erklärungen abgegeben werden. Insbesondere bitten wir Sie, die Freiheitsrechte unserer Mitglieder zu schützen. Mit freundlichen Grüßen der Vorstand Ernestino Heugroesche."

Der zionistische Studentenverband will die Unterstüzung der PLO durch die Studentenbewegung verbieten und deswegen dem AStA das politische Mandant aberkennen lassen. Die Aktionseinheit zur Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Überfall auf den Südlibanon und gegen den Besuch des Zionistengenerals und Präsidenten der TH Haifa in Aachen zu stärken ist der richtige Schritt dagegen.

225 DM Studienkosten

Hamburg. Für den Fachbereich Chemie soll ein Student im ersten Semester noch vor Antritt des Studiums ca. 225 DM bezahlen.

1. Besorgt man sich die in der Literaturliste des Merkblatts des Fachbereichs Chemie angegebenen Bücher, so kommt man auf 124,80 DM
2. Vorlesungsverzeichnis 8 DM. Braucht man, mindestens für das erste Semester, um die wichtigsten Adressen zusammen zu haben.
3. Chemikaliengebühr 30 DM. Ohne Chemikaliengebühr, wird man nicht ins Labor gelassen, wird einem im Sekretariat gesagt.
4. Schutzbrille und Kittel ca. 35 DM – wie bei 3.
5. Studienwerksbeirtag und AStA Beitrag 27,10 DM; ohne dies bezahlt zu haben, bekommt man den Studentenausweis nicht.

Man braucht also, lassen wir die Bücher mal weg, 92 DM, um überhaupt sein Studium antreten zu dürfen. Der Fachschaftsrat Chemie hat die Erstsemester aufgerufen, die Bezahlung der Chemikalienpauschale von 30 DM abzulehnen, das ist richtig. Man muß dazu aber noch durchsetzen, daß der bürgerliche Staat vollständig für das Studium aufkommt.

zu haben.
3. Chemikaliengebühr 30 DM. Ohne Chemikaliengebühr, wird man nicht ins Labor gelassen, wird einem im Sekretariat gesagt.
4. Schutzbrille und Kittel ca. 35 DM – wie bei 3.
5. Studienwerksbeirtag und AStA Beitrag 27,10 DM; ohne dies bezahlt zu haben, bekommt man den Studentenausweis nicht.
Man braucht also, lassen wir die Bücher mal weg, 92 DM, um überhaupt sein Studium antreten zu dürfen. Der Fachschaftsrat Chemie hat die Erstsemester aufgerufen, die Bezahlung der Chemikalienpauschale von 30 DM abzulehnen, das ist richtig. Man muß dazu aber noch durchsetzen, daß der bürgerliche Staat vollständig für das Studium aufkommt.

BAFöG-Überprüfung im Herbst, weiterer Lohnraub geplant

Westberlin. Der Bildungspolitische Ausschuß der SPD hat letzte Woche herausgelassen, daß das BAFöG überprüft werden soll. Geprüft werden soll, ob die Bedarfssätze, Freibetragsgrenzen „wirtschaftlich noch vertretbar" seien. Aus den Andeutungen der SPD-Ausschüsse geht hervor, daß zum einen das BAFöG „dynamisiert" werden soll. Die gleiche Begründung wie bei den Maßnahmen der Bundesregierung zur Rentenstreichung ist das. Hinzu kommt, daß die Studentischen Arbeitsvermittlungen an den BAFöG-Computer angeschlossen sind. Alles Geld, was die Studenten über 240 DM im Monat hinaus verdienen, wird so gleich wieder vom BAFöG gestrichen.

Studentenschaftsgesetz verabschiedet

Bochum. Am 12.4. hat der Landtag Nordrhein-Westfalen das aus dem Entwurf zu einem neuen Landeshochschulgesetz abgetrennte und vorgezogene Studentenschaftsgesetz verabschiedet. Unter dem Motto „die schweigende Mehrheit an den Universitäten mobilisieren" hat sich damit die Landesregierung das Instrument geschaffen, die Verfaßte Studentenschaft als selbständiges Vertretungs- und Kampforgan der Studentenmassen zu beseitigen. Das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft ist nach dem SSG beseitigt. Aufgabe der Verfaßten Studentenschaft ist: „Die politische Bildung und das staatspolitische Verantwortungsbewußtsein der Studenten auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern." Haushalt und Wahlordnungen sind dem Rektor zur Genehmigung vorzulegen. Die Mitglieder der Verfaßten Studentenschaft sind persönlich regreßpflichtig. Der Rektor übt die Rechtsaufsicht aus, oberste Aufsichtsbehörde ist direkt das Land. Das Gesetz ist – bei einer Gegenstimme – von allen bürgerlichen Parteien gemeinsam verabschiedet worden. 100 Studenten haben am Mittwoch gegen die Verabschiedung des Gesetzes vor dem Landtag protestiert. In Düsseldorf haben sich die Fachschaften der Philosophischen Fakultät auf einer Sitzung am 10.4. einstimmig gegen das Gesetz ausgesprochen und erklärt, daß sie sich nicht daran halten und es im nächsten Semester bekämpfen werden.

Abiturienten in nichtakademischen Berufen Mittel zur Spaltung, das nicht wirken muß

Auf der Klöcknerhütte in Bremen werden 25 Elektriker im ersten Lehrjahr ausgebildet. Von diesen sind zwei Abiturienten, 16 Realschüler und sieben Hauptschüler. In den älteren Lehrjahren gibt es keine Abiturienten. Von 24 Lehrlingen im zweiten Lehrjahr sind 20 Realschüler und vier Hauptschüler. Von Anfang an werden die Abiturienten von den Ausbildern und der Ausbildungsleitung bevorzugt. Diese Bevorzugung drückt sich z.B. darin aus, daß kleinliche Schikanen, die der Unterdrückung dienen, auf die Abiturienten nicht angewandt werden. Wegen jeder Kleinigkeit, wie z.B. zur Toilette gehen oder eine Zigarette rauchen, müssen sich die Lehrlinge abmelden, die Abiturienten nicht. Flachsereien werden hingenommen, während sie bei den anderen Lehrlingen mit Strafen bis hin zu Ordnungsmaßnahmen geahndet werden.

So hantierte kürzlich ein Lehrling an einer Hobelbank und verspritzte dabei in der Werkstatt Kühlflüssigkeit. Der Meister belächelte diese unsachgemäße Hantiererei wie einen kleinen Jungenstreich. Während des theoretischen Unterrichts wendet sich der Ausbilder an den Abiturienten, wie an seinesgleichen. Ohnehin erwartet er, der Abiturient will höher hinaus. Man muß sich mit ihm gutstellen. So zieht er ihn bei Rechenaufgaben zu Rate. Grundsätzlich, so meinte ein Lehrling, der Abiturient ist, werden alle Äußerungen besser bewertet, auch wenn sie um nichts besser sind. Von vornherein steht fest, der Abiturient erhält bessere Zensuren.

Die Spaltung der Lehrlinge mit Abitur und ohne wird auch materiell durchgesetzt. Wie die über 18-jährigen erhalten sie 40 DM mehr Lehrlingslohn.

Im ersten Lehrjahr gibt es gegen diese Spaltungsversuche Kampf. Die beiden Abiturienten wollen sich nicht von den übrigen Jugendlichen abspalten lassen. Der eine wurde zum Vertrauensmann gewählt. Jetzt hat die Werksleitung das Spaltungsmanöver mit gewaltsamen Mitteln vorangetrieben. Allen über 18 Jahre alten Lehrlingen wurde verboten, an der Jugendversammlung teilzunehmen.

Im Verwaltungsgebäude der Klöcknerhütte Bremen gibt es zur Zeit 28 Lehrlinge, von ihnen werden 15 als Bürogehilfen und 13 als Industriekaufleute ausgebildet. Bürogehilfen sind jene, die später in den Verwaltungs- und Textverarbeitungssekretariatenarbeiten. Ihre Ausbildung dauert zwei Jahre, vorausgesetzt wird Realschulabschluß.

Anders bei den Industriekaufmannslehrlingen, deren Ausbildung mit dem Kaufmannsgehilfenbrief endet. Die Industriekaufleute, die als Sachbearbeiter tätig sind, haben mittlere Reife und anschließend in der Regel die Handelsschule besucht. Ihre Ausbildung dauerte drei Jahre. Seit 1973 hat Klöckner damit begonnen, als Lehrlinge für den Industriekaufmann Abiturienten einzustellen. Gleichzeitig wurde der Ausbildungsgang für Abiturienten um ein Jahr auf zwei Jahre verkürzt. Im letzten Jahr wurde nur noch ein Nichtabiturient eingestellt, in diesem Jahr ausschließlich Abiturienten, zumeist vom Wirtschaftsgymnasium.

Unter den Bürogehilfinnen gibt es bereits eine Abiturientin, die für die Textverarbeitung ausgebildet wird. Die Ausbildung der Industriekaufleute im Vergleich zu den Bürogehilfen, so meinen die Lehrlinge, ist umfassender, insbesondere was den Werksunterricht betrifft. Sie lernen noch theorietisch etwas über die Stahlherstellung, und Stoffwirtschaft, die Bürogehilfinnen nur noch mechanisches Schreiben und Ablage.

Ein Geschäft dabei machen die Klöckner-Kapitalisten. Für jeden Lehrling erhalten sie 5000 DM vom Arbeitsamt; diese brauchen sie nur noch auf zwei Jahre umzuverteilen, statt vorher auf drei, das ist dann eine Bezuschussung von 208 DM pro Monat. An drei Tagen der Woche übernehmen diese Lehrlinge in der Sachbearbeitung Arbeit, die infolge der Rationalisierung von den Sachbearbeitern nicht mehr zu schaffen ist. Keiner dieser Lehrlinge wird übernommen. Dagegen nimmt ihre Zahl zu. Im 2. Lehrjahr sind es 13, im ersten Lehrjahr 15, eine Steigerung von 13%.

Ein Berufsberater berichtet:

Richtlinien darüber, daß die Studenten in oder nicht in nichtakademische Berufe vermittelt werden sollen gibt es nicht. Die „Studierwilligkeit" der Abiturienten habe abgenommen, heißt es. Tatsächlich ist es so, daß bis vor wenigen Jahren noch 90% der Abiturienten studieren wollten. Heute sind es ca. 71% noch. Es ist aber kein Wunder, sondern Plan der Bourgeoisie und wird handfest materiell und disziplinarisch durchgesetzt.

Es ist zum Beispiel so, daß nach dem Hochschulrahmengesetz einem Studienplatzbewerber mit Berufsausbildung eine Verkürzung der Wartezeit um ein halbes Jahr gewährt wird. Bei einem Fachhochschulstudium wird eine einschlägige Berufsausbildung dem vom Abiturienten zu leistenden Praktikum gleichgesetzt. Dazu wird in einigen Numerus-Clausus-Fächern ab Wintersemester 1979/80 ein Hochschuleingangstest durchgeführt, gefordert wird dort einschlägiges Fachwissen.

Zudem sind die „Berufschancen" von Hochschulabgängern auch schlecht. Die Kapitalisten bevorzugen oft Leute mit betrieblicher Praxis. Die kann man natürlich auch als billigste Arbeitskraft erwerben.

Als häufiger Grund für die Wahl eines nichtakademischen Berufes wird die lange Wartezeit angegeben, die nicht überbrückt werden kann, dazu wissen viele nicht, wie sie während des Studiums über die Runden kommen sollen.

Zwecks optimaler Auslese führen viele Betriebe und Behörden inzwischen Einstellungstests durch. Ein bis eineinhalb Jahre vor Ausbildungsbeginn. Einige Betriebe haben besondere Abiturientenausbildungsgänge eingerichtet, z.B. Siemens die „Stammhauslehre". Andere Betriebe führen haben mit sog. Berufsakademien (in Hannover etwa die Leibnizakademie) Sonderausbildungsgänge für Abiturienten durch. Dort wird in zwei Jahren zum Industriekaufmann ausgebildet, nach drei Jahren zum Betriebswirt (Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie).

Diese Lehrzeitverkürzung ist eine Kann-Bestimmung im Berufsbildungsgesetz. Manche Betriebe vereinbaren von vornherein eine verkürzte Ausbildung, oft wird aber erst während der Ausbildung eine Verkürzung vorgeschlagen. Die kriegt, wer sich einfügt.

Kaderschulen der imperialistischen Reaktion
Schwierigkeiten der britischen Bourgeoisie in Oxford und Cambridge
Die Hauptproduktionsstätten der britischen Bourgeoisie für ihren Nachwuchs sind auf der Ebene der Universität nach wie vor Oxford und Cambridge. Viele Kapitalisten, selbst ihre Spitzenwissenschaftler und vor allem die hohen Staatsbeamten, vom Schulaufseher bis zum Polizeioffizier, die Mehrzahl der Minister der Labour-Regierung, weit über ein Drittel der Parlamentsabgeordneten – alle haben ihre drei Jahre bis zum „Gradu-
übersetzt „Aufsicht, Kontrolle". Manchmal allein, oft zu zweit und höchstens zu viert wird der Student von einem Assistenten oder Doktoranden im Rahmen seines Colleges behandelt. Für diese Wochenstunden muß der Student sich vorbereiten, schriftliche Arbeiten anfertigen usw. Er hat in verschiedenen Teilbereichen seines Faches jeweils einen Supervisor, bis zu drei, manchmal auch fünf. Die Supervisions sind ein Hauptmittel der Indok-
vorträge von Professoren aus Südafrika, wie am 9. Februar ein Professor Smit aus Pretoria ein Seminar über „Urbanisierung und afrikanische Homelands" abhielt, wohlweislich nicht öffentlich für Studenten.
Die mit der zunehmenden Zahl besitzloser Studenten wachsende Studentenbewegung hat den geldsackträgen Gang des „ruhigen College-Lebens" in den letzten Jahren zunehmend in Unruhe gebracht. Die Studenten mehre-
kennung als Verhandlungspartner, als sie vor zwei Jahren gegen die Steigerung der Essenspreise die altehrwürdige Essenshalle boykottierten und nach eintägigem Boykott sich durchsetzten. Verschiedene Kampagnen wie die für eine Kinderkrippe für verheiratete Studenten und Universitätsbeschäftigte wurden geführt. In mehreren Fachbereichen haben sich Gruppen von Studenten gebildet wie die „Radikalen Juristen", die Diskus-

Kaderschulen der imperialistischen Reaktion

Schwierigkeiten der britischen Bourgeoisie in Oxford und Cambridge

Die Hauptproduktionsstätten der britischen Bourgeoisie für ihren Nachwuchs sind auf der Ebene der Universität nach wie vor Oxford und Cambridge. Viele Kapitalisten, selbst ihre Spitzenwissenschaftler und vor allem die hohen Staatsbeamten, vom Schulaufseher bis zum Polizeioffizier, die Mehrzahl der Minister der Labour-Regierung, weit über ein Drittel der Parlamentsabgeordneten – alle haben ihre drei Jahre bis zum „Graduierten" oder 5 Jahre bis zur Doktorarbeit auf einer dieser Kaderschulen verbracht. Damit die Bourgeois von vornherein richtig gefördert und die rebellischen unter den besitzlosen Studenten ferngehalten werden, wird eine Sieb- und Auswahlprozedur durchgeführt. Nach Belieben des jeweiligen Colleges wird ein Student aufgenommen oder abgelehnt auf Grund seines Schulabgangszeugnisses, der Beurteilung seines Schulleiters bzw. dessen Beziehungen zu einem College, oder eines zusätzlichen Examens und meistens eines Interviews. Gewinnen die befragenden Professoren die Auffassung, der entsprechende Bourgeoissprößling habe so viel Kapital, daß es verantwortungslos sei, ihn ohne ihre Formung darüber verfügen zu lassen, oder ein Kandidat ausreichende Anlagen, um in hohen Bourgeoisfunktionen zu nützen, wird er angenommen. Etwa 50% werden nicht angenommen, wobei vor den Bewerbungen schon ein Ausleseprozeß in den Schulen steht. Die Hälfte der 2372 neuen Studenten in Cambridge 1974 kamen von Privatschulen, durchschnittlich mit schlechteren Schulabgangszeugnissen.

Gelehrt werden fast alle Fächer, die am stärksten belegt sind. In Cambridge Jura (1974 waren es 790 Studenten), Englisch (730), Mathematik (740), Maschinenbau (700), die Naturwissenschaften (insgesamt 1540), Ökonomie (450), Geschichte (670). Wird der Student aufgenommen, ist er Mitglied („Junior Member") eines Colleges, von denen es 23 in Cambridge und 31 in Oxford gibt. Sie bestehen zum Großteil seit Jahrhunderten, sind großteils Gründungen von Königen und Kirchenfürsten und sind verschieden reich an Grundbesitz und anderen Einnahmequellen. Die Studenten wohnen mindestens ein, meistens zwei ihrer drei Studienjahre in dem College und essen in der Regel abends dort. Die Colleges als formal selbständige Organe bilden zusammen die Universität und betreiben die Fachinstitute bzw. Seminare. Die Studenten hören hier Vorlesungen, machen Laborarbeiten, legen ihre Prüfungen ab. Die Hauptarbeit erfolgt jedoch in der sogenannten „Supervision" im College, übersetzt „Aufsicht, Kontrolle". Manchmal allein, oft zu zweit und höchstens zu viert wird der Student von einem Assistenten oder Doktoranden im Rahmen seines Colleges behandelt. Für diese Wochenstunden muß der Student sich vorbereiten, schriftliche Arbeiten anfertigen usw. Er hat in verschiedenen Teilbereichen seines Faches jeweils einen Supervisor, bis zu drei, manchmal auch fünf. Die Supervisions sind ein Hauptmittel der Indoktrination und Unterdrückung. Der Supervisor selbst gibt keine Zensuren, die bekommen die Studenten für ihre jährlichen Zwischenexamen. So soll der ganze Dreck „familiär" in der „entspannten Atmosphäre des Colleges" geschluckt werden. „Wir hatten vor kurzem eine Diskussion über ‚öffentliche Ordnung – Bürgerrechte' in der Supervision", beschrieb uns ein Jura-Student in Cambridge. „Sie haben nur das ‚Halten der öffentlichen Ordnung' behandelt, die ‚Bürgerrechte' kamen überhaupt nicht vor. Und dann so Aufgaben wie: ‚Es findet eine Versammlung statt, auf der ein Parlamentsmitglied mit rassistischen Auffassungen spricht. – Welches Verhalten gegenüber den linken Gegendemonstranten würden Sie der Polizei empfehlen?' " Der Student erzählt, wie es darum eine Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Supervisor gegeben hat. „Der sagte nur: ‚Der Kurs (das juristische Seminar) macht das halt so ...' Und wenn es zur Prüfung kommt, mußt du solche Fragen natürlich beantworten." Dieser Student berichtet auch über einen Kurs in Landrecht, wo 90% des Kurses mit Verkauf, Beleihung, Pachteintreibung usw. bei Grundeigentum ausgefüllt waren.

Die Colleges, aus denen die künftigen Polizeidirektoren und Grundbesitzerverwalter hervorgehen sollen, sind formal selbständig unter Selbstverwaltung der „Senior Members", den Professoren, Assistenten usw. Tatsächlich sind sie direkt Bestandteil des imperialistischen Staatsapparates. Die Tätigkeit wird über direkte Staatszuschüsse und die Studiengebühren, die die Heimatstadt des Studenten zahlt, unterhalten. Prinz Philip ist Kanzler der Universität Cambridge, die Königin ist Schirmherrin des größten und grundbesitzschwersten Trinity-Colleges. Dessen Vorgesetzter, der von ihr berufen wird, ist zur Zeit Lord Butler, ein früherer Schatzkanzler.

Dazu gehören auch die „ausgezeichneten Beziehungen" gerade der naturwissenschaftlichen Fachbereiche zu „führenden naturwissenschaftlichen Fachbereiche zu „führendenIndustrieunternehmen", was der Studienführer rühmt. Passend dazu Gastvorträge von Professoren aus Südafrika, wie am 9. Februar ein Professor Smit aus Pretoria ein Seminar über „Urbanisierung und afrikanische Homelands" abhielt, wohlweislich nicht öffentlich für Studenten.

Die mit der zunehmenden Zahl besitzloser Studenten wachsende Studentenbewegung hat den geldsackträgen Gang des „ruhigen College-Lebens" in den letzten Jahren zunehmend in Unruhe gebracht. Die Studenten mehrerer Colleges haben sich zu Studentengewerkschaften zusammengeschlossen und kämpfen um die Anerkennung dieser Gewerkschaften durch die Colleges und der Gesamtgewerkschaft durch die Universität. Ein Mitglied der Studentengewerkschaft des Trinity-Colleges sagte uns: „Sie sagen, Studenten sind weder kompetent noch erfahren noch haben sie etwas zu sagen ... Wir seien privilegiert, diese Erziehung zu erhalten, würden danach einen gut bezahlten Job haben, und es sei wirklich undankbar, wenn wir irgendetwas fordern würden ... Wir sollten wirklich ihre Entscheidungen akzeptieren." Die Studenten dieses Colleges erreichten zum ersten Mal ihre Anerkennung als Verhandlungspartner, als sie vor zwei Jahren gegen die Steigerung der Essenspreise die altehrwürdige Essenshalle boykottierten und nach eintägigem Boykott sich durchsetzten. Verschiedene Kampagnen wie die für eine Kinderkrippe für verheiratete Studenten und Universitätsbeschäftigte wurden geführt. In mehreren Fachbereichen haben sich Gruppen von Studenten gebildet wie die „Radikalen Juristen", die Diskussions- und Kritikveranstaltungen durchführen.

Die Bourgeoisie verläßt sich nicht auf die „Atmosphäre". Die Colleges haben eigene Disziplinar-„Gerichte", die schnell zuschlagen. Sie halten eine Universitätspolizei, die bei jeder Demonstration eifrig fotografiert. Als 1970 400 Studenten gegen ein Festessen zu Ehren der griechischen Junta demonstriert hatten, wurde einer der Studenten wegen „ungesetzlicher Versammlung und Ausschreitungen" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Bourgeoisie versucht vergeblich, die zwangsläufige Zersetzung ihrer Kaderschulen zu verhindern. – (Korrespondentenbericht London)

Demonstration in Hannover gegen erste Urteilsverkündung in den Grohndeprozessen

„Um Mißverständnissen vorzubeugen, ich habe mich ausschließlich an die Gesetze gehalten. 18 Monate Gefängnis waren da schlicht erforderlich", so der Staatsanwalt Borchers in einer Stellungnahme im Grohne-Prozeß gegen A. Hanke, nachdem die Verteidigung Freispruch gefordert hatte. Borchers verschanzt sich hinter seinen Gesetzen, weil gegen den Terrorantrag von 18 Monaten Gefängnis, begründet mit „Gewalttäter, Rädelsführer und notwendiger Abschrekkung", die Ziele der imperialistischen Bourgeoisie in der Verfolgung ihres Energieprogramms entlarvt wurden, gerade ihre Anstrengungen, die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben auch gegen den Widerstand der US-Imperialisten jetzt zügig zu errichten. (vgl. letzte KVZ) „Da soll der Hanke nicht demonstrieren!", war die Kampfansage des Borchers an die gesamte Bewegung gegen das Energieprogramm. Er hat schon letzten Dienstag eine kraftvolle Antwort erhalten. Im vollen Gerichtssaal waren Delegationen aus Kiel, Hamburg, Hameln, Göttingen und Hannover. Die hannoverschen Bürgerinitiativen haben für den 22.4. in Hannover eine Demonstration gegen die beabsichtigten Urteile beschlossen. In Göttingen wird eine Veranstaltung durchgeführt, auf der alle Parteien, vor allem aber die „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU), die mit bekannten Bourgeois-Anwälten und Oberstudienräten zu den Landtagswahlen kandidiert, aufgefordert worden sind, uneingeschränkt für die Einstellung der Grohnde-Prozesse einzutreten und für den Tag der Urteilsverkündung (24.4.) zu einer Demonstration am Gericht zu mobilisieren. In einer Erklärung an das Gericht, die am letzten Dienstag verlesen wurde, schreiben sieben Angestellte des LKH Tiefenbrunn, in dem auch A. Hanke arbeitet: „(...) Wir stehen jetzt im öffentlichen Dienst im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen. Uns will der Staat weiter den Lohn drücken, die Steuerschraube soll weiter angezogen werden, alles zu dem einen Zweck, den Kapitalisten das notwendige Kapital zuzuschieben, damit diese in ihrem Streben nach Expansion auf dem Weltmarkt den Höchstprofit ergattern können. Energie, und zwar billige, dient zu nichts anderem. Dem Volk bleibt nur die Gewalt, um dieses Programm zu verhindern. Aber diese Gewalt ist vor allem die Kraft der politischen Einheit von Tausenden von Menschen, die das Ziel haben, daß zum Beispiel das Kernkraftwerk Grohnde wie auch andere Kraftwerke nicht gebaut werden."

Wird so an den Interessen der Massen gegenüber dem imperialistischen Energieprogramm festgehalten und damit der politische Druck verstärkt, der nötig ist, um den Freispruch in diesem Verfahren und die Einstellung aller Grohnde-Prozesse zu erzwingen, kann aus der Absicht der Bourgeoisie, die Bewegung zu spalten und zu zerschlagen so leicht nichts werden.

„Die Sowjetunion rüstet nicht der Rüstung willen“

„Die Sowjetarmee ist mit neuen Arten von Kampftechnik und allem Notwendigen ausgerüstet. In ihr dienen hervorragende Soldaten. All das ermöglicht es uns, die zuverlässige und wirksame Verteidigung der Heimat zu gewährleisten ... Die Sowjetunion hat nie um der Rüstung willen gerüstet, sie war nie Initiator des Wettrüstens und wird es nie sein. Unsere Erfolge auf militärischem Gebiet sind Erfolge, die dazu dienen, uns selbst und unsere sozialistischen Freunde vor einer eventuellen Aggression, von wo auch immer sie ausgehen mag, zu schützen und zu sichern“ erklärte Breschnew während seiner Inspektionsreise durch Sibirien vor Soldaten eines Raketentruppenteils in Nowosibirsk. Teile der sowjetischen Armee konnten diesem Schauspiel nicht beiwohnen. Sie befanden sich gerade auf dem Weg zu oder im Einsatz von Manövern in mehreren Regionen der Sowjetunion und im Rahmen des Warschauer Pakts zwecks „Schutz der sozialistischen Freunde“ in Polen und der CSSR. Die Manöver in der CSSR wurden unmittelbar an der bayerischen Grenze durchgeführt.

Einige Tage später, am 7. April, begab sich der Marschall der Sowjetunion, der sich vor kurzem mit dem höchsten Orden, dem „Siegerorden“ ausgezeichnet hatte, auf den vor Wladiwostok ankernden Kreuzer der Pazifik-Rotbanner-Flotte der UdSSR, „Admiral Senjawin“, um dort die „friedliebenden Absichten“ der UdSSR zu manifestieren. In seiner Begleitung befanden sich der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow und der Seekriegsflottenadmiral Gorschkow. Breschnew betonte in seiner Rede: „Wir drohen niemandem. Das Gerede von der sogenannten sowjetischen Gefahr ist eine glatte Erfindung der Feinde der internationalen Entspannung und nichts weiter. Wir vervollkommnen unsere Verteidigung mit dem einzigen Ziel, die Errungenschaften des Großen Oktobers zuverlässig zu schützen und unentwegt über das friedliche Schaffen der sowjetischen Menschen, unserer Freunde und Verbündeten zu wachen. Diesem edlen Ziel dienen die Angehörigen der Sowjetarmee und der Seekriegsflotte ... Es lebe die sowjetische Seekriegsflotte, die zuverlässig die Grenzen unserer Heimat schützt.“ Auch dieses Schauspiel konnten Teile der sowjetischen Seekriegsflotte nicht life erleben, weil sie gerade unter Führung des Flaggschiffs der UdSSR, dem frisch vom Reparaturdock ausgelaufenen Flugzeugträger „Kiew“ Kurs auf Schottland nahmen, um vor den schottischen Küsten die U-Boot-Abwehr zur Verteidigung der Grenzen der Heimat zu üben.

Genauso wenig wie die sozialimperialistische Supermacht um der Rüstung willen rüstet, verteidigt sie die Errungenschaften der sozialistischen Oktoberrevolution der sowjetischen Arbeiterklasse. Worüber sie wacht, ist, wie sie mit Waffengewalt ihre morsche Ausbeuterherrschaft über die sowjetische Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der „sozialistischen Freunde“ aufrechterhalten kann und wie sie möglichst schnell die „Grenzen der Heimat“ über den ganzen Erdball ausdehnen kann.

Die sozialimperialistische Supermacht

Die sozialimperialistische Supermacht steht in hartem Ringen mit der anderen Supermacht USA um die Beherrschung der Welt. Darum rüstet sie wie wild und grölt dabei lauthals ihre „friedliche Absicht“ heraus. Der Kampf um die Beherrschung der Welt zwischen den beiden Supermächten entscheidet sich im Krieg um Europa. Zusammen mit ihren Verbündeten proben sie jeweils den Zangenangriff auf Europa. Am 10. April regte sich die sowjetische Armeezeitschrift „Krasnaja Swesda“ über die bevorstehenden Manöver „dance crop“ der NATO unter Beteiligung der USA, Italiens, der Türkei und Griechenlands im Mittelmeer auf, daß „so die Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa verletzt werden“. Wahrscheinlich wollten die Sozialimperialisten zum selben Zeitpunkt ebenfalls dort Manöver abhalten.

Ende März ließen sie einen Kremlsprecher bekanntgeben, daß die sowjetischen Streitkräfte ihre „inneren Aufgaben vollständig verloren“ hätten und daß stattdessen ihre „äußeren Aufgaben einzig grundlegende Funktion bekommen, die eine reichere Substanz als je zuvor haben“. Die „Ausdehnung und Vertiefung der Aufgaben der sowjetischen Streitkräfte“ in allen Ecken der Welt diene „der Sache der internationalen Sicherheit“. Im Februar hatte der Leiter des Hauptstabs der Seekriegsflotte der UdSSR in einem Interview betont: „Ja, es stimmt, die Seekriegsflotte der UdSSR ist wirklich ein mächtiger ozeanischer Schild des Sowjetlandes ... der in der Lage ist, erfolgreich strategische Aufgaben in jedem Gebiet der Weltmeere zu lösen.“ Die Lösung der strategischen Aufgaben besteht für die sozialimperialistische Supermacht darin, In der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die andere Supermacht ihre strategische Position zu stärken. Wie sie die „Grenzen der Heimat“ verteidigt, erlebt man derzeit nicht nur an ihren Manövern vor Schottland, an der Daueranwesenheit ihrer U-Boot-Flotte in der Ostsee und den Manövern der Landstreitkräfte in den RGW-Ländern, sondern vor allem auch an ihrer „friedlichen“ Anwesenheit am Horn von Afrika. – (Z-Red.)

Scheel entdeckt neues Vorbild für die Soldaten

„Mangelnde Erziehung zur Freiheit“ hat Bundespräsident Scheel in seiner Rede vor den Kommandeuren der Bundeswehr dafür verantwortlich gemacht, daß die Volksmassen der imperialistischen Armee so feindselig gegenüberstehen. Er hat die „Notwendigkeit verstärkter Traditionspflege“ betont, um das Offizierkorps zu stärken, die Mannschaften zu fesseln und dabei den preußischen General Yorck hervorgehoben. Yorck als Vorbild der Soldaten und förderlich für die Erziehung zur Freiheit?

Yorck ist nicht durch militärische Leistungen als Truppenführer in die Geschichtsbücher eingegangen, sondern dadurch, daß er am 30. Dezember 1812 mit dem russischen Zarismus die „Konvention von Tauroggen“ geschlossen hat. Es war das Jahr, in dem sich Napoleon mit geschlagener Armee auf dem Rückzug aus Rußland befand. Die feudale Reaktion witterte die ersehnte Chance, mit dem Spuk der französischen Revolution auf dem ganzen Kontinent aufzuräumen und die finsterste feudale Despotie zu restaurieren. Preußische Truppen waren an Napoleons Feldzug gegen Rußland beteiligt, auf dem Rückzug fiel Yorck, der die Deckung des Rückzugs nach Norden übernommen hatte, ab. Das Bündnis zwischen dem Zar von Rußland, dem Kaiser von Österreich und Preußens König Friedrich Wilhelm dem III. wurde geschlossen und Napoleon in der Völkerschlacht von Leipzig am 13. Oktober 1813 geschlagen. Historisch war dies der Sieg der europäischen Monarchien und Reaktion über die Französische Revolution.

Napoleon hatte *in* Frankreich die Französische Revolution, die mit Feudalismus und Absolutismus radikal aufgeräumt hatte, im Dienste und Interesse der Großbourgeosie abgewürgt und sich daran gemacht, der modernen bürgerlichen Gesellschaft Frankreichs durch Eroberungsfeldzüge in *Europa* das passende Umfeld zu verschaffen. Insbesondere gegenüber dem feudalen und reaktionären Pfuhl, der als „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ vor sich hinstank, hat das revolutionierende Wirkung gehabt: „Napoleon wandte die *Schreckensherrschaft*, die in Frankreich ihr Werk getan hatte, *in der Form des Krieges auf andere Länder* an – und diese „Schreckensherrschaft“ war in Deutschland dringend notwendig.“ (Engels) Die französische Armee unter Napoleon liquidierte das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ mitsamt seiner Kleinstaaterei und feudalen Despoten. In den eroberten Gebieten wurden die drückendsten Lasten von der Bauernschaft genommen, der Zunftzwang beseitigt wie die Gewerbefreiheit eingeführt, das bürgerliche Gesetzbuch verbreitet. Das selbstgefällige Preußen wurde bei Jena und Auerstedt 1806 vernichtend geschlagen, Friedrich vernichtend geschlagen, Friedrich Wilhelm verdrückte sich nach Memel. Beim Einzug in Berlin wurden die französischen Truppen freudig begrüßt und war das Lied „Unser Dämel ist in Memel“ populär.

Angesichts des Trümmerhaufens der Armee Friedrichs des Großen, geängstigt durch die Bedrohung der demokratischen Bestrebungen der Volksklassen, getrieben vom Haß auf die Ziele der Französischen Revolution und gewillt, ihre Verwirklichung in Preußen um jeden Preis zu unterdrücken, war der Hof nichtsdestoweniger gezwungen, an die Volksklassen, die Bauern, Handwerker, Arbeiter, Bourgeois zu appellieren. Versprechen auf und einige Reformen waren vonnöten. So kamen die Halbe-Halbe-Reformen des Freiherrn vom Stein wie Hardenbergs zustande. Die Erbuntertänigkeit der Bauern wurde aufgehoben – die Frondienste aber nicht; den Städten Selbstverwaltungsorgane zugestanden – die sich ohne große Kompetenz auf die schmale Schicht der Besitzbürger beschränkten. Schon das war aber den preußischen Junkern zuviel und Stein mußte seinen Hut nehmen. General Yorck bemerkte dazu: „Ein unsinniger Kopf ist schon zertreten; das andere Natterngeschmeiß wird sich in seinem eigenen Gift selbst auflösen“.

Das andere Natterngeschmeiß waren Generäle wie Gneisenau. Dieser war bereits an der erfolgreichen Verteidigung Kolbergs gegen die napoleonischen Truppen beteiligt gewesen. Erfolgreich, weil sie durch eine Bürgermiliz durchgeführt und durch die Freischärlertruppe des Dragonerfähnrichs Schill sekundiert wurde. Diese operierte im Rücken des Feindes, wurde von den Einwohnern unterstützt, griff dessen Nachschub etc. an. Gneisenau trat in seinen „Denkschriften zum Volkswiderstand“ für die Organisierung des Kampfes gegen die napoleonische Besatzung und Fremdherrschaft als bewaffneten Kampf des ganzen Volkes ein, für die allgemeine Volksbewaffnung, die Bildung von Volksmilizen und Freischärlertruppen. Hardenberg in einer Denkschrift für die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften. Dies gedieh bis zum preußischen Landsturmedikt vom April 1813, aber soweit, roch der Hof den Braten: „Dem Volk zu erlauben, für sich selber zu kämpfen – ohne des Königs Kommando – das war zu antipreußisch. So wurde der Landsturm ausgesetzt, bis ihn der König aufrufen würde, was er niemals tat.“ (Engels) Zweifellos wäre so der erfolgreiche revolutionäre nationale Befreiungskrieg organisiert worden – aber bloß auf Kosten der Zerstörung der Herrschaft des Junkertums und seiner Waffe, der preußischen Armee.

Einer Yorcks begeisterter Biographen („Yorck – der Freiheitsheld“) beschreibt seine Gedanken: „rings um sich sah er neue Männer von Einfluß ihre Ideen verbreiten und Reformpläne aufstellen: Freiheit dem Bauer und dem Bürger. Kein Vorrecht mehr dem Adligen, dem Offizier!“. Diese Reformen machten „Flugsand aus dem mauerfest gefügtem Preußenvolk.“ Die festgefügten Mauern erzwang Yorck als berüchtigter Schinder seiner Soldaten, durch absoluten Kadavergehorsam und Drill. Der General Yorck horsam und Drill. Der General Yorck war sich nicht zu schade, vom Pferd abzusteigen und zu Fuß die angetretenen Mannschaften abzulaufen, um auf einem Gewehr einen Rostflecken zu entdecken. In seltenen Anfällen von Großmut und Leutseligkeit bedankte er sich nach dem Gefecht bei den Mannschaften, daß sie nicht die Chance genutzt und ihn umgelegt hatten.

Was Yorck, den „Freiheitshelden“ angeht, der abgeschnitten vom Königshof in einsamer Stunde den qualvollen Entschluß gefaßt hat, sich auf die Seite des Zaren zu schlagen, so wird angesichts der gemeinsamen Klasseninteressen der Entschluß so qualvoll nicht gewesen sein. Zweitens hat er sich bis zuletzt alle Möglichkeiten offengehalten, doch wieder zu Napoleons Armee überzuwechseln, falls das Blatt sich wende. Clausewitz, den Scheel genauso wie Gneisenau für die Traditionspflege nicht berücksichtigt hat, hat Yorck deswegen verspottet.

Preußen also an der Spitze der Befreiung Deutschlands von ausländischer Unterjochung? So hätten's manche Geschichtsbücher gern und auch Walter Scheel. Für Westberlin, dem seine besondere Fürsorge gilt, ist ja eine Preußenausstellung im Gespräch. So wahr es ist, daß sich gegen die napoleonische Besatzung mitsamt ihrem Plünderregiment der Volkswiderstand erhob und weite Teile des Landes ergriff, der nicht nur Napoleon verjagen, sondern gleichfalls mit dem Adel abrechnen wollte, so wahr ist erst recht, daß die Mächte Rußland, Preußen und Österreich die Furcht vor der Revolution zusammenbrachte. Im Ergebnis ihres Sieges über Napoleon sieht man es: nicht Befreiung der versklavten Völker und Nationen, Errichtung der modernen Demokratie, sondern Wiedereinsetzung der alten Fürstenherrlichkeit, Stärkung der alten Feudalmonarchien. Der Wiener Friedenskongreß 1814/1815 hatte bloß einen Zweck: das Rad der Geschichte möglichst weit hinter die Französische Revolution zurückzudrehen.

In Preußen gab es nach den schönen Worten des Hofes während des Feldzuges gegen Napoleon nach dem Sieg Hetzjagden auf die revolutionären Demokraten, Kugeln, Bajonette und Kerker gegen die ausgebeuteten Volksmassen. In Deutschland wurden alle Errungenschaften wieder rückgängig gemacht: die Bauernbefreiung aufgehoben, demokratische Rechte beseitigt, die Fürsten mitsamt Mätressen und Hofschranzen kehrten zurück und gebärdeten sich noch unverschämter. In der Armee wurde auch die Prügelstrafe wieder eingeführt.

Gleichzeitig schlossen die drei Siegermächte die „Heilige Allianz“ unter Beteiligung aller europäischen Fürsten, eine Verschwörung aller Despoten gegen ihre Völker mit dem einzigen Zweck, solche Vorkommnisse wie die Französische Revolution um jeden Preis zu verhindern. Vier Jahre nach Gründung der „Heiligen Allianz“ wurden gegen die revolutionäre Demokratie die „Karlsbader Beschlüsse“ gefaßt, eingeschlossen schärfster Pressezensur und Gründung einer Bundesbehörde „zur Unterdrückung der demagogischen Umtriebe.“

Soviel zum Verständnis des Bundespräsidenten über „Erziehung zur Frei- präsidenten über „Erziehung zur Frei- heit“ und Traditionspflege: als Vorbild den Preußengeneral Yorck, der feudalen Reaktion und dem preußischen Militarismus verpflichtet, Feind der Bauernbefreiung wie Volksbewaffnung, von absoluter „Loyalität“ dem König gegenüber wie dem Auftrag erfüllt, die preußische Armee zur Versklavung des eigenen Volkes wie der Unterwerfung anderer Völker einzusetzen. – (Z-Red.)

Harter Kampf um die Organisierung der Lohnabhängigen in der Bundeswehr

Bereits am 7. Mai 1957 hatte der Bundesvorstand des DGB aufgrund zahlreicher Anträge auf Gewerkschaftstagen und Bundeskongressen zur „Betreuung der Angehörigen der Deutschen Bundeswehr“ und der Organisierung der Wehrpflichtigen während des Bundeswehrdienstes folgende Richtlinien zur Mitgliedschaft in den Gewerkschaften veröffentlicht: „1. Zum Wehrdienst oder als Wehrdienstverweigerer zum Ersatzdienst einberufene Gewerkschaftsmitglieder können ihre Mitgliedschaft in ihrer bisherigen Gewerkschaft aufrechterhalten ... 2. Freiwillig länger dienende Angehörige der Deutschen Bundeswehr (Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten) können während ihrer Probezeit ihre bisherige Mitgliedschaft gegen satzungsgemäßen Beitrag fortsetzen. Nach Ablauf der Probezeit gehören sie zum Organisationsbereich der Gewerkschaft ÖTV. 3. Die bei der Bundeswehr beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten gehören in das Organisationsgebiet der Gewerkschaft ÖTV.“ Zwei Jahre später, auf dem 5. Bundeskongreß des DGB, wurden weitere Anträge zur Arbeit der Gewerkschaft in der Bundeswehr durchgesetzt. Der Bundesvorstand des DGB wurde beauftragt, für die Wehrpflichtigen in den Garnisonsstädten besondere Versammlungsräume, Büchereien etc. einzurichten und die Arbeit der Gewerkschaft unter den Wehrpflichtigen und den Zeitsoldaten zu verbessern.

Der Bundeswehrverband, der größte Verband der Bourgeoisie innerhalb der Bundeswehr, versuchte mit allen Mitteln die Durchsetzung dieser Entschließung der Gewerkschaften zu verhindern. Sein Ziel ist, die Lohnabhängigen in der Bundeswehr in „Kameradschaftstruppen“ unter Führung der Generäle und Oberste der Bourgeoisie von der Arbeiterklasse und den Volksmassen abzuspalten und die Kämpfe der Soldaten innerhalb der Armee zu unterdrücken, um zu gewährleisten, daß die Soldaten der Bundeswehr gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen eingesetzt werden können.

Heute zählt der Bundeswehrverband rund 180000 organisierte Zeitsoldaten. In der Gewerkschaft ÖTV sind rund 100000 Angehörigen der Bundeswehr organisiert neben den wehrpflichtigen Mitgliedern der verschiedenen Industriegewerkschaften. Dies Ergebnis des Kampfes um die Organisierung der Soldaten ist noch gering. Das ist der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung geschuldet.

Die Bewegung unter den Soldaten für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht und die zahlreichen Kämpfe gegen die Unterdrückung in den Kasernen zeigen, daß es der Bourgeoisie immer weniger gelingt, die Lohnabhängigen in der Armee von der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu spalten. Sie zeigen auch die anstehenden Aufgaben der Arbeiterbewegung, die Lohnabhängigen in der Bundeswehr für die Organisationen der Arbeiterklasse zu gewinnen und die Forderungen der Soldatenbewegung nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht auf den Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaft am 1. Mai zu erheben. – (Z-Red.)

erheben. – (Z-Red.)

Munsterprozeß: „Die Bundeswehr ist ein empfindliches Instrument (...)“

Neun Monate Gefängnis auf drei Jahre Bewährung und Geldstrafen gegen drei der Angeklagten, von 900 bis 1500 DM, hat der Staatsanwalt Müller in seinem Plädoyer gegen die fünf Mitglieder des SRK Munster gefordert. Das Plädoyer war die Fortsetzung der Linie, mit der dieser Prozeß von Anfang an von Gericht und Staatsanwaltschaft geplant war – ohne Nachweis konkreter Taten, die Mitgliedschaft im SRK wegen planmäßiger Einwirkung auf Soldaten zum Zwecke der Zersetzung, abzuurteilen. Die Bundeswehr sei ein empfindliches Instrument, da gibt es eben auch Mißstände, versuchte der Staatsanwalt den Zustand und den Charakter der Armee zu rechtfertigen.

Die Staatsschutzkammer hatte im bisherigen Prozeßverlauf immer wieder versucht, durch liberale Verhandlungsführung usw. den Eindruck zu erwecken, daß sie es so schlimm doch nicht wollen. Das war der Versuch zu verschleiern, daß es sich bei dieser Staatsschutzkammer (einzige im OLG-Bezirk Celle) um von der Bourgeoisie besonders ausgesuchte, abgebrühte Richter handelt, warum sitzen sie sonst in dieser Kammer.

Vier Beweisanträge zum Einsatz der Bundeswehr im Südlichen Afrika (Kap-Studie), zum Einsatz der Bundeswehr gegen die Volksmassen anhand von Manöverlagen, gegen die Unterdrückung der Soldaten durch Hungersold und Kasernierung und daß alle im „Funken“ berichteten Zustände in der Kaserne wahr sind, wurden als wahr unterstellt, weil sie für den Ausgang des Verfahrens unerheblich seien.

Der Antrag des Staatsanwalts muß jetzt zurückgewiesen werden, um den Druck auf das Landgericht Lüneburg erneut zu stärken. Das gemeinsame Plädoyer der Anwälte und Schlußworte der Angeklagten ist Freitag, 21.4. ab 9.00 Uhr.

Die Interventionsabsichten der Bundesregierung gegen das kämpfende Volk von Zimbabwe werden scheitern

Soldaten an Kanzler: Befreiungskampf hat Unterstützung

Oldenburg. Hindenburg-Kaserne. „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wie wir aus dem Fernsehen und der Presse entnehmen, planen Sie mit Ihrer Bundesregierung, gegen das Volk von Zimbabwe und seine Organisation, die Patriotische Front, vorzugehen. Dasselbe haben Sie offensichtlich im Libanon vor. Dort wollen Sie gegen den bewaffneten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes vorgehen. Wir Soldaten Ihrer Bundeswehr halten das für schlecht. Wir sind dagegen, daß die Völker im Nahen Osten und in Afrika so unterdrückt werden. Wir sind dafür, daß die Befreiungskämpfe unterstützt werden. Deshalb haben wir schon fleißig Geld gesammelt für die Ausrüstung einer ZANLA-Kompanie. Das werden wir auch weiter tun. Wenn Sie die Absicht haben sollten, auch Bundeswehrsoldaten nach Afrika oder Palästina zu schicken, so müssen wir Ihnen hiermit ganz offen erklären, daß wir dabei nicht mitmachen. Sehen Sie, das ist so: Wir Soldaten werden in der Bundeswehr unterdrückt, damit wir willenlos alles machen sollen, was die Regierung gerade vorhat. Das wollen wir aber nicht, weil wir erkannt haben, daß diese Regierung immer Dinge tut, die gegen die Völker der Welt und auch gegen uns gerichtet sind. Deshalb werden wir auch weiter mit unseren anderen Kameraden diskutieren darüber, wie man diese Bundeswehr bekämpft. Wir wollen Sie auffordern, sofort das beschlagnahmte ZANLA-Geld zurückzugeben und die PLO als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes sowie die ZANU als einzige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anzuerkennen. Außerdem wollen wir, daß Sie alle Maßnahmen gegen diese Völker in Zukunft unterlassen. Hochachtungsvoll.“ Von 36 Soldaten mit Namen, Dienstgrad und Einheit unterschrieben. Bisher wurden 25,50 DM gesammelt.

Gericht mußte Waldbühne für ZANU-Veranstaltung freigeben

Westberlin. „Täglich gehen Stapel von Briefen bei uns ein, in denen der Senat z.T. in eine Reihe mit Räubern gestellt wird.“ So beschwerte sich Oberregierungsrat Knappe, Bevollmächtigter des Senats in dem Prozeß, den der Bezirksverband Westberlin des KBW gegen den Westberliner Senat angestrengt hatte, um die Freigabe der Waldbühne für die Veranstaltung mit den Genossen der ZANU am 27.4. zu erzwingen. Der vorsitzende Richter des Verwaltungsgerichts beschwichtigte, bei ihm seien heute nur zwei Briefe eingegangen. Tatsächlich haben die Herren und Damen von Senat und Gericht zahlreiche Briefe aus Gewerkschaften, Fabriken, Büros, Krankenhäusern und Hochschulen erhalten, die auffordern, die Waldbühne für die Veranstaltung herauszurücken und die Patriotische Front anzuerkennen. Der Senat hatte abgelehnt mit Begründungen wie: Die Waldbühne sei zu repräsentativ für so etwas, der KBW sei sowieso verfassungsfeindlich und es sei zu erwarten, daß der



Senat auf der Veranstaltung beschimpft und beleidigt würde, außerdem gefährde der KBW in der ganzen Stadt wie auch auf dem Dienstgebäude des Senators für Jugend und Sport das Grundrecht des Eigentums durch Anbringen von Parolen für Zimbabwe. Der Prozeß war gut besucht, das Gericht mußte in einen großen Sitzungssaal umziehen. Nach über zweistündigen Verhandlungen, in denen die dumm-reaktionären Ausführungen des Senatsvertreters gebührend zerpflückt wurden, mußte das Gericht die Waldbühne freigeben. Die Genossen der ZANU werden also in der Waldbühne sprechen.

OPEC-Sonderfonds – Kredite an Länder der Dritten Welt

Zur Unterstützung des Baus einer 260 km langen Straße im Sudan wurde vom OPEC-Sonderfonds ein Kredit von 3,5 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. „Die Ziele des Fonds sind es, durch finanzielle Kooperation und Hilfen die wirtschaftliche Entwicklung und die internationale Solidarität der Dritten Welt zu fördern. Alle Entwicklungsländer mit ähnlicher Exportspezialisierung, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark von den Gegebenheiten ihres internationalen Handels abhängig sind, haben gemeinsame Ziele und Bestrebungen. Das Potential ihrer Solidarität erwächst genau aus dieser Ähnlichkeit der Probleme und Absichten" (Jahresbericht 1976). Bereits seit 1961 hatten Mitgliedsländer der OPEC Finanzhilfe nach dem Prinzip „von einem Entwicklungsland an andere Entwicklungsländer" bereitgestellt. Die Zahlungen, die zu bevorzugten Bedingungen an 63 Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika geleistet wurden, betrugen 1973 1,1 Mrd., 1974 3,5, Mrd. 1975 5,4 Mrd. und 1976 5,2 Mrd. Dollar. Im Januar 1976 wurde der OPEC-Sonderfonds gegründet, über den zinslose Kredite mit einer Laufzeit von 25 Jahren in Höhe von insgesamt 197 Millionen Dollar an 49 Länder der Dritten Welt zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz sowie weitere 800 Millionen Dollar zur Finanzierung von 42 Entwicklungsprojekten, wie den Bau von Bewässerungs- und Straßenbauvorhaben und Wasserkraftwerken, vergeben wurden. Anders verhält es sich mit den Krediten der Imperialisten. Die Maßnahmen der OPEC-Länder sind ein Schlag gegen die Umklammerung der Länder der Dritten Welt durch die Imperialisten.

Der US-Imperialismus will die libanesische Armee in seine Söldnertruppe verwandeln.

In der vergangenen Woche haben die US-Imperialisten fünf ihrer Militärberater in den Libanon geschickt, um mit der libanesischen Regierung über US-Hilfe beim Wiederaufbau der libanesischen Armee zu verhandeln. Bereits im vergangenen Jahr hatte Carter der libanesischen Regierung angeboten, für 100 Mio. Dollar Waffen und anderes militärisches Gerät zu liefern. Die Absichten, die die US-Imperialisten dabei verfolgen, sind durchsichtig: Carter liefert die Waffen, und die libanesische Armee soll sie gegen die palästinensiche Revolution führen. Mit den Militärberatern im Libanon wollen die US-Imperialisten sich den Boden für jederzeitige Intervention in den Libanon bereiten und sich die direkte Befehlsgewalt über die Libanesische Armee verschaffen. „Die libanesisch-amerikanischen Gespräche erhalten eine besondere Bedeutung im Licht der Tatsache, daß die Entsendung von 4000 libanesischen Soldaten, die den Kern der neuen Armee bilden, in den Südlibanon vorbereitet wird, um die Autorität der libanesischen Regierung dort auszuweiten – in Kooperation mit den UN-Truppen." (Financial Times, 5.4.78). Gleichzeitig haben Vertreter der reaktionären christlichen Streitkräfte im südlichen Libanon versucht, sich mit Führern der schiitischen Gemeinde zu treffen, um gegen die palästinensischen Streitkräfte zusammenzuarbeiten. Die Schiiten haben erklärt, daß sie nicht bereit seien, sich zu bewaffnen und gegen die palästinensischen Streitkräfte zu kämpfen, sofern sie in das Gebiet zurückkehren.

haben erklärt, daß sie nicht bereit seien, sich zu bewaffnen und gegen die palästinensischen Streitkräfte zu kämpfen, sofern sie in das Gebiet zurückkehren.

Wien: zentrale Demonstration gegen Energieprogramm

5000 Menschen aus allen Teilen Österreichs beteiligten sich am 9. April an einer zentralen Demonstration in Wien gegen das imperialistische Energieprogramm der österreichischen Bourgeoisie, zu der die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) aufgerufen hatte. Der Kommunistische Bund Österreichs hatte ebenfalls aufgerufen und für die Demonstration mobilisiert. Mit einer Parlamentsentscheidung, die ursprünglich für April vorgesehen war und angesichts des bevorstehenden 1. Mai jetzt auf Mitte Mai verlegt wurde, will die Kreisky-Regierung die Aufnahme des Probebetriebs des Kernkraftwerks Zwentendorf absichern. Dagegen erhob die Demonstration die Forderung „Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf – Volksabstimmung!", die als Aufschrift am Parlament angebracht wurde. Das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, „Klassenkampf", schreibt in einer Sondernummer: „Es haben sich noch nie so viele Arbeiter, Angestellte, aktive Gewerkschafter, Betriebsräte usw. beteiligt. Erstmals haben Teile von Belegschaften organisiert an einer Demonstration teilgenommen. Verschiedene Betriebsräte und Gewerkschaftsorgane hatten zur Demonstration aufgerufen. Teilgenommen hatten auch eine Reihe von Bauern aus dem Waldviertel, Weinviertel und dem Tullnerfeld. Es hat dort in den letzten Wochen eine Reihe von Veranstaltungen gegen das AKW-Programm der Regierung gegeben." Von den in Uniform teilnehmenden Soldaten wurde erklärt, daß sie sich niemals gegen das Volk zur Durchsetzung des Energieprogramms einsetzen lassen werden. Mit der Losung „Kein AKW in St. Pantaleon! Der Wettermast liegt heute schon" wurde der Bourgeoisie das Schicksal ihres Energieprogramms vor Augen geführt. Besagter Wettermast, der für vorbereitende Messungen für ein geplantes Kernkraftwerk in der Nähe von Linz aufgestellt wurde, wurde vor einem Monat zu Fall gebracht.

Das iranische Volk hat sich zum Kampf für die nationale Befreiung des Landes vom Imperialismus erhoben

Seit Monaten wird der Iran von anhaltenden Kämpfen der iranischen Volksmassen gegen das Regime des Schahs erschüttert. Am 19. Februar 1978 kam es im Iran zu den größten Massenaufständen seit Jahren. In der Stadt Täbriz im Nordwesten des Landes in der Provinz Aserbaidjan kam es zu großen Massendemonstrationen, denen sich alle Klassen und Schichten des Volkes anschlossen. Nach offiziellen Angaben der iranischen Regierung haben die Demonstrationen Aufstandscharakter angenommen, von dem nach letzten Meldungen bereits 25 Städte ergriffen worden sind. In Täbriz zerstörten die Volksmassen den Sitz der iranischen Einheitspartei „Rastachis", den Hauptsitz der iranischen Geheimpolizei Savak, Regierungsgebäude und Filialen der imperialistischen Banken. Große Einheiten der Polizei weigerten sich, das Feuer auf die Volksmassen zu eröffnen und schlossen sich den Demonstrationen an. Daraufhin mußte die iranische Regierung Spezialeinheiten der iranischen Armee einsetzen, die mit Panzern und Hubschraubern das Feuer auf die Massen eröffneten und über 2000 Menschen erschossen, darunter auch viele Polizisten. Über die Stadt Täbriz wurde der Belagerungszustand verhängt.

In der jüngsten Zeit hat die iranische Arbeiterklasse immer wieder Kämpfe gegen den elenden Lohn und die elenden Arbeitsbedingungen geführt. Es kam zu Streiks der Sanitäter und Feuerwehrleute, der Arbeiterinnen der Fischindustrie im Süden des Iran, der Beschäftigten der Iranischen National Versicherungsbank und der Beschäftigten des Post-, Telegramm- und Telefondienstes. Laut der Zeitung „Nachrichten für Außenhandel" vom 25.3.1978 sind die Lebenshaltungskosten im letzten Planjahr um 85% über das Niveau des ersten Planjahres gegangen. Gegenüber dem letzten Jahr vor dem Plan (1972/73) betrug der Anstieg gar 105%. Das Schah-Regime ist bei den iranischen Volksmassen verhaßt und wird von ihnen erbittert bekämpft, weil es die nationalen Interessen des Landes Stück für Stück der Raubgier der Imperialisten, allen voran der beiden Supermächte preisgegeben hat. Die zunehmende Ausplünderung der natürlichen Reichtümer des Irans durch den Imperialismus wendet die Lage der iranischen Volksmassen ins Unerträgliche.

Die vom Schah als Bestandteil der „Weißen Revolution" als großartig propagierte Landreform, mit der 1962 begonnen wurde, war nichts anderes als die Verwandlung des bisher feudalen Eigentums in bürgerliches Eigentum. In deren Folge wurden Hunderttausende von Bauern gewaltsam vom Land vertrieben und in freie Lohnarbeiter verwandelt, die als riesige industrielle Reservearmee der Ausbeutung durch die Imperialisten verfügbar wurden.

Mitglieder der königlichen Familie, ausländische Kapitalisten wie die Erdölgesellschaft Dutch-Shell haben riesige Ländereien an sich gerissen, in denen Hunderttausende von Landarbeitern und Tagelöhnern unter ihrem Kommando arbeiten. Der Teil der Landbevölkerung, der einige Hektar Land besitzt, wird zunehmend vom Großgrundbesitz ruiniert und mit Raten und Pachtsummen belegt, die er nicht zahlen kann. Über Kredite, die die Bauern zu Anschaffungen von landwirtschaftlichen Geräten aufnehmen mußten, werden die Bauern von den in- und ausländischen Banken ausgesaugt und bei Nichtzahlung mit hohen Versäumnisgebühren belegt oder ins Gefängnis geworfen. Die landlosen Bauern betreiben Viehzucht in sehr geringem Maße, aber auch dies wird ihnen durch die vom Ministerium für Naturschätze vorgenommenen Restriktionen unmöglich gemacht und soll die endgültige Vertreibung der Bauern vom Land besiegeln. Damit auf jedem Fleckchen Land der Boden für den Kapitalexport und Ausplünderung der Bodenschätze durch die Imperialisten bereitet werden kann, arbeitet die „National Iranian Oil Co." an der Anfertigung einer vollständigen mineralogischen Karte Irans, nach der sich die Imperialisten schon heute die Finger lecken.



Über den Bau von Maschinenfabriken und Eisenbahnen, den Aufbau von Kohlebergwerken, den Bau von Wasser- und Kernkraftwerken sind die Sozialimperialisten zu einem der größten Kapitalexporteure im Iran geworden, und ihre Investitionen im Iran rangieren mit an der Spitze aller ihrer Auslandsinvestitionen.

1965 kauften die Sozialimperialisten iranisches Gas für 6,65 Pfund Sterling pro 1000 Kubikmeter und verkauften es dann für 15 Pfund Sterling pro Kubikmeter an Österreich und die BRD weiter. Nach dem sowjetisch-iranischen Vertrag muß der Iran auch den Bau der Gasleitung vom Süden des Irans bis nach Astara im Norden (an der iranisch-sowjetischen Grenze) finanzieren. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 600 Millionen Pfund Sterling, die der Iran an die Sozialimperialisten im Laufe von 20 Jahren bei einem Zinssatz von 8% abzahlen muß. 1976 wurde ein Vertrag zwischen dem Iran, der BRD und den Sozialimperialisten geschlossen, nach dem der Iran 15 Milliarden Kubikmeter Gas an die Sozialimperialisten liefert, die davon 13 Milliarden Kubikmeter nach Frankreich, Österreich und in die BRD exportiert. Die Gesamtkosten dieses Projekts belaufen sich auf 2,5 Milliarden Dollar, die sämtlich der Iran tragen muß. Die Sozialimperialisten kassieren dabei riesige Summen an Transitgebühren und nutzen obendrein die vom Iran errichtete Gasleitung für den Transport des sibirischen Gases nach Europa.

Im April vergangenen Jahres wurden zwischen dem Iran und den westlichen Imperialisten zahlreiche Kaufverträge über den Kauf von Atomkraftwerken unterzeichnet. Der Vertrag mit den US-Imperialisten belief sich auf 7 Milliarden Dollar, mit der BRD und Frankreich auf 2 Milliarden Dollar. Zur Zeit werden von der BRD 2 Reaktoren von je 1200 Megawatt in der Nähe von Buschet gebaut. Bis 1990 wollen die Imperialisten im Iran 20 Reaktoren funktionsfähig erbaut haben.

Die US-Imperialisten haben mit dem Iran ein Abkommen geschlossen, wonach die Zahl der amerikanischen Militärberater schrittweise von 24000 auf 60000 erhöht werden wird, wofür der Schah pro Mann und Jahr 80000 Dollar Unterhalts- und Gehaltskosten bezahlen muß. Die US-Imperialisten wollen so den Iran in ihren militärischen Stützpunkt verwandeln, von dem aus sie jederzeit militärische Interventionen gegen die Völker im Nahen und Mittleren Osten einleiten können und ihre strategische Basis gegenüber dem Sozialimperialismus im Kampf um die Weltherrschaft weiter ausbauen können. Nach den Worten des Senatssprechers Robert C. Byrd „haben die Vereinigten Staaten seit 1972 Waffenlieferungen an den Iran im Wert von 18,2 Milliarden Dollar abgewickelt oder beschlossen". Der BRD-Imperialismus versucht, sich über die Lieferung von Versorgungsschiffen, Zulieferung von Motoren für Schiffseinheiten, den Bau einer Werftanlage für den zentralen Marinestützpunkt in Bándar Abbas durch die Blohm & Voss-Werftkapitalisten im Iran einzunisten. Auf die Versuche des Iran, der ein Mitglied der OPEC ist, der Ausbeutung des Landes durch den US-Imperialismus gewisse Schranken zu setzen, antwortete dieser mit verschärfter ökonomischer und politischer Erpressung gegen das Schah-Regime. Den ungeheuren Tribut an Blut und Schweiß, mit dem die iranischen Arbeiter- und Bauernmassen die zunehmende Auspowerung des Landes durch den Imperialismus bezahlen müssen, kann das Schah-Regime nur durch die brutale Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernmassen von ihnen abpressen. Das iranische Volk hat sich zum Kampf für die nationale Befreiung des Landes vom Imperialismus erhoben, mit dessen endgültiger Vertreibung auch das Schah-Regime über die Klinge springen wird. – (Z-Red.)

Iraks strategische Lage reizt die Imperialisten

Iraks strategische Lage reizt die Imperialisten

Herrschaftspläne der Supermächte über das Zweistromland am Arabischen Golf

Zur Unterstützung der palästinensischen Befreiungskämpfer im Südlibanon gegen die Aggression der zionistischen Truppen hat die Regierung des Irak Versorgungskonvois entsandt mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Munition. Die gerechten Interessen des palästinensischen Volkes haben bei den irakischen Volksmassen uneingeschränkte Unterstützung.

Ihre Grundlage hat diese Haltung in den Kämpfen des irakischen Volkes gegen den Imperialismus, vor allem der britischen Bourgeoisie, die sich nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg das ehemals zur Türkei gehörende Gebiet an den beiden Strömen Euphrat und Tigris als „Mandatsgebiet" angeeignet hatte. Die britischen Imperialisten stützten sich auf die alten Feudalklassen, die Großgrundbesitzer und Fürsten, und hievten einen Emir als Herrscher an die Macht. Die Masse der armen, landlosen Bauern, die zahlreichen Nomadenstämme aus den Wüstengebieten im Westen des Landes und die kleinen Handwerker wurden blutig unterdrückt und ausgepreßt. 1958 haben sich die Volksmassen unter Führung der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei erhoben und im revolutionären Kampf die Monarchie hinweggefegt. Seither sind mehrere entscheidende Maßnahmen getroffen worden, die die Lage der Massen im Irak gebessert haben. Durch eine Landreform wurde den Bauern die Existenzgrundlage zurückgegeben, die gesamte Schlüsselindustrie und die Banken sind verstaatlicht, die ausländischen Ölkonzerne wurden 1972 enteignet.

Irak ist eines der Gründungsmitglieder der OPEC und hat stets entschieden den Zusammenschluß der erdölproduzierenden Länder unterstützt. Obwohl Irak über große Erdölvorkommen verfügt, soll die Produktion nach dem gültigen Fünfjahresplan 1976–80 auf 180 bis 200 Mio. t pro Tag gesteigert werden, aber nicht darüber hinaus, um die Nutzung der Ölreserven für den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft zu sichern.

Der Imperialismus hat unzählige Verbrechen gegen die Völker des Nahen und Mittleren Ostens begangen, sein Streben nach Weltherrschaft hat diesen Teil der Erde zu einem Zentrum des Konkurrenzkampfes der beiden Supermächte gemacht. Der US-Imperialismus ist bei den irakischen Volksmassen verhaßt und entlarvt, seit das zionistische Regime existiert. Dennoch geben die US-Imperialisten ihre Versuche der Einmischung nicht auf. Sie setzen auf die Widersprüche zwischen den verschiedenen Völkern am Arabischen Golf, die strittigen Grenzfragen als Hinterlassenschaft des Kolonialismus ausnutzen zu können für ihre Unterwerfungspläne. In der Nordregion des Irak führt das kurdische Volk seit Jahrzehnten einen Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Die Regierung des Irak hat inzwischen ihre Bereitschaft erklärt, die Autonomie der Region anzuerkennen, was auch lösbar ist in einem Staat, in dem das Volk die Lösung der Widersprüche selbst in die Hand nehmen kann. Zur Verhinderung einer Einigung haben die US-Imperialisten Waffen an die kurdischen Kämpfer geliefert und dabei gierige Blicke auf die Ölreichtümer in dieser Region geworfen.

Die Sozialimperialisten wissen genauso um die strategische Bedeutung der ölproduzierenden Staaten am Arabischen Golf. Unter dem Lügengebäude der „sozialistischen Bruderhilfe für das irakische Volk" haben sie sich in über 100 Industrieprojekten eingenistet, z.B. im Rahmen des Aufbaus der Produktionsanlagen auf dem staatlichen Ölfeld Rumaila, und verlangen als „Gegenleistung", wie es nicht anders sein kann: *Erdöl*. Und das, obwohl sie selber über reichhaltigste Quellen verfügen. Die Aussaugung der Reichtümer des Irak ist ihnen weitaus „rentabler". Kein Wunder, daß sie bei ihrem Spaltungsmanöver gegen die OPEC im letzten Jahr gegen Saudi-Arabien hetzten, das den Ölpreis nicht erhöhen wollte. Saudi-Arabien wird als „Spalter" der OPEC-Staaten angegriffen und vom Irak isoliert, der *für* die Erhöhung eintrat. Dabei spekulierten die Sozialimperialisten darauf, über eine Erhöhung ihren eigenen Extraprofit einzusacken, indem sie das irakische Öl zu überhöhten Preisen an die Staaten des RGW weiterverkaufen und zudem auf dem Weltmarkt mit ihren eigenen Ölexporten spekulieren wollten.

Irak ist eines der Länder mit dem heißesten Klima der Erde: Im Sommer sind 55 Grad im Schatten keine Ausnahme. Die Wasserversorgung ist daher eines der größten Probleme für die Landwirtschaft, was noch dadurch verschärft wird, daß die beiden Flüsse Euphrat und Tigris im Herbst kaum Wasser führen, wenn es am nötigsten gebraucht wird, im Frühjahr dagegen Überschwemmungen drohen, wenn die Flüsse wegen der Schneeschmelze in den Hochebenen Anatoliens (Türkei) und des Iran über die Ufer zu treten drohen. Die Lösung sind Staudämme. Die Sozialimperialisten haben solche Staudammprojekte am Lauf des Euphrat „gefördert", und zwar so, daß sich daraus ein stetiger Punkt der Auseinandersetzung zwischen dem Irak und dem im Nordwesten angrenzenden Syrien entwickelt hat. Am Oberlauf des Euphrat in Syrien haben sie einen solchen Staudamm gebaut, so daß dem Irak riesige Wassermengen entzogen sind und die Dattelkulturen im Irak von Dürre bedroht sind, woran auch ein weiterer Staudamm am Unterlauf des Euphrat im Irak kaum noch etwas bessern kann. Da es zudem politische Widersprüche zwischen den beiden arabischen Staaten Syrien und Irak über die Einschätzung der Politik des ägyptischen Präsidenten Sadat gegenüber dem zionistischen Siedlerregime gibt, scheuen sich die Sozialimperialisten nicht, diese Widersprüche zu schüren und durch Waffenlieferungen an beide Länder gleichzeitig zu verschärfen. Die gesamte irakische Armee ist mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, 8000 „Berater" haben die SU-Imperialisten gleich mitgeliefert.

Einige Ausgaben früher findet man in der gleichen Zeitschrift den Hinweis: „Geringe Fortschritte erzielten die sowjetischen Bemühungen um Erlangung von Stützpunktrechten im Irak. Zwar wurden in Um Quasr (Hafenstadt am Arabischen Golf, d. Red.) Hafenrechte zuerkannt, jedoch der Ausbau von zugesicherten Luftstützpunkten nicht eingeleitet. Die strategische Position Um Quasrs im Innersten des Persischen Golfes ist jedoch ohne direkte Luftsicherung unbedeutend." – (Z-Red.)

Neues Budget der britischen Regierung

Flankensicherung für den Angriff auf den Lohn

Die britische Regierung hat in der letzten Woche ihr Budget vorgelegt. Die bürgerliche Presse hat ein großes Geschrei darum gemacht und die Verlesung der Budgetrede zum „mit Spannung erwarteten nationalen Ereignis“ zu machen gesucht. Im Budget werden Steuerhöhe, Staatsanleihen usw., also die Beschaffung der Mittel für die unterdrückerische Tätigkeit des bürgerlichen Staatsapparats festgelegt. 2,1 Milliarden Pfund, über 8 Milliarden Mark, würden die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen im Finanzjahr ab April 1978 sparen. Die Einkommenssteuern würden gesenkt, Kindergeld und Renten erhöht, und – als Gipfelpunkt der Großzügigkeit – sowohl die Preise für Schulmahlzeiten wie die indirekten Steuern diesmal nicht erhöht. Bis auf die höhere Besteuerung starker Zigaretten, aus „Gesundheitsgründen“.

Im Finanzjahr 1977/78 hat der Staatsapparat der britischen Bourgeoisie den Massen 20,65 Milliarden Einkommenssteuer genommen. Die Steigerung zum Jahr zuvor betrug 3,04 Milliarden oder 17,3%. In der gleichen Zeit stiegen die an den Staatsapparat abgeführten Beiträge für die staatliche Gesundheitsversicherung um 15%. Insgesamt stiegen die Abzüge – Steuern und Versicherung zusammen – um *16,5%*. Die Bruttolöhne in der gleichen Zeit durchschnittlich um *9,8%*. Die Steuern steigen also wesentlich schneller als die Lohnsumme. Die auch in das Lohnsteuersystem der britischen Imperialisten eingebaute Progressionsfalle funktioniert.

Im neuen Finanzjahr, haben die britischen Imperialisten ausrechnen lassen, hätte diese Einrichtung ihnen eine Steigerung der Summe aus der Einkommenssteuer auf 25,9 Milliarden oder um *25,3%* gebracht. Und das bei einer mit *höchstens* 8 bis 10 Prozent gesteigerten Lohnsumme, nach der Planung der Imperialisten. Die gesamten „Erleichterungen“ der Regierung bestehen darin, daß der imperialistische Staatsapparat sich mit einer Steigerung der Ausplünderung auf 23,69 Milliarden oder *14,7%* „begnügt“.

Dabei ist die langfristige Wirkung der Maßnahmen unbeachtet. Bekannt sind die Steuerreformen der westdeutschen Imperialisten, die nach kurzfristigem Nicht-so-schnell-Steigen der Steuern über den Zeitraum von ein oder zwei Jahren verstärkte Progression, neue Spaltungslinien im Lohnkampf und insgesamt höhere Zahlungen bedeuteten.

Die jetzt beschlossenen Änderungen werden aber in diesem Jahr dazu führen, daß die britischen Arbeiter weniger Steuern zahlen, als sie andernfalls hätten zahlen müssen. Woher diese Großzügigkeit der britischen Bourgeoisie?

Schatzkanzler Healey erläutert den Zweck. „Zwei Dinge sind klar: Der Schlüssel für Wachstum und hohe Beschäftigungszahlen muß in einer Verbesserung unserer industriellen Leistung liegen.“ Diese Verbesserung der „industriellen Leistung“ soll der geplanten Exportoffensive der britischen Imperialisten nützen, weshalb „wir sicherstellen (müssen), daß die Produkte unserer Industrie konkurrenzfähig sind in Lieferung, Design, Preis“. Vor allem das letztere: „Wir müssen uns darauf konzentrieren, im Preis konkurrenzfähig zu werden.“ Er kündigt an, daß „wir“ (die Regierung) „jetzt der Industrie Vorrang geben, auf allen Ebenen der Regierungspolitik, zum Beispiel in der Erziehung und der örtlichen Planung“. Das ist zwar nichts Neues, nützlich ist es aber doch, wenn ein Labour-Minister dies so deutlich ausspricht. Das erläutert auch die Hauptsache des ganzen Steuersenkungsluftballons: „Ich bin der Ansicht, daß ich mit dem Mittel von Steuerkürzungen zur Steigerung des tatsächlichen Werts der Löhne im nächsten Jahr eine weitere Mäßigung in Lohnabschlüssen und einen kontinuierlichen Fall der Inflationsrate unterstütze.“

Darum geht's ihnen, um die „weitere Mäßigung in Lohnabschlüssen“. Selbst nach Angaben der britischen Regierung ist der Reallohn während der letzten Jahre seit 1970 *gefallen*, von 1976 auf 1977 z.B. um 1,2%. Die weitere Senkung des Reallohns ist erklärtes Ziel der „Steuersenkungen“.

Die Lohnleitlinie von 10% für 1977/78 wurde nur äußerst knapp von den Kapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokratie in Regierung und den Gewerkschaftsführungen in den Hauptbereichen der Industrie und des öffentlichen Dienstes durchgesetzt. Der Feuerwehrleutestreik hatte sie an den Rand der Niederlage getrieben. Mehrere Teile der Arbeiterbewegung, z.B. die Lkw-Fahrer, haben Abschlüsse wesentlich über der Leitlinie erstreikt. Und auch der Sieg der Kapitalistenklasse im Feuerwehrleutestreik und die folgende Demoralisierung haben die Moral der Arbeiterklasse nicht *gebrochen*, wie es die Bourgeoisblätter zunächst voller Triumph hinaustrompeteten. In vielen einzelnen Streiks wird die Front gegen die Lohnsenkung und die im Gefolge der Lohnsenkung erzwungene „freiwillige“ Zustimmung zu Rationalisierungsabkommen aufgebaut. Zum Zeitpunkt des Budgets sind die Tarifkämpfe, wo die Arbeiter laut Lohnleitlinie der Regierung nicht mehr als 10% erkämpfen dürfen, noch nicht vorbei. Mitte März waren die Tarifverträge von zwei Drittel aller Beschäftigten noch nicht abgeschlossen. In der *nächsten* Phase will die Kapitalistenklasse eine Lohnleitlinie von *5 bis 7%* durchsetzen. Um die Arbeiter dafür als Schlachtopfer zu ködern, haben sie ihre Regierung mit Steuersenkungen hausieren gehen lassen.

Es gibt bereits starke Zweifel in der herrschenden Klasse, ob das funktioniert. Denn in den Gewerkschaften mehren sich die Beschlüsse gegen jede Zustimmung zu irgendwelchen Lohnleitlinien. Die Sozialdemokraten in den Führungen der großen Gewerkschaften haben Leitlinien für den nächsten Tarifkampf abgelehnt. Daraus spricht die Furcht, sie diesmal nicht nur in Teilen, sondern in der ganzen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr durchsetzen zu können.

Nach der Verkündung des Budgets sanken die Kurse der Londoner Börse rapide. Ursache waren, nach fachkundiger Auskunft eines Rundfunkkommentators, die vorhandenen erheblichen Zweifel, ob die Regierung die angekündigten niedrigen Lohnerhöhungen wirklich durchsetzen könne. – (Korrespondentenbericht London)

Italienischer Staatsanwalt schlägt Folter vor

Der Mailänder Staatsanwalt Pomarici hat einen Vorschlag gemacht, wie dem angeblichen Führer der „Roten Brigaden“ Renato Curcio, den die Bourgeoisie zur Zeit in Turin vor Gericht gestellt hat, der Aufenthaltsort Moros entlockt werden könnte. Als probates Mittel hat der Herr Staatsanwalt das „Wahrheitsserum“ Pentothal angeregt.

Pentothal ist ein Narkosemittel, mit dem Menschen bei passender Dosierung längere Zeit in einem Zustand zwischen Wachen und Tiefschlaf gehalten werden können, einem Zustand, in dem die Widerstandsfähigkeit eines Menschen vollständig gebrochen werden kann. Gefangenen sollen so Aussagen abzupressen sein, die sie sonst niemals gemacht hätten. Anwendung solcher Verhörmethoden ist Folter, und aus den Folterkellern z.B. der chilenischen Junta stammen die Erfahrungen mit Pentothal „in der polizeilichen Praxis“.

Pomarici ist berühmt geworden, als er – zur hellen Begeisterung vor allem der Revisionisten – verschiedenen Bourgeoisfamilien, deren Sprößlinge oder Familienhäupter entführt worden waren, die Bankkonten sperren ließ, um Lösegeldzahlungen zu verhindern. Auch jetzt will er an juristischem Sachverstand nicht zurückstehen hinter der Höhe der medizinischen Forschung, die derlei Foltermittel entwickelt. „Abstrakt“ wäre die Applizierung von Pentothal zwar selbst ein Straftatbestand, aber „in diesem Fall gerechtfertigt“, weil unternommen, „um den Abgeordneten Moro aus der Gefahr zu retten, schweren Schaden an seiner Person zu nehmen“. (CdS, 7.4.) So ins Detail hatte bislang noch nicht einmal der Dr. Ernst Albrecht seine „staatsphilosophischen Betrachtungen“ über den Nutzen der Folter vorangetrieben.

Anfang April hat die Polizei in Rom
Anfang April hat die Polizei in Rom
zum ersten Mal das nach Moros Entführung erlassene Sonderdekret – in Verbindung mit einem schon seit 1941 einschlägig „bewährten“ Gesetz – angewandt, um massenhaft Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. In Rom wurden allein 223 Wohnungen durchsucht, 129 wurden festgenommen, 41 in Untersuchungshaft gesperrt. Obwohl die Aktion Tage zuvor geplant worden war, wurden in keinem Fall richterliche Durchsuchungs- oder Haftbefehle vorgelegt – die sind nach dem neuen Dekret überflüssig. Noch in der gleichen Woche wurden die ersten Urteile gegen die Verhafteten gefällt: zwischen vier und sechs Monaten wegen unerlaubten Waffenbesitzes. Die „Waffen“ waren alte Leuchtpistolen und ein Luftgewehr.

Als sich die Anwesenheit von Beamten des westdeutschen BKA in Rom nicht mehr verheimlichen ließ, wurde behauptet, eigentlich seien sie nur da, um nach Wiesbaden „eine Standleitung zum BKA-Computer zu schalten“. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der italienische Innenminister am vorletzten Samstag direkt nach Erhalt eines neuen Bittbriefs von Moro in die Schweiz geflogen ist, um dort mit Maihofer, dem österreichischen und dem Schweizer Innernminister zusammenzutreffen. Bemerkenswert ist schon die umstandslose Einbeziehung der „neutralen“ Staaten Österreich und Schweiz in diese Versicherung gegen die Revolution, die die Europäische Gemeinschaft auch darstellt. Künftig sollen derartige Treffen wöchentlich stattfinden, ist hinterher erklärt worden, und zum nächsten Treffen in diesen Tagen will Maihofer den Herold selbst mitnehmen, um bei der Überprüfung der italienischen Lage gleich mehr ins Detail zu gehen.

Die Welle der Reaktion, die die italienische Finanzbourgeoisie gegenwärtig ins Werk zu setzen sucht und auf die die ausländischen Imperialisten drängen, stößt immer heftiger auf den Widerstand der Arbeiterklasse. Nachdem es den bürgerlichen Politikern gelungen war, nach Moros Entführung einen Generalstreik „für die Republik“ zu inszenieren, dachten sie, leichtes Spiel bei der Spaltung der Arbeiter zu haben. Schon wenige Tage später traten die meisten Großbetriebe Mailands in den Generalstreik aus Anlaß der Beerdigung zweier von den Faschisten ermorderter Jugendlicher. 100000 nahmen selbst an dem Trauerzug teil. Die Gewerkschaftsführer hatten den Streik nach Kräften zu verhindern versucht. In der Wochenzeitung der CISL (früher katholischen Gewerkschaft) von Piemont hat vor kurzem deren Regionalsekretär Avonto gegen die reaktionäre Politik der Revisionisten Stellung genommen. Gegen die Parolen von der „Verteidigung der Republik“ stellt er fest, daß „die Beziehung zwischen den Arbeiter- und Volksmassen und den Institutionen in Italien niemals eine friedliche und tolerante Sache gewesen ist“. Ausdrücklich wendet er sich gegen die neu erlassenen reaktionären Gesetze und gegen den Vorschlag der Revisionisten, in den Betrieben gegen den Terrorismus „Sonderkomitees und -vertrauensleute“ einzurichten, um die gewählten Vertretungskörper der Belegschaften zu unterhöhlen und die Arbeiter zu überwachen. – (Z-Red.)

Die französischen Imperialisten halten an ihren kolonialen Besitztümern fest

Nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg hat der französische Imperialismus vor allem in den 50er und 60er Jahren entscheidende Schläge erhalten. Durch die Befreiungskämpfe der Völker in Nord- und Zentralafrika sowie in Indochina ist der einstmals riesige Kolonialbesitz der französischen Imperialisten auf wenige, zumeist in Übersee gelegene Inselgebiete reduziert worden. Das hindert die Ausbeuter nicht daran, erneut Weltherrschaftspläne zu schmieden. Präsident Giscard d'Estaing hat in dieser Hinsicht konkrete Absichten geäußert. Als „Großmacht zweiter Ordnung“ habe Frankreich auch „außereuropäische Verpflichtungen“. Dazu zählt er
„– die maritimen Zugänge zum Mutterland
– überseeische Départements und Territorien
– die mit Frankreich verbundenen Staaten des ehemaligen Kolonialreichs, speziell in Afrika
– die historisch gewachsenen französischen Interessen gegenüber den afrikanischen Mittelmeerländern und darüberhinaus den arabischen Ländern überhaupt“. (Aus: Wehrwissenschaftliche Rundschau Nr. 2/1978)

Um diesen imperialistischen „Verpflichtungen“ nachzukommen, die zweifellos Weltmaßstab haben, befinden sich seit 1976 im Indischen Ozean am Ausgang des Persischen Golfes 18 Einheiten, davon 12 Kriegsschiffe, der französischen Flotte, und der „Ausbau“ der Präsenz in diesem Raum wird fortgesetzt. Die Flottenverbände, die die Sicherheit der Ölströme nach Westeuropa garantieren sollen gegen die sozialimperialistische Flottenkonzentration am Persischen Golf, operieren von der Insel La Réunion aus, einem der „überseeischen Départements“ des französischen Imperialismus.

Die meisten der heute noch bestehenden Überseebesitzungen sind Eroberungen der französischen Kriegs- und Handelsflotten im 17. bis 19. Jahrhundert.

Neben La Réunion gehören dazu die Kleinen Antillen Guadaloupe und Martinique sowie Französisch Guayana im Nordosten Südamerikas, die Inselgruppe Neu-Kaledonien, Wallis und Futuna im Südosten von Neuseeland, die Inselgruppe Französisch Polynesien im westlichen Pazifik, die Insel St.-Pierre-et-Miquelon vor der kanadischen Küste und schließlich die unbewohnten Inseln St. Paul, Kerguelen, Crozet zusammen mit Adélie-Land auf dem antarktischen Festland.

1,8 Mio. Menschen bewohnen diese Inseln. 22000 Truppen der französischen Imperialisten sind dort stationiert als „überseeische Kommandos“. Dazu kommt eine im Mutterland stationierte sogenannte „strategische Reserve“ von einer Luftlandedivision mit zwei Brigaden und eine luftverladbare Infanteriedivision. Ihre Ausrüstung: 130 Schützenpanzer, 56 Hubschrauber, 9 Fregattten, 2 Schnellboote, 21 Kampf- und 26 Transportflugzeugen.

Die sogenannte „Unabhängigkeit“ der Kolonien besteht in einer leeren Phrase bzw. in dem „Recht“ der Bevölkerung, Abgeordnete in das Parlament in Paris zu wählen, womit sich die französischen Imperialisten die Aussaugung der natürlichen Rohstoffreichtümer und die Auspressung der Arbeitskräfte auf diesen Inseln legitimieren lassen. Durch einen Gouverneur sichern sie sich die Unterdrükkung der einheimischen Massen.



Das Weltbild der französischen Imperialisten: Frankreich als „Großmacht zweiter Ordnung“

Als französische Départements (Verwaltungseinheiten) sind die Kolonialbesitztümer gleichzeitig Bestandteil der EG. Die französischen Imperialisten nutzen ihre Überseegebiete nicht nur als militärische Stützpunkte und Vorwand für ihre permanente militärische Präsenz auf den Weltmeeren, sondern auch als billige Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären. Letzteres gewinnt für sie gegenwärtig an Bedeutung, weil die Überproduktion von Kapital als Ausdruck der kapitalistischen Krise nach neuen „Anlagemöglichkeiten“ drängt.

Eine Kommission des französischen Außenhandelsministeriums hat im letzten Herbst Guadaloupe, Martinique und Guayana inspiziert. Aus dem EG-Regionalfonds sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden. „Die europäische Unterstützung für diese überseeischen Départments dürfte bessere Bedingungen schaffen für ausländische Investitionen.“ (Nachrichten für Außenhandel Nr. 240/77) Damen- und Herrenoberbekleidung, Wirkwaren, Leder und Häute, Möbel, Spielzeuge und Parfum – das seien die potentiellen Absatzmärkte. Die landwirtschaftliche Produktion, die auf diesen Inseln vorherrschend ist, ist von den Imperialisten ruiniert worden und ständig rückläufig. Die Nahrung für die einheimische Bevölkerung muß aus Frankreich, USA und anderen westeuropäischen Staaten zu hohen Preisen importiert werden. Durch Monokulturanbau von Zuckerrohr und Bananen auf großen Plantagen der französischen Kolonialherren haben sie den Boden ausgelaugt und die einheimischen Arbeitskräfte für Spottgeld ausgebeutet, um sie dann zunehmend freizusetzen. In Guadaloupe ist die Arbeitslosigkeit extrem hoch. Alles, was an Zuckerrohr angebaut wird, wird für die Rumdestillation verbraucht und dann exportiert. Überhaupt ist der Rum bei nahezu allen dieser Inseln das Hauptexportgut, außer bei Neu-Kaledonien, das als „Nickel-Insel“ bekannt ist. Inzwischen sind dort weitere Erzvorkommen erkundet worden: Mangan, Chrom, Blei, Kupfer, Eisen und Kobalt.

Polynesien soll durch Fremdenverkehr „belebt“ werden. Durch den Aufbau einer Nahrungs- und Genußmittelindustrie wollen die französischen Imperialisten die Voraussetzungen für ein einträgliches Geschäft schaffen. Der Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft, insbesondere die Förderung der grundlegenden Landwirtschaft, wird bewußt unterdrückt.

Die im südlichen Indischen Ozean gelegenen unbewohnten Inseln und die antarktischen Besitzungen dienen „wissenschaftlichen Zwecken“, die vermuteten Rohstoffvorkommen der Antarktis haben die französischen Imperialisten „vorausschauend“ durch Stützpunkte auf unbewohnten Inseln unter den „Schutz“ ihrer Flottenverbände genommen.

Um so deutlicher bekommen sie von der Bevölkerung ihrer Kolonialbesitztümer, wie klein oder groß sie auch sein möge, die unmißverständliche Forderung nach sofortiger vollständiger Autonomie und Selbstbestimmung zu hören. – (Z-Red.)

„Die Macht Rußlands wird Sibirien mehren“

(Michail Lomonossow, Physiker zur Zeit des Zaren Peter der Große)

Anfang April führte Leonid Breschnew eine zehntägige Sibirienreise durch. Es war eine Inspektionsreise zur Besichtigung der Trümmer des großmannssüchtigen Sibirienplanes der revisionistischen Machthaber. Die Stationen der Breschnew-Reise decken sich exakt mit den Industriekomplexen, deren Inbetriebnahme seit Jahren geplant bzw. überfällig ist. Seine Reiseroute verlief über das Erdöl- und Erdgasgebiet Tjumen in Westsibirien, über die Industriekomplexe Omsk, Nowosibirsk, Krasnojarsk, Irkutsk, Tschita, Chabarowsk nach Wladiwostok. Bei einer abschließenden Beratung mit KPdSU-Funktionären in Wladiwostok drohte er, „daß die termingerechte Fertigstellung von Betrieben und Bauobjekten von erstrangiger Bedeutung ist. Wer gegen entsprechende Beschlüsse der Partei verstoße, müsse ernsthaft zur Rede gestellt werden.“ (Neues Deutschland, 7.4.78) Als Begleitmusik ließ er auf den jeweiligen Etappen Manöver durchführen, als Reisebegleiter hatte er sich den Verteidigungsminister Ustinow und den Seekriegsflottenadmiral Gorschkow auserwählt. Er selbst rasselte lautstark mit dem Säbel. Vor den Soldaten erklärte er: „Ihr steht auf Wacht für die friedliche Arbeit der sowjetischen Menschen.“ Das war Drohung gegen die sowjetische Arbeiterklasse wie auch der Versuch, von den inneren Schwierigkeiten sozialchauvinistisch abzulenken und die Volksrepublik China einzuschüchtern.

Bei seinem Aufenthalt in Tjumen „unterstrich (Breschnew) ... daß es gelte, den Zeitplan einzuhalten und eine Reihe technischer und Transportprobleme zu lösen“. Das Problem der Sozialimperialisten ist, daß ihre groß angelegten Pläne zur Erschließung Sibiriens zu einem Scherbenhaufen werden. Mit der Erschließung Sibiriens hatten sie gehofft, ihre ökonomische Basis gewaltig auszudehnen und so ihre Position auf dem Weltmarkt entscheidend zu stärken. „Sibirien ist der Zukunftsschatz der RSFSR und der ganzen Sowjetunion. Dort finden sich die bedeutendsten Rohstoffvorräte der UdSSR und 80% des anbaufähigen Bodens.“ Diesen Schatz zu erforschen, gründeten die Sowjetrevisionisten 1957 die Sibirische Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Sie hat die Aufgabe, die Rohstoffvorkommen in Sibirien zu ergründen und die Bedingungen zu erforschen, wie die sowjetischen Arbeiter dort am profitträchtigsten ausgebeutet werden können.

Sibirien ist tatsächlich reich an Rohstoffen. Dort lagern 90% der Kohle- und Buntmetallvorräte der UdSSR, ein Drittel des gesamten Erdöls und Erdgases wird allein im Gebiet Tjumen gefördert, Sibirien verfügt über 80% der Wasserressourcen der Sowjetunion und über riesige Wälder. Große Teile dieses Gebietes, das größer ist als ganz Europa, sind noch weitgehend unerforscht.

„Viele von uns erinnern sich noch an die wahrhaft unvergeßliche Zeit der dreißiger Jahre, als die wirtschaftliche Erschließung des Fernen Ostens zu einer Sache des ganzen Volkes, zu einer der wichtigsten Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus wurde“, erklärte Breschnew bei seinem Besuch in Komsomolsk am Amur, einer Stadt in der Nähe des Pazifiks, die 1932 vom Leninschen Komsomol erbaut wurde. Haßerfüllt erinnert sich Breschnew daran. Damals hatte die Arbeiterklasse die Macht und ging schwungvoll daran, sich das Land für den Aufbau des Sozialismus nutzbar zu machen. Die sowjetische Arbeiterklasse hat es auch verstanden, zur Verteidigung der sozialistischen Heimat in der Vorbereitung auf die imperialistische Aggression der deutschen Bourgeoisie 1940/41 innerhalb weniger Monate ganze Industriezweige aus Europa hinter den Ural zu verlegen und sofort mit der Produktion fortzufahren. Für die imperialistischen Pläne der neuen Bourgeoisie allerdings läßt sich die sowjetische Arbeiterklasse nicht mobilisieren.

Das Sibirien-Programm der revisionistischen Machthaber in der UdSSR geht mittlerweile ins zweite Jahrzehnt. Auf dem 23. Parteitag der KPdSU wurde das Planungsprogramm zur Erschließung Sibiriens beschlossen. Um die dem Profit abträglichen Transportkosten zu senken, wurde an die Verlagerung ganzer Produktionszweige aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Sibirien gegangen. Basierend auf den Erdöl-, Erdgas- und Wasservorkommen wurden metall- und holzverarbeitende und chemische Anlagen projektiert. „In diesem Komplex von Fragen, deren Untersuchung zur effektiven Entwicklung der Produktivkräfte Sibiriens beitragen wird, sind sozialökonomische Probleme von besonderer Bedeutung, insbesondere Probleme mit der Beschaffung, der Mobilität und dem Einsatz von Arbeitskräften, vor allem der Jugendlichen.“ Das Problem der Beschaffung von Arbeitskräften lösten die Sozialimperialisten so, daß sie mittels Einführung von Prämiensystemen wie dem Stschokino-System die Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken immens verschärften und so Millionenmassen von Arbeitern freisetzten. Wollten sie nicht elendig verhungern, wurden sie „mobil gemacht“, ihrem „Recht auf Arbeit“ in Sibirien nachzugehen. Jugendliche Arbeitskräfte werden über den Komsomol direkt nach Sibirien zwangsverpflichtet. „Der Zuzug in die zu erschließenden Gebiete Sibiriens von Menschen, die hier die Arbeit aufnehmen wollen, ist als ein anschaulicher Beweis des hohen Patriotismus der Werktätigen, als ein Ausdruck ihres Enthusiasmus beim Aufbau des Kommunismus zu werten“ äußert sich zynisch die „Ekonomitscheskija Nauki“ und fährt fort: „Das schließt jedoch nicht die Anwendung eines bestimmten Systems von Vergünstigungen aus ... Eine einmalige Maßnahme ist die Gewährung von Wohnraum.“ Das ist wahrhaft generös. Bei Temperaturen bis zu 60 Grad Kälte werden die Arbeiter in Baracken gepfercht. Die „Sorge um den Menschen der Arbeit“ beweisen die Sozialimperialisten auch durch die zahlreich errichteten „Arbeitersiedlungen“. Nichts als riesige Arbeitslager sind das. Aus der gleichen Sorge heraus wird das Lohnsystem auch hier nach dem System der „materiellen Stimuli“ angewandt, so daß wiederum Tausende von Arbeitern freigesetzt werden. Das fördert die Mobilität und schließlich ist Sibirien nördlich des Polarkreises noch weitgehend unerschlossen. „Die Zaren betrachteten dieses reiche Land in erster Linie als Ausbeutungsobjekt und als Verbannungsort. Eine wirtschaftliche Nutzung, die schon unter Peter dem Großen erste Ansätze zeigte, blieb in den Anfängen stecken.“ (Landeskundliche Übersicht UdSSR)

Den neuen geht es genauso. Sämtliche seit dem 23. Parteitag gesteckten Planvorhaben, die im wesentlichen auf den Abbau der Rohstoffe Sibiriens gegründet wurden, wurden weitgehend untererfüllt. Teilweise wurden sie bis zu 50% unterboten. Im 8. Planjahrfünft (1966 – 1970) entsprach die Produktion von Strom, Erdgas, Erdöl, Kohle, Stahl und Walzgut nach offiziellen Angaben zwischen 80 und 90% des Plansolls. Das Plansoll für Walzwerkausrüstungen wurde um 33% unterschritten, das Plansoll für Erdölausrüstungen wurde zu 49% realisiert. Der Bau von Elektrolokomotiven ging 1970 gegenüber 1965 um 50% zurück. Im 9. Planjahrfünft (1971 – 1975) wurde das Plansoll für die Produktion von Strom, Erdöl, Erdgas und Stahl ebenfalls bis zu höchstens 90% realisiert. Die ersten beiden Jahre des 10. Planjahrfünfts (1976 – 1980), die in Relation zum gesamten Fünfjahrplan noch gering angesetzt wurden, brachten auch nicht die geforderten Planziffern. Die vollständige Inbetriebnahme von Industriekomplexen, die bereits im 8. Planjahrfünft abgeschlossen werden sollte, wie der Ausbau der Erdölraffinerie in Atschinsk und des petrochemischen Komplexes in Tomsk, ist immer noch nicht erreicht. Die Erforschung neuer Erdöllagerstätten im Gebiet Tjumen ist seit Jahren im Stocken. Der Ausbau des Transportwesens ist ebenfalls weit hintendran. Das 1972 begonnene „Jahrhundertwerk“, die Baikal-Amur-Magistrale, die parallel zur Grenze der VR China die Eisenbahnverbindung zum Pazifik neben der Transsibirischen Eisenbahn herstellen soll, sollte ab 1983 den Personen- und Güterverkehr aufnehmen. Mittlerweile sind die Pläne derart zurückgeschraubt worden, daß bis 1980 gerade 1000 Kilometer der über 3000 Kilometer langen Strecke fertiggestellt sein werden, wenn überhaupt.

„Das laufende Planjahrfünft ist ein prinzipiell neuer Schritt bei der Nutzbarmachung der Produktivkräfte Sibiriens. Es geht um die Realisierung der Pläne, deren Erfüllung es ermöglicht, unserer Heimat immense Naturreichtümer zur Verfügung zu stellen und riesige Gebiete mit neuem Leben zu füllen“, nehmen die sozialimperialistischen Machthaber in der „Sowjetskaja Rossija“ im Februar 1977 einen neuen Anlauf. Die Industrieproduktion in Sibirien soll im 10. Planjahrfünft um 50% gesteigert werden, der gesamte Zuwachs der UdSSR an Erdöl, Erdgas, Aluminium, 90% des Zuwachses der Kohleproduktion, 80% der Kupfer-, 45% der Zellstoff- und 60% der Kartonageproduktion sollen aus den östlichen Landesteilen erbracht werden. Breschnew hat sich auch schon überlegt, wie „Sibirien mit neuem Leben zu füllen“ ist. In seiner Rede in Wladiwostok kündigte er an, „daß gründlich darüber nachgedacht werden (müsse), wie die Kader dauerhaft an den Fernen Osten gebunden werden können“. Soll er doch offen sagen, daß er den Ausbau der Arbeits- und Konzentrationslager in Sibirien zügig vorantreiben will.

Die Prunkempfänge für Breschnew auf den Stationen seiner Sibirieninspektion, seine prahlerischen Reden können die Krisis der staatsmonopolistischen Wirtschaft nicht übertünchen. Die nach außen kraftprotzende sozialimperialistische Supermacht ist ein Koloß auf tönernen Füßen. – (Korrespondentenbericht Wien)

Carters Reformprojekt gegen alle Kämpfe im öffentlichen Dienst

Von allen großen Streikkämpfen der Arbeiterklasse, die die US-Imperialisten gegenwärtig daran hindern, sich mit dem vollem Gewicht ihres ökonomischen und militärischen Potentials in die Schlacht um die Aufteilung der Welt zu werfen, haben die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst in den USA eine besondere Bedeutung. Der US-Imperialismus hat die Zahl der staatlich in Dienst genommenen Lohnabhängigen rasch gesteigert seit dem Zweiten Weltkrieg. Noch rascher ist jedoch deren gewerkschaftliche Organisierung gewachsen, in einer Zeit, wo es der Bourgeoisie gelungen ist, der Gewerkschaftsbewegung insgesamt einen Rückschlag zu versetzen.

Gerade in den letzten zehn Jahren hat die Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst die Beschränkungen des Streikrechts, der politischen und gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit mehr oder weniger zerbrochen und sich eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage erkämpft. Zum Beispiel die Lehrer an den Grundschulen: Ihr durchschnittlicher Lohn betrug 1965 noch 6200 Dollar im Jahr. Davon konnten sie nur eine äußerst gedrückte Existenz führen, und so sollte es auch sein. Als echte „freie Amerikaner“ hatten sie keinerlei Recht auf Sozialversicherung für den Fall von Krankheit und Arbeitslosigkeit, waren sie jeder Schikane der Schulbehörde und der aufsichtführenden Bourgeois-Eltern-Schulräte ausgeliefert. Dafür hatten sie vor allem nackten Chauvinismus zu predigen. Der Tag geht an mit dem Hissen des Sternenbanners und dem Absingen der entsprechenden Hymne. Dementsprechend der Unterricht.

Mit Streiks, die großteils von der herrschenden Klasse für „illegal“ erklärt wurden, haben sich die Lehrer seither eine Steigerung ihrer Löhne von 13400 Dollar im Jahr (1977) und gewisse Sozialversicherungsrechte erkämpft und haben mit dem Kadavergehorsam gebrochen.



Lehrerinnen aus Medina, Ohio, im Staatsgefängnis, eingesperrt, weil sie dem gerichtlichen Befehl zum Abbruch ihres Streiks nicht nachkamen. An zahlreichen Schulen in Ohio werden seit Wochen keine Löhne mehr gezahlt, weil die Schulen, die großteils über lokale Steuern finanziert werden, pleite sind und die Banken keine Kredite geben, solange nicht neue Steuern den Massen aufgelegt werden. Die Lehrer sollen gezwungen werden, unentgeltlich weiterzuarbeiten.

Anfang März ist Carter jetzt mit seiner schon im Wahlkampf propagierten Reform des öffentlichen Dienstes herausgekommen. Unter dem Schlachtruf „Billige, effektive, dem Volk verantwortliche Verwaltung“ unternimmt er den Versuch, den Haß der Volksmassen gegen die steuernverschlingende, bedrückende bürgerliche Staatsmaschine für einen allgemeinen Angriff auf die Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst zu nutzen. Seine Reform werde „die einschneidenste Reform des öffentlichen Dienstes, seit dieser vor etwa hundert Jahren geschaffen wurde“.

„Die traurige Tatsache ist, daß es leichter ist, einen unfähigen Angestellten zu befördern oder zu versetzen als ihn loszuwerden“ – so hat Carter den Ausgangspunkt seiner Reform gekennzeichnet. In der Tat geht es um die Schaffung einer gesetzlichen Handhabe für die schon angelaufene Rationalisierungskampagne, um die politische Disziplinierung und die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten.

– Die von den Arbeitern und Angestellten erkämpften Kündigungsschutzrechte, die sowieso nirgends gesetzlich verbrieft waren, sollen ausdrücklich liquidiert werden. Wer nicht spurt oder rausrationalisiert werden soll, kann binnen 30 Tagen entlassen werden. Er kann einmaligen Einspruch einlegen bei einer „Verdienstprüfungskomission“, wobei er die Beweislast trägt, daß er „willkürlich und ohne Not“ gefeuert worden ist. Anfechten kann er den Spruch nicht.

– Die gesamte Spitze der staatlichen Verwaltung soll nach dem Vorbild des Managements der kapitalistischen Privatindustrie reorganisiert werden. Die mittleren und höheren Beamten werden in zwei Gruppen aufgeteilt: 9200 Top-Beamte und 72000 leitende Beamte. Für beide wird die lebenslange Anstellung aufgehoben, sie werden nach „Bewährung“ befördert oder entlassen. Für die zweite Gruppe wird das Grundgehalt um die Hälfte gekürzt, dafür ein Prämiensystem für beide Gruppen eingeführt, das es ihnen ermöglicht, ihre schon jetzt schmierig hohen Gehälter um weitere 10 bis 20% zu steigern. Kurzum, die Dienstaufsicht wird systematisch scharf gemacht.

Es zeigt die Stärke der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst, daß Carter dieses Vorhaben nur in Angriff nehmen konnte, indem er gleichzeitig Versprechungen über die künftige Erfüllung von einigen Kernforderungen der Gewerkschaften machte, vor allem die Verallgemeinerung der Krankenversicherung auf alle staatlichen Einrichtungen und die Einführung regulärer Tarifverhandlungen, somit die Anerkennung der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften.

Am 11. April hat Carter auf einer Pressekonferenz angekündigt, daß er die „Schlacht gegen die Inflation“ mit einem Angriff auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten im Bundesdienst eröffnen will. Er werde bei den anstehenden Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst keinesfalls mehr 5,5% zahlen. „Ich fordere alle amerikanischen Arbeiter auf, dem Beispiel der Bundesbediensteten zu folgen und eine niedrigere Rate der Lohnerhöhungen zu akzeptieren.“ Man versteht die Unverschämtheit erst richtig, wenn man bedenkt, daß die öffentlichen Bediensteten über die Lohnerhöhungen ja nicht verhandeln dürfen. Die Gewerkschaft der Bundesbediensteten, die gerade wegen dem Versprechen von Tarifverhandlungen bisher bereit war, die ganze Cartersche Reform zu schlucken, hat jetzt ihre Unterstützung aufgekündigt und den Kampf um die Löhne angekündigt. Ein solcher Streik wäre allenfalls halblegal und müßte hart ausgefochten werden. – (Z-Red.)

Schöne Worte – gemeine Taten

Überall wo Vertreter der Imperialisten auf ihren Rundreisen durch Länder der Dritten Welt auftauchen, dröhnen ihnen die Ohren durch die unnachgiebige Haltung der Länder der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Seit der Pariser Nord-Süd-Konferenz vom Juni 1977 liegen die Forderungen auf dem Tisch:

Gemeinsamer Finanzierungsfonds, Aufbau von Rohstofflagern, Abschluß langfristiger Kaufverträge und dadurch planmäßige Regulierung der Rohstoffproduktion, verstärkte Rohstoffverarbeitung in den Entwicklungsländern selbst, Stundung der Schulden (Schuldenmoratorium), Soforthilfe mit einer Milliarde Dollar.

Bis auf die letzte Forderung waren und sind die Imperialisten nicht bereit, diese Forderungen zu erfüllen, oder sie spekulieren bei Zustimmung zum Rohstoffonds auf dessen Kontrolle. Um ihre Vormachtstellung in der Welt zu halten und weiter auszubauen, müssen sie ihre koloniale und neokoloniale Herrschaft über Länder der Dritten Welt stärken und auf neue Gebiete vorstoßen.

Der sowjetische Sozialimperialismus steht den westlichen Imperialisten in nichts nach. Er drängt als Nachzügler auf die erneute Aufteilung der Welt und versucht dem US-Imperialismus Einflußsphären zu entreißen. Das räuberische Wesen des Kolonialismus und Neokolonialismus hat Geschichte und ist den Völkern hinreichend bekannt. „Der sowjetische Sozialkolonialismus dagegen ist das Produkt der Entartung eines sozialistischen Landes. Er hat die früheren revolutionären Parolen übernommen, versieht seine neokolonialistische Politik mit den schönsten Etiketten wie ‚Leninismus‘, ‚proletarischer Internationalismus‘ usw. und praktiziert im Namen des ‚Kampfes gegen Kolonialismus‘ Kolonialismus.“ (Hsinhua, in: Peking Rundschau Nr. 49/1977)

Lenin sagt in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, daß der Kapitalexport „die solide Basis für die imperialistische Unterdrükkung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt“ ist. So haben die imperialistischen Mächte schon immer an den Kapitalexport ungleiche Verträge gekoppelt, um die Völker zu erpressen und dadurch wirtschaftliche, politische und militärische Sonderrechte zu ergattern, und sie letztendlich zu abhängigen Ländern oder Kolonien gemacht. Das machen die neuen Zaren in der Sowjetunion nicht anders. Mit der Breschnew-Doktrin haben die Sozialimperialisten bereits die RGW-Staaten unter ihren Stiefeln. Diese Doktrin wollen sie auch in den Entwicklungsländern zum Tragen bringen. „Nur durch ein Bündnis mit der Sowjetunion könnten die Entwicklungsländer die bereits erlangte Unabhängigkeit konsolidieren und eine unabhängige nationale Wirtschaft aufbauen.“ „Das von Moskau ausgeklügelte ‚internationale Arbeiter- und Bauernbündnis‘ enthüllt den Kern der Sache. Danach sei die Arbeiterbewegung in den Entwicklungsländern zu schwach, um eine national-demokratische Revolution zu führen. Zynisch erklärte Moskau: ‚Die Sowjetunion ist nicht nur der Hauptverbündete der nationalen Befreiungsbewegungen, sondern auch die führende Kraft bei der unabhängigen Entwicklung bereits befreiter Länder‘.“ (Hsinhua, in: Peking Rundschau Nr. 49/1977).

„Internationale sozialistische Arbeitsteilung“, „wirtschaftliche Integration“ und „internationale Spezialisierung der Produktion“ sind die bewährten Methoden der neuen Zaren, aus unabhängiger Entwicklung abhängige „Entwicklung“ zu machen. Nach der sowjetischen Zeitung „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ gingen 80% der von der Sowjetunion auf dem kapitalistischen Weltmarkt veräußerten Maschinen, Anlagen und Transportmittel in die Entwicklungsländer. Dieser Kapitalexport hat der Sowjetunion „seit 1960 20 Mrd. Dollar“ eingebracht. Das Beispiel Ägypten ist hinreichend bekannt. Die „Freundschaft“ zu Ägypten als „Musterbeispiel“ zerriß, als Ägypten die Bevormundung durch die neuen Zaren nicht mehr hinnahm. „Die Sozialimperialisten stoppten die Waffenlieferungen, unterbrachen die Lieferungen von Maschinen, Anlagen und Ersatzteilen im Rahmen ihres ‚Hilfsprogramms‘, zerrissen die Verträge und stoppten die Importe aus Ägypten. Fast ein Drittel aller ägyptischen Fabriken mußte daher eine Zeitlang die Produktion einstellen. Das gleiche widerfuhr dem Nachbarland Sudan. Mehrfach versuchte die Sowjetunion in den letzten Jahren, durch Staatsstreiche die legitimen Regierungen einiger Länder zu stürzen.“ (Hsinhua, in: Peking Rundschau Nr. 49/1977)

Doch die Völker der Welt haben den Sozialimperialisten die Maske des „Hauptverbündeten“ heruntergerissen. Barre, Staatschef Somalias, hat die Sowjetunion als gefährlichen Feind der Völker gegeißelt. Es wird deutlich, daß die neue Weltwirtschaftsordnung auch gegen die neuen Zaren erkämpft werden muß. – (Z-Red.)

Putschversuch der Sozialimperialisten in Somalia

„Zum jetzigen Zeitpunkt bombardieren äthiopische Flugzeuge die Dörfer um Asmara, und Truppen, mit ultramodernen schweren Waffen ausgerüstet, werden im Dreieck Tigre – Asmara – Massawa konzentriert." So die Erklärung eines Sprechers der EPLF, einer der eritreanischen Befreiungsorganisationen, vom vergangenen Donnerstag, den 13. April. „Fünfhundert sowjetische Berater oder ‚Techniker', dreitausendfünfhundert kubanische Soldaten und eine Hundertschaft aus Südjemen stehen bereits Gewehr bei Fuß in Asmara, an der Seite der belagerten äthiopischen Besatzungstruppen. Diese Politik der direkten Intervention gegen unser Volk ist mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus unvereinbar."

Nach weiteren Berichten hat die UdSSR die Offensive durch massive Flugzeugangriffe mit MIG21 und MIG23, intensiven Bombardements und Raketenangriffen eingeleitet, wenngleich noch nicht durch direkten Angriff der Panzerwaffe und Truppen. An der Grenze zu Eritrea werden fortlaufend neue Truppen massiert sowie die Städte Massawa, Asmara und Assab, von den Volksbefreiungsstreitkräften belagert, verstärkt. Der äthiopische Transportminister hat erklärt, daß die Verbindungs- und Nachschubstraße nach Assab unterbrochen worden sei. Trotz wiederholter Ankündigung, daß es jetzt gegen die „Sezessionisten" im Norden gehe, zögert die sozialimperialistische Macht noch mit dem Befehl zum direkten Generalangriff.

Nicht, daß sie ihn nicht vorhat und vorbereitet. Erstmals jedoch bekommen es ihr Offizierkorps und die kubanischen Truppen mit einem Befreiungskrieg der Volksmassen zu tun, dessen Kräfte nicht durch Spaltung vorher auseinandergetrieben und zersplittert werden konnten. In Angola 1975, ihrem ersten kolonialen Aggressionsfeldzug, hatte die UdSSR im Verein mit der anderen Supermacht die nationale Befreiungsbewegung gespalten und aufgrund der Spaltung sich vorübergehend als herrschende Macht etablieren können. Bei ihrem darauffolgenden Abenteuer 1977 in Zaire setzte sie beim Einmarsch darauf, daß die Aggression der auslösende Faktor für eine Reihe von Aufständen in Zaire ist, was nicht eintrat.

Bezüglich Eritreas sieht sich die Supermacht der Situation gegenüber, daß die Befreiungsorganisationen ihre Schritte zur Errichtung einer nationalen Einheitsfront beschleunigen. Erneut hat der stellvertretende Generalsekretär der EPLF, Issaias Aforki, bezüglich der wichtigsten Punkte des Abkommens mit der ELF betont: „In erster Linie die gemeinsame Bestimmung unseres Kampfes als Kampf gegen den internationalen Imperialismus und gegen die innere Reaktion, für die nationale und soziale Befreiung. Dann das Einverständnis gegen jede ausländische Intervention und Einmischung, die das Volk und die Bewegung Eritreas spalten."

Mit einem Panzerdurchmarsch und kurzen Vernichtungsschlachten wird es also nicht gehen. Selbst wenn es gelänge, die Verbindungslinien zu den umzingelten Städten freizukämpfen, so müssen diese mit erheblichem Aufwand auf der ganzen Strecke gesichert werden. Die Hauptlast der Kriegsführung wird auf den kubanischen Truppen ruhen, denn die Zersetzung der äthiopischen Armee macht diese unzuverlässig. Angesichts der großen befreiten Gebiete und der Fähigkeit der Massen, den Guerillakampf zu führen, besteht die Aussicht auf langwierige Auseinandersetzung und der Zwang, den Kampf als Vernichtungskrieg führen zu müssen. die Aussicht, die Aggression als „Völkerbefreiung" zu feiern, schwindet. Die UdSSR muß infolgedessen jede Spaltungsmöglichkeit suchen und ausnutzen.

Hinzu kommt, daß der Putschversuch in Somalia gescheitert ist. Er ist niedergeschlagen worden. Inwieweit er direkt von der UdSSR organisiert oder bloß ermuntert worden ist, ist dabei nicht von Belang. Wer hat nicht nach seinem Rausschmiß aus Somalia im November 1977 erklärt: „Die Zeit wird zeigen, was Somalia seine unüberlegte Aktion kosten wird", und seitdem beständig innenpolitische Unruhen in Somalia als Strafe prophezeit?

Die verbleibende Zeit haben die eritreanischen Befreiungsorganisationen wie die afrikanischen Staaten genutzt, die Front gegen jede ausländische Einmischung zu festigen. Die eritreanischen Befreiungsorganisationen haben durch politische Schritte Schlag auf Schlag auch die billigen Vorwände, die sich die sozialimperialistische Macht schaffen will, um ihre Aggression als Beitrag zur Völkerfreiheit zu verkaufen, konterkariert.

Weiter hat die UdSSR erklärt, sie sei unbedingt dafür, daß die Völker ihre Angelegenheiten selber regeln. Vergangene Woche war ein Treffen des Versöhnungskomitees Äthiopien-Somalia der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom Vorsitzenden der Kommission, Nigerias Präsident Obasanjo, in Lagos einberufen worden. In letzter Minute hat Äthiopien seine Teilnahme abgesagt und Verschiebung gefordert. Man braucht nicht zu rätseln, was Kossygin dem Vorsitzenden des äthiopischen Revolutionsrats, Mengistu, bei dessen Besuch in Moskau gleichfalls in der vergangenen Woche eindringlich nahegebracht hat.

Was bleibt von ihrem Vorwand, in Eritrea sei ein „regelrechter Krieg angezettelt worden" und werde versucht, Äthiopien vom Meer abzuschneiden? Erneut haben übereinstimmend beide eritreanischen Befreiungsorganisationen dem äthiopischen Revolutionsrat friedliche Verhandlungen auf der Grundlage „der Anerkennung des legitimen Rechts des eritreanischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit" angeboten. „Die Interessen des eritreanischen und des äthiopischen Volkes nach Frieden und Fortschritt sind gemeinsame. Das ist der Grund, weshalb die eritreanische Nation, frei und unabhängig, keinen Grund hat, eine Wirtschaftsblockade auf Kosten Äthiopiens, das keinen Zugang zum Meer hat, zu organisieren."

Auch die Spaltertaktik der Sowjetunion gegenüber den Staaten Afrikas und der Dritten Welt, die Einteilung in „fortschrittliche" und „reaktionäre", klappt nicht. Erneut hat der Vizepräsident des („reaktionären") Sudan erklärt, daß man nicht beiseitestehen kann, wenn die Supermächte eindringen, Bruderkriege in der Absicht anzetteln, jeden für ihre Interessen kämpfen zu lassen. Er hob die Verbesserung in den Beziehungen des Sudan zu Libyen hervor und die Anstrengungen, die Beziehungen zu Äthiopien zu verbessern. Algeriens FNL hat gegenüber der EPLF „versichert, daß sie die gerechte Sache des eritreanischen Volkes unterstütze". – (Z-Red.)

Afrikanische Staaten planen Bau einer Trans-Afrika-Bahn

Anfang April trafen sich auf dem 10. Afrikanischen Eisenbahnkongreß in Tunis Eisenbahnfachleute der afrikanischen Dachorganisation „Union Africaine des Chemins de Fer". Der Kongreß befaßte sich mit der Planung von Aufbauprojekten verschiedener „Großunternehmen auf afrikanischem Boden, um ständig benötigtes Eisenbahnmaterial selbst herstellen zu können". Vorgesehen ist der Bau von Werken für Streckenausrüstungsgegenstände, Schienen und Signalanlagen sowie Werke für eigene Waggon-Montage. Geplant ist ferner der Bau von Triebwagen und komplizierten elektrotechnischen Steuerungsanlagen.

Als bedeutenden Schlag gegen die neokoloniale Unterdrückung und die ständigen Einmischungsversuche durch die beiden Supermächte beschloß der Kongreß, in Sambia, Nigeria, im Kongo und in Ägypten gemeinsame Ausbildungsstätten für afrikanische Eisenbahningenieure und Techniker zu schaffen. Das von den Imperialisten lange Jahre hindurch als „reine Utopie" bezeichnete Projekt einer Trans-Afrika-Bahn wurde auf dem Kongreß diskutiert. Die afrikanischen Eisenbahnfachleute erklärten, man könne „dieses Projekt in Angriff nehmen, da inzwischen durch den überall erfolgten Straßenbau die Trassenführung sehr erleichtert würde". Gegen den eigenständigen Aufbau von Landwirtschafts-, Industrie- und Verkehrsprojekten durch die Länder der Dritten Welt haben die Imperialisten, besonders die sozialimperialistische Supermacht, immer spöttische Hetztiraden losgelassen. Es ist noch gar nicht lange her, daß die Imperialisten ein afrikanisches Eisenbahnprojekt als „bloßes Luftschloß" bezeichnet haben.

„Nun ist die Bahn da. Wir huldigen den kämpferischen Arbeitern Tansanias, Chinas und Sambias für die vorfristige Fertigstellung dieser Eisenbahn. Dieses Projekt demonstriert, wie die drei Entwicklungsländer zusammenarbeiten und gemeinsam wirtschaftliche und technische Probleme lösen können, von denen gesagt wurde, sie seien ohne ungeheure Kosten nicht zu bewältigen." (Peking Rundschau Nr. 45/75)

Dies erklärte Präsident Kaunda am 23. Oktober 1975 anläßlich der Fertigstellung der Tan-Sam-Bahn, dem größten afrikanischen Eisenbahnprojekt. Der Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt, ihre gegenseitige Hilfe bringt die Imperialisten zum Schäumen. Nachdem sie mit Genugtuung feststellten, daß sich die in der Ostafrikanischen Gemeinschaft (OAG) zusammengeschlossenen Länder Kenia, Tansania und Uganda „zerstritten" hätten und somit die OAG „faktisch am Ende" sei, gebärden sie sich jetzt wie wild, nachdem „bekannt" wurde, daß in der kenianischen Hauptstadt „immer wieder neue Überlegungen über eine sinnvollere wirtschaftliche Zusammenarbeit angestellt" werden.

In der sambischen Hauptstadt Lusaka wurde vor kurzem eine Deklaration über die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen 16 ost- und südafrikanischen Staaten unterschrieben. Die Mitgliedsstaaten vereinbarten ein Zoll- und Zahlungssystem mit dem Ziel der Errichtung einer „Association for the Economic Community of Eastern Africa" mit einer Währungsunion.

Die „Beobachter" wie der Hamburger „Weltökonom" Helmut Schmidt und die Frankfurter Zeitung „Blick durch die Wirtschaft" „beurteilen einige Vorhaben der Gründungsländer etwas skeptisch". Ganz im Schmidt'schen Bulletinstil gehalten schreibt die Wirtschaftszeitung:

„Ganz sicher ist es nicht im Sinne der ECA oder gar der UNCTAD-Konferenz von Nairobi, protektionistische Maßnahmen zu fördern; im übrigen stehen sie auch gegen den Geist des Gatt. Die vorhandenen Strukturen der Weltwirtschaft sind nun einmal schwer zu verändern."

Gegen den Ausbau des Verkehrswesens in den Ländern der Dritten Welt haben die Imperialisten solange nichts einzuwenden, wie sie es unter ihrer Kontrolle haben. „Die Erschließung der großen Reichtümer Afrikas hängt aufs engste mit der Entwicklung des Verkehrswesens zusammen", erklärte der belgische König Leopold II, einst einer der größten kolonialen Räuber.

Sobald aber die Völker sich zusammenschließen und aus eigener Kraft ihre Straßen und Eisenbahnlinien aufbauen, geraten die Imperialisten außer sich.

„Nun gehören zum Geschäft auch der Preis, die Lagerhaltung und der Transport mit vereinbarten Terminen, und da hapert es noch gewaltig bei den Afrikanern."

Der Aufbau einer unabhängigen Landwirtschaft und Industrie in enger Kooperation mit den Nachbarländern erfordert erhebliche Anstrengungen auch in bezug auf den Straßen- und Eisenbahnbau sowie für Schleusen- und Hafenanlagen. Bei der großen räumlichen Entfernung kommt der Entwicklung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens entscheidende Bedeutung zu. Wesentliche Teile der nationalen Entwicklungspläne der afrikanischen Staaten, zwischen 30 und 60%, sind deshalb für den Ausbau des Verkehrswesens vorgesehen. Uganda, das aufgrund jahrelanger Anstrengungen das am besten ausgebaute Verkehrswesen Ostafrikas besitzt, hat für den Straßenbau Investitionen von fünf Millionen Dollar in diesem Jahr vorgesehen. Außerdem wurde ein Liefervertrag über sieben Diesellokomotiven zu jeweils 2000 PS abgeschlossen. In Addis Abeba hat Anfang März eine sechsköpfige kenianische Delegation Verhandlungen aufgenommen, um ein Abkommen über Verkehrsverbindungen zwischen beiden Ländern zu schließen. Tansania plant für dieses Jahr den Kauf von Lokomotiven im Wert von 13,7 Mio. DM. Uganda, Kenia und Tansania, Unterzeichnerländer der Lusaka-Deklaration, hatten bereits erste Schritte zum Aufbau einer multinationalen Eisenbahngesellschaft eingeleitet, die jetzt weiter forciert werden. Einen wichtigen Abschnitt haben diese Länder mit der Gründung der überregionalen Verkehrsgesellschaften „East African Railways Corporation" (EARC), „East African Harbours Corporation" (EAHC) sowie der „East African Airways Corporation" (EAAC) getan, die als Einrichtung der Ostafrikanischen Gemeinschaft für die drei Länder tätig sind. Die für den ugandischen Außenhandel wichtige Eisenbahnlinie führt von Kasese, an der Grenze von Zaire, durch Kenia zum Seehafen Mombasa. Das Eisenbahnnetz in Tansania ist etwa 4500 Kilometer lang. Die beiden Hauptlinien, die durch eine Strecke entlang der Küste verbunden sind, führen von Dar es Salam nach Kingoma am Tanganjika-See an der Grenze zu Zaire und von Tanga nach Aruscha am Kilimandscharo. Die Tan-Sam-Bahn mit einer Länge von über 1860 km – davon auf tansanischem Gebiet 976 km und auf dem Territorium von Sambia ungefähr 884 km – führt von Dar es Salam über die Grenzstadt Tunduma nach Kapiri Mposhi in Sambia.

In Uganda wird an dem Teilstück der zweispurigen asphaltierten Transafrikastraße Mombasa–Lagos gearbeitet. Durch die Inbetriebnahme von zwei Eisenbahnfähren auf dem Viktoriasee, die zwischen Jinja, Kisumu (Kenia) und Muansa (Mwanza) in Tansania verkehren, hat die Binnenschiffahrt an Bedeutung zugenommen.

Diese Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrssystems schaffen gute Voraussetzungen, die auf der Lusaka-Konferenz verabschiedete Deklaration zur gegenseitigen Wirtschaftsförderung umzusetzen.

Die afrikanischen Staaten sind dabei, wie es Emil Ndonde, persönlicher Referent des tansanischen Präsidenten Nyerere, ausdrückt, „alle Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, unsere Wirtschaft von einer ‚external orientated economic' zu einer ‚internal orientated economic' umzustrukturieren." Das steht natürlich im Gegensatz zu den Interessen der Imperailisten. Diese „versuchen z.B. die Lage durch zahlreiche Versuche der Weltbank unter Kontrolle zu bringen, die bei uns ökonomischen Einfluß gewinnen soll". Die französischen Imperialisten mischen sich über die Zentralkasse für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Caisse Centrale de Coopération Economique CCCE) vorwiegend in den französischsprachigen Ländern Afrikas ein. Gemeinsam mit der Weltbank und dem Europäischen Entwicklungsfonds, in dem die westdeutschen Imperialisten großen Einfluß ausüben, wird hinsichtlich der „Projektrealisierung" eng zusammengearbeitet. So wollen die BRD-Imperialisten, gestützt auf die „alten" Kolonialmächte, sich Einflußmöglichkeiten sichern.

Der Zusammenschluß der afrikanischen Länder und die gegenseitige Unterstützung setzen den Expansionsgelüsten der imperialistischen Monopole mehr und mehr zu. Die Lusaka-Konferenz hat sie aufheulen lassen: „Es ist ein schlechtes Omen, daß die ostafrikanische Ministerrunde mit politischer Demagogie rein wirtschaftliche Fakten umzumodeln versucht." – (Z-Red.)

Verkehrswesen in ostafrikanischen Staaten

Straßenverkehr

	Staatsgebiet (qkm)	Straßenlänge	asphaltiert	Kfz-Bestand	davon Lkw	Kfz pro 1000 EW.
Tansania	945087	27015	2540	78900	36700	2,6
Uganda	236036	29000	9480	51900	14000	2,5
Zaire	2345000	145000	2000	147300	60500	3,4
Kenia	582646	52355	4022	136186	18132	6,4

Eisenbahn

	Staatsgebiet (qkm)	Streckennetz	Lokomotiven	Personenwaggons	Güterwaggons	Nettotonnen/km
Tansania	945087	4500	167	110	3340	1097 Mio.
Uganda	236036	1301	(465)	(854)	(17722)	4908 Mio.
Zaire	2345000	5235	180	187	4650	2548 Mio.
Kenia	582646	4400	433	824	18006	4306 Mio.

Zahlen in Klammern: Unter Verwaltung der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft

Versuche zur „Lösung des Rhodesienproblems"

1964 erkämpften „Nordrhodesien" (Sambia) und „Njassaland" (Malawi) ihre Unabhängigkeit.

Am *11. November 1965* erklärte die von europäischen Siedlern besetzte Kolonialregierung von „Südrhodesien" (Zimbabwe) „einseitig", d.h. ohne offizielle Zustimmung der Kolonialmacht, ihre Unabhängigkeit, um die Befreiung Zimbabwes von Kolonialismus und Imperialismus zu verhindern.

Im *November 1965* und im *April 1966* beschließt der UN-Sicherheitsrat den wirtschaftlichen Boykott des Siedlerregimes und fordert seine Beseitigung durch Großbritannien. Mit Unterstützung der USA lehnen die britischen Imperialisten das ab, während sie gleichzeitig den Handel mit dem Siedlerregime vor allem über Südafrika uneingeschränkt weiterführen. Tansania und Ghana und andere afrikanische Staaten brechen ihre diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab.

Der sozialdemokratische Premierminister Wilson trifft sich im *Dezember 1966* und im *Oktober 1968* auf den Kriegsschiffen „Tiger" und „Fearless" mit Ian Smith, um mit ihm Möglichkeiten zur Erhaltung des Siedlerregimes zu besprechen. Er garantiert ihm vollständige Erhaltung des Polizei- und Militärapparates und aller Möglichkeiten zur Unterdrückung des Volksmassen und fordert eine parlamentarische Beteiligung von Afrikanern am Regime mit einem Wahlrecht, das nur eine kleine Minderheit von Afrikanern zugelassen hätte, weil es an Vermögen gebunden war.

Gestärkt durch die in Zimbabwe operierenden Monopole unter der Führung der US-Imperialisten lehnt Smith diese Angebote ab und erklärt am *2. März 1970* Rhodesien zur Re-
am *2. März 1970* Rhodesien zur Re-
publik mit einer Verfassung ohne alle Rechte für die Afrikaner. Im UN-Sicherheitsrat müssen die US-Imperialisten zum ersten Mal in der Geschichte der UNO ein Veto einlegen, um eine Resolution von Ländern der Dritten Welt zu verhindern, die gegen ihre Interessen gerichtet war, weil sie die Komplizenschaft des Siedlerregimes verurteilte und erneut die militärische Beseitigung des Siedlerregimes forderte. Im *November 1971* beschließt der US-Kongreß stattdessen das „Byrd-Amendment", ein Gesetz, nach dem auch offiziell das Einfuhrverbot für Chrom und andere strategisch wichtige Rohstoffe aufgehoben wurde.

Ebenfalls im *November 1972* vereinbart die britische Regierung mit dem Siedlerregime, die auf der Grundlage der „Fearless"-Absprache von 1968 getroffenen Maßnahmen durchzusetzen. Als im *Januar 1972* eine britische Regierungskommission unter Lord Pearce versucht, unter den zimbabwischen Massen das Abkommen zu propagieren, wird sie von Massendemonstrationen und Streiks in ganz Zimbabwe empfangen, die das Siedlerregime blutig zu unterdrücken versucht. Die Streiks werden durch die Bergarbeiter der Asbestmine in Shabam am 11.1.72 aufgenommen und finden ihren Höhepunkt im Streik von 1200 Landarbeitern der Hippo-Valley-Estates an sechs Tagen im April 1972.

Im *April 1976* mischen sich die US-Imperialisten offen in die Versuche zur „Lösung des Rhodesienproblems", um den immer stärker werdenden Befreiungskampf in Zimbabwe zu unterdrücken und um so, angesichts der Aggressionen der konkurrierenden sozialimperialistischen Supermacht, ihre Positionen in Afrika auszubauen. Der Kissingerplan, dem Smith im *September 1976* zustimmt, enthält als wesentliches Element, daß die bewaffneten Streitkräfte in den Händen des Siedlerregimes bleiben.

Die Genfer Verhandlungen vom *28.10.76 bis zum 10.1.77* scheitern vor allem daran, daß sich britische und US-Imperialisten weigern, der Übergabe der uneingeschränkten Souveränität an das Volk von Zimbabwe innerhalb eines Jahres zuzustimmen.

Um dem Sieg der Befreiungskräfte unter der Führung der Patriotischen Front zuvorzukommen, schließt Smith mit einigen Marionetten am *3. März 1978* ein Abkommen über eine „innere Lösung" ab. Die US-Imperialisten und die britischen Imperialisten erklären, das sei ein „Schritt in die richtige Richtung". Sie wollen jetzt alles daran setzen, die Patriotische Front zu spalten. – (Z-Red.)

Das Arbeitsförderungsgesetz – Billig- und Gefügigmacher der Arbeitskraft durch Spaltung und Schikane bei gleichzeitiger Plünderung der Versicherungskasse

Die Arbeitslosenkasse gehört in die Hände der Arbeiter; sie ist ein Teil dessen, was die Arbeiter brauchen, um auch in Krisenzeiten, die nicht sie verschulden, existieren zu können. Die Deckung der Kosten ist Sache der Kapitalisten, denn ihre Freiheit, den Konkurrenten niederzuzwingen, führt die Krisen, Bankrotte und Arbeitslosigkeit herbei. Die ersten gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter waren Arbeitslosenversicherungen (1879 Metaller); der Gewerkschaftskongress 1902 in Stuttgart erhob diese Forderungen; erneut wurde dies gefordert auf dem Kongress der IG-Metall im September 1977.

Vor dem 1. Weltkrieg waren die Arbeiter im Besitz ihrer Versicherungsgelder. Jede Gewerkschaft hatte ihre Kasse; es bedurfte nur der Vereinheitlichung. Den Kampf führte die Arbeiterklasse daher hauptsächlich um die Deckung der Kosten durch die Kapitalisten. Sie unterlag. Eine starke chauvinistische Strömung in der Gewerkschaftsbewegung trat mit Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung auf. Bautätigkeit, Bodenmelioration, selbst die „öffentliche Sicherheit" sollte „durch Mittel der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden" (1). Das entsprach den Forderungen der Kapitalisten, der Arbeitslosigkeit „vorzubeugen und den sich als arbeitslos meldenden Personen Beschäftigung nach- und zuzuweisen", die „Versicherung aufs engste mit dem städtischen Arbeitsnachweis zu verbinden und mit dieser einheitlich zu leiten" (2).

Seitdem die Bourgeoisie über ihren Staat im Zuge der Ersten Weltkriegs- und Nachkriegspolitik die Arbeitslosenversicherung an sich gerissen und mit dem Monopol der Arbeitsvermittlung verbunden hat (Errichtung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach dem AVAV-Gesetz 1927), benutzt sie die Kasse gegen die Arbeiter. Sie ist wild auf das Versicherungsgeld, solange vorhanden. Vor allem aber dient ihr die Versicherungskasse dazu, dem Arbeiter die Möglichkeit zu nehmen, Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen (besonders Arbeitszeiten) auszuhandeln. Wie vor beiden letzten Weltkriegen („umfassender Ausgleich der Arbeitskräfte", „Sicherstellung des Kräftebedarfs", „Dienstverpflichtung") will die Bourgeoisie erneut auf Lohnsenkung und Zwangsarbeit hinaus. Der vom Bundespräsidenten ernannte Präsident Stingl der staatlichen „Selbstverwaltungs"behörde Bundesanstalt für Arbeit stellt als das „Kernstück" der 4. Novellierung des Arbeitsförderungesetzes (AFG) vom 12.12.1977 heraus: „Die Stärkung der beruflichen Mobilität der Arbeitnehmer - d.h. die Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, der Anpassung an die veränderte und sich ständig ändernde Arbeits- und Berufswelt" (3). Kernstück ist, daß fast jede Arbeit zumutbar wird (siehe Kasten).

Anspruch auf Arbeitslosengeld hat ...

§ 100, Abs. 1: Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt hat.
§ 103, Abs. 1: Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer
1. eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf wie
2. bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann. Nummer 1 gilt nicht hinsichtlich der Arbeitszeit; Lage und Verteilung der Arbeitszeit müssen jedoch den Bedingungen entsprechen, zu denen Beschäftigungen der in Betracht kommenden Art und Dauer üblicherweise ausgeübt werden. Der Arbeitsvermittlung steht nicht zur Verfügung, wer 1. nur kurzzeitige Beschäftigungen ausüben kann und darf, weil er a) in seiner Leistungefähigkeit gemindert und berufsunfähig ist oder b) tatsächlich oder rechtlich gebunden ist,
2. wegen seines Verhaltens nach der im Arbeitsleben herrschenden Auffassung für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht in Betracht kommt.
3. wegen häuslicher Bedingungen, die nicht in der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen bestehen, Beschäftigungen nur zu bestimmten Arbeitszeiten ausüben kann.
Abs. 1 a: Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Interessen der Gesamtheit der Beitragszahler und die des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Beschäftigungen sind nicht allein deshalb unzumutbar, weil

1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen,
2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort oder
3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung, insbesondere lediglich der tarifliche Arbeitslohn gezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Beschäftigung übertarifliche Zuschläge oder sonstige Vergünstigungen entfallen.

Statt Versicherung – Lohndruck, Spaltung und Schikane

Die Bourgeoisie der BRD will jetzt unbedingt das Lohnniveau der gesamten Arbeiterklasse senken. Sie muß die Arbeiter dazu spalten. Das Arbeitslosengeld beträgt 68 v.H. des Nettolohnes unter Zugrundelegung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit. Die Höhe des Nettolohnes errechnet allerdings das Arbeitsamt nach Maßgabe des Ehrenberg-Ministeriums, das „die Leistungssätze jeweils für ein Kalenderjahr durch Rechtsverordnung" festlegt (§§ 111, 112 AFG). Mit der Knute der „zumutbaren Beschäftigung" wird der Arbeitslose Schritt für Schritt gezwungen, seine Arbeitskraft zu immer niedrigerem Lohn zu verkaufen. Das hat zur Folge, daß der niedrigere Lohn zur Berechnungsgrundlage für das folgende Arbeitslosengeld wird usw. Auf diese Weise senkt der bürgerliche Staat langsam, aber sicher, das Lohnniveau der Arbeiterklasse insgesamt.

Wehrt sich der Arbeiter gegen die ihm zugemuteten schlechten Arbeitsbedingungen, läßt die herrschende Klasse die Peitsche des § 119 tanzen, der den Arbeitslosen bei Uneinsichtigkeit eine Sperrfrist von 4 Wochen aufzwingt.

Im Dienstblatt 55/77 wird an die Bediensteten der Bundesanstalt für Arbeit folgende Aufforderung zum Spitzelwesen gerichtet:

„Der Anstieg der Fälle von Tätlichkeiten bzw. Gewaltandrohung gegenüber Mitarbeitern der Bundesanstalt gebietet es, zum Schutz von Leben und Gesundheit in jeder Dienststelle geeignete organisatorische und technische Schutzvorrichtungen zu treffen. Hierzu gehören neben einer zweckentsprechenden Organisation des Ordnungsdienstes evtl. auch die Installation von Türsicherungen oder amtsinternen Alarmanlagen in Räumen, in denen Beschäftigte untergebracht sind, die auf Grund ihrer beruflichen Stellung oder wegen des übertragenen Aufgabenbereiches als besonders gefährdet angesehen werden müssen.

Um erforderliche zusätzliche Schutzmaßnahmen veranlassen zu können, bitte ich bis auf weiteres in allen Fällen, in denen Mitarbeiter seit Jahresbeginn von Außenstehenden tätlich angegriffen bzw. bedroht worden sind, unter Darstellung des Sachverhaltes über die getroffenen Maßnahmen zu berichten."

Arbeitsamtsdirektoren-Besprechung in Trier am 25.10.1975 zum Problem von gescheiterten Vermittlungsversuchen:
„Geht aber ... der Arbeitslose über diesen Rahmen erlaubter und daher unschädlicher Hinweise mit Äußerungen und sonstigem Verhalten hinaus, so könne darin ein Indiz für willentliche Zurückweisung des Arbeitsangebotes liegen. ... Solches Verhalten wird im Allgemeinen dahin zu werten sein, daß der Arbeitgeber bewußt abgeschreckt werden sollte (...) Auch folgende Bemerkungen des Arbeitslosen waren in der Praxis schon Anlaß, die Anwendbarkeit der erläuterten Grundsätze (Sperrfristverhängung) zu prüfen:
Betonung ungünstiger Fahrverbindung,
Hinweis auf Lohnpfändungen,
Hinweis auf bisherige zahlreiche Arbeitsstellen,
Hinweis auf Erkrankungen in der Familie, die Fehlen wegen notwendiger Pflege in Aussicht stellen sollen,
Besondere Urlaubswünsche,
Hinweis auf Fehleranfälligkeit bei der Arbeit,
Hinweis, vorgezogenes Altersruhegeld beantragen zu wollen mit dem Bemerken, daß man dazu ja ein Jahr arbeitslos sein müsse."

Mit kleinlicher Schikane wacht das Arbeitsamt als verlängerter Arm Ehrenbergs darüber, daß sich die Arbeitslosen der staatlichen Aufsicht unterwerfen. Die Arbeitslosen müssen sich melden, wenn das Arbeitsamt sie dazu auffordert. Insbesondere bei Verdacht auf Schwarzarbeit muß sich der betreffende Arbeitslose regelmäßig beim Arbeitsamt melden. In dieser Meldepflicht ist schon zukunftsweisend geregelt, daß Einrichtungen auch „außerhalb der Bundesanstalt ... zur Entgegennahme der Meldung zuzulassen sind" (§ 132). Damit ist auch das nächste Polizeirevier als Meldestelle einsetzbar.

Können die Kapitalisten einen Arbeiter länger als ein Jahr zu den Bedingungen, die er auf Grund der Lage des Klassenkampfes verlangen kann, nicht gebrauchen, so erlischt sein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Er muß sich jetzt eine „Bedürftigkeitsprüfung" gefallen lassen, bevor er Arbeitslosenhilfe erhält. Das sind dann nur noch 58v.H. des vom Arbeitsamt ausgerechneten Nettolohns. Aber selbst darauf haben Arbeitslose keinen Anspruch, denn nach bürgerlichem Recht sind Verwandte in gerader Linie (Eltern, Kinder usw.) verpflichtet, sich gegenseitig Unterhalt zu gewähren. Damit verschafft sich der Staat eine zusätzliche Kontrollmöglichkeit, nämlich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der gesamten Familie auszuspionieren. Wo die „Bedürftigkeit" beginnt, in welchem Rahmen das Einkommen der Eltern, des Ehegatten, der Kinder (egal, ob sie im gleichen Haushalt leben oder außerhalb) zur Bestreitung des Lebensunterhaltes des Arbeitslosen herangezogen werden, bestimmt das Ministerium Ehrenberg in Abstimmung mit der gesamtstaatlichen Haushaltspolitik (§§ 137, 138).

Zur Zeit gewährt die Bourgeoisie einem so zum Unterhalt Verpflichteten für sein eigenes Auskommen knapp 1 .100 Mark. Was darüber hinausgeht, wird auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet. Wenn also überhaupt gezahlt wird, dann oft noch nicht einmal die 58%. Diese Senkung des Familieneinkommens soll bewirken, daß die Schwelle der „zumutbaren Beschäftigung" nach § 103 für die Arbeitslosen drastisch sinkt. In dieselbe Richtung zielt bei Berufsanfängern die Kürzung des Bruttolohns um 25%, bevor der Nettoverdienst berechnet wird, von dem der Arbeitslose dann seine 68% oder, wenn er Glück hat, die 58% Arbeitslosenhilfe bekommt.

Das AFG greift durch Spaltung direkt in den Klassenkampf ein. Bei Entlassungen infolge Streik ruht z.B. das Arbeitslosengeld bis zum Streikende, wodurch die Entlassenen aus der Streikfront herausgebrochen werden sollen (§ 116). Streiken die Metallarbeiter bei Daimler in Sindelfingen, lassen die Daimler-Kapitalisten in Bremen ihre Arbeiter kurzarbeiten und aus der Arbeitslosenkasse bezahlen (§ 63 ff.). Über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM, § 91 ff.) werden Arbeitslose in den vergangenen zwei Jahren massiv im öffentlichen Dienst zur Spaltung der Lohnabhängigen eingesetzt, da sie die erkämpften tarifvertraglichen Rechte wie unbefristeter Arbeitsvertrag, Personalvertretung, Kündigungsschutz, Streikrecht u.a. nicht haben.

Berufliche Ausbildung – Mobilmachung der Arbeitskraft

Die Spaltung der Arbeitslosen voranzutreiben, hierzu dient ihr auch die „individuelle Förderung der beruflichen Bildung" (vergleiche §§ 39 bis 49 AFG). Sie macht das, indem sie einen Teil von ihnen ideologisch zu fesseln versucht an die „hervorragenden" Möglichkeiten des individuellen Aufstiegs, der den Arbeitslosen bei gutem Willen über das Arbeitsamt ermöglicht werden kann.

Nehmen wir ein x-beliebiges Beispiel, um die „hervorragenden" Ergebnisse der beruflichen Fortbildung und Umschulung zu sehen: z.B. Berufsabschnitt Elektriker; 67 Personen haben diese Maßnahme im 3. Quartal 1977 (Bereich Arbeitsamt Bremen) beendet. 3 von 67 haben sich zu Elektrikermeistern fördern lassen, 10 von 67 Leuten haben einen Lehrabschluß gemacht und 51 von 67 Leuten haben ihre Umschulungs- bzw. Fortbildungsmaßnahme anderweitig mit Erfolg bestanden. Die „hervorragende" individuelle Förderung des allergrößten Teils der Geförderten endete also damit, daß sie nicht einmal einen Lehrabschluß bekommen haben, von einer Vermittlung in eine Arbeit nach der Maßnahme ganz zu schweigen. Es sind Illusionen, die die Bourgeoisie über die individuelle Förderung verbreitet zwecks ideologischer Vernebelung und Fesselung.

Diese Seite ist aber nicht der entscheidende Zweck, den die Bourgeoisie mit ihren Fort- un Umschulungsmaßnahmen verfolgt. Eigentliches Ziel ist die Bereitstellung beweglicher und billigerer und gleichzeitig für sie nützlich qualifizierter Arbeitskräfte. So liest man in der Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit vom 24.3.1977 in der Präambel: Ziel ... ist es insbesondere ..., Mangel an qualifizierter Arbeitskraft zu vermeiden oder zu beheben (und) die berufliche Beweglichkeit zu sichern oder zu verbessern". Es geht der Bourgeoisie darum, den Arbeitskräftebedarf der sich ständig ändernden Produktion anzupassen, die Kosten aber nicht selbst hierfür zu tragen, sondern der Versicherungskasse der Lohnabhängigen aufzubürden. Ein Sechstel der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wurde im letzten Jahr für diese Maßnahmen ausgegeben. In den Jahren davor, als die Kassen noch voll waren, lag der Anteil sogar noch weit höher und betrug ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtausgaben der Bundesanstalt.

Sanierung der Bauindustrie aus Lohngeldern

Direkter, als bei der Förderung der beruflichen Bildung profitieren die Kapitalisten aus der Versicherungskasse der Lohnabhängigen in der Bauindustrie. Die westdeutsche Bauindustrie hinkt in ihrer Produktivität den anderen Industriesektoren weit hinterher und diese für die hier tätigen Kapitalisten ungünstige Lage sei nur noch durch reichliche Bezuschussung zu lindern.

Weil die Bauindustrie stark wetterabhängig ist, hat sie die hier Beschäftigten im Winter regelmäßig auf das Pflaster geworfen. Unter dem Begriff: „Produktive Winterbauförderung" regeln die §§ 77 bis 82 des AFG die Bezuschussung von Arbeitgebern des Baugewerbes"; § 77 Abs. 2 Punkt 1 heißt: „Der Zuschuß soll für Winterbauschutzhallen, Heizaggregate, Warmwasserbereiter, Dampferzeuger und andere Geräte und Einrichtungen von gleicher Bedeutung für das Bauen in der Schlechtwetterzeit bis zu fünzig vom Hundert betragen".

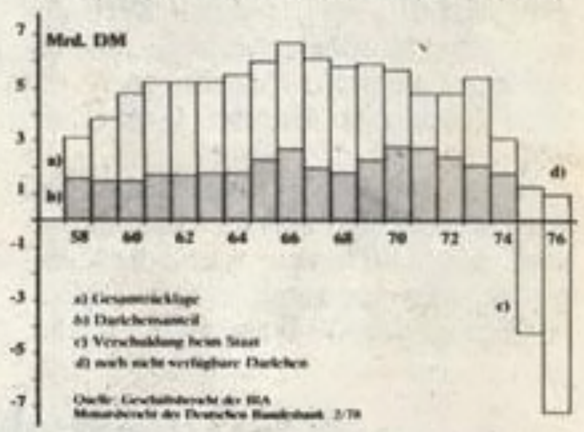
Daß die Argumentation, durch „produktive Winterbauförderung" würden Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen, ausschließlich Rechtfertigungscharakter besitzt, der Gesetzestext aber eine andere Sprache spricht, zeigt auch der § 78 Abs. 1: „Arbeitgebern des Baugewerbes werden Zuschüsse zu den sonstigen witterungsbedingten Mehrkosten der Bauarbeiten gewährt, die sie in der Förderungszeit durchgeführt haben (Mehrkostenzuschuß)". Hier stehen den Baukapitalisten großzügige Gelder für Rationalisierungsmaßnahmen zur Verfügung. Schließlich ist in den §§ 63 bis 73 die teilweise Finanzierung von Lohngeldern durch die Versicherungskasse geregelt. Das läuft über Eingliederungsbeihilfe, Schlechtwetter- und Kurzarbeitergeld.

Die Kasse ist leer – Ehrenberg will mehr

Die Kapitalisten haben sich in die Versicherung der Arbeitslosen hineingedrängt, um die Arbeiter zu billigstem Lohn wieder in den Verwertungsprozeß zu pressen und um sich die Gelder anzueignen. Dies geschieht sowohl über die jährlichen Ausgaben als auch über das angesammelte Vermögen, vor allem die Rücklage (§ 220 AFG). Die Ausgaben der Bundesanstalt betrugen von 1961 bis 1973 39,5 Mrd. DM, die Einnahmen 40,2 Mrd. DM. Es ist in diesem langen Zeitraum also lediglich ein Überschuß von 0,7 Mrd. DM für Zeiten höherer Arbeitslosigkeit angesammelt worden.

Nur knapp ein Drittel dieser 39,5 Mrd. DM-Ausgaben sind den Arbeitslosen als Unterstützung gezahlt worden, alles andere haben sich direkt oder indirekt die Kapitalisten geholt über Kurzarbeitergeld, Zuschüsse an die Bauwirtschaft, Fortbildung, Lohnkostenzuschüsse usw. Die Rücklage, der Hauptteil des Vermögens, die die Zahlungsfähigkeit und Existenz der Versicherung sichern soll, wurde im wesentlichen in den fünfziger Jahren angehäuft, als die Arbeitslosen wieder in die Produktion gesogen wurden. Sie erreichte mit 6,7 Mrd. DM 1966 den Höchststand, heute ist sie verausgabt. Kapital und Staat haben sich „zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur" Fabrikanlagen, Straßen, Fernmelde-, Kanal- und Wasseranlagen etc. bezahlen lassen über billige Kredite und dann in den vergangenen 10 Jahren darüberhinaus zunehmend den jährlichen Haushalt angezapft, weshalb es zu keinen weiteren Rücklagen kam, im Gegenteil, die vorhandenen aufgezehrt wurden, so daß das Heer der Arbeitslosen nach 1974 kaum auf Gelder zurückgreifen konnte, sondern bis Ende 1976 7 Mrd. DM aus Steuergeldern zugezahlt werden mußten und es so erscheint, als seien die arbeitslosen Arbeiter schuld an der Ebbe in der Kasse und den Schulden beim Staat. In Wirklichkeit haben die Kapitalisten die Versicherung als Versicherungskasse für die Arbeitslosen zerstört, weil sie sie geplündert haben.

Das Rücklagevermögen der Bundesanstalt für Arbeit



Die Bourgeoisie macht Pläne, wie sie in Zwangsarbeitsmaßnahmen und Ausplünderung vorankommen kann. Eine der Überlegungen hat Ehrenberg kürzlich rausgelassen: Er ist für die Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages anstelle der Arbeitslosenversicherung. „Dieser soll von allen am Erwerbsleben Beteiligten einschließlich der Selbstständigen und Beamten aufgebracht werden ... erklärte Ehrenberg, er habe eine Reihe von Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses Vorschlages prüfen lassen. Es stellten sich dem jedoch schwerwiegende verfassungsrechtliche Probleme in den Weg" (Weser-Kurier vom 15.3.1978) . Erreichen will er, ob mit dieser oder anderen Varianten, auf jeden Fall zweierlei: Den Arbeiter zu jeder Zeit, an jedem Ort, zu jeder Bedingung, zu niedrigstem Lohn einsetzbar und verfügbar machen *und* verstärkt Lohngelder der Volksmassen in Investitionen für die kapitalistische Expansion verwandeln. Es steht dem aber der Kampf der Arbeiterklasse entgegen, die diesen Angriff auf die Versicherung beantworten muß, indem sie die Versicherungen in ihre alleinige Kontrolle bringen muß und die Kapitalisten und staatlichen Dienstherren zur Bezahlung des Versicherungsfonds zwingt. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen-Unterweser)

In der Tabelle sind zusammengefaßt die Zahl der Arbeitslosen, das Arbeitslosengeld, das durchschnittlich pro Arbeitslosen jährlich gezahlt wird, und die Produktivität je Arbeitsstunde. Die Entwicklung seit 1975 zeigt, daß bei gleichbleibender Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld je Arbeitslosen sinkt. Der erhöhte Druck auf die Arbeiterklasse fördert dabei die verschärfte Ausbeutung im Betrieb. Dafür ist die verstärkt steigende Produktivität ein Anzeichen.

	Zahl der Arbeitslosen (in Tausend)	Arbeitslosengeld pro Kopf und Jahr (in DM)	Produktivität je Arbeitsstd. (1970 gleich 100)
1968	323,5	4176,2	90,8
1969	178,5	4227,3	97,0
1970	148,9	4650,5	100,0
1971	185,1	4970,3	104,9
1972	246,4	5519,5	112,0
1973	273,5	5457,2	119,3
1974	582,5	6462,9	123,3
1975	1074,2	7951,0	127,1
1976	1060,3	7721,4	137,7
1977	1026,3	7419,8	145,5

(1) Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Nr. 35, 1914; zitiert nach KVZ 35/1977
(2) Denkschrift der Großherzoglichen Badischen Staatsregierung über die Arbeitlosenversicherung, 1909; zitiert nach: John, Martin; Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dissertation, Hamburg, 1967
(3) Beck-Texte, AFG (Februar 1977), Einführung, Seite 9 ff.

In der nächsten KVZ:
Rentensubventionierung aus dem Arbeitsministerium? – Betrug und Gradmesser für erfolgreichen Lohnraub und die Zerstörung der Arbeitskraft